

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: pro Nummer 5 Pf., monatlich 1.10 M., vierteljährlich 3.20 M., halbjährlich 6.40 M., jährlich 12.80 M. (einschließlich Postgebühren).
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer 10 Pf. (einschließlich Postgebühren).
 Postamt: 1.10 M. pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 M., für das übrige Ausland 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Belegt für die sechsstelligen Nummernblätter über dem Namen des Inserenten und gemischte Anzeigen 10 Pf., kleine Anzeigen, das fernständige Wort 20 Pf., (ausführliche Preisgebühren) jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.
 Dienstag, den 17. Juni 1913.
 Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Antimilitarismus und Nationalverteidigung.

Paris, 14. Juni. (Eig. Ber.)

Die Feinde der sozialistischen Demokratie sind überall an der Arbeit, um durch Entfesselung und Verdächtigung das Vertrauen des Proletariats auf die internationale Solidarität ins Wanken zu bringen und damit das revolutionäre Selbstbewusstsein der Arbeiterschaft der einzelnen Länder zu schwächen. Man weiß, mit welchem Fleiß die nationalistische Presse Frankreichs die Leitmotive der so harmlos „wissenschaftlichen Kritik“ des Professors Andler paraphrasiert hat. Aber nicht minder eifrig bemüht sich ein Teil der bürgerlich-radikalen Presse, die Legende vom Nationalismus der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Solidarität mit den bürgerlichen Parteien in der Militärfrage ins Volk zu bringen. Die Spekulation auf dem Gebiet der inneren Politik spielt da eine entscheidende Rolle. Dem Radikalismus, der sich politisch so sehr blamiert und kompromittiert hat, scheint nur noch eine einzige Hoffnung zu bleiben: die auf Wiederherstellung des Vloches mit allem Drum und Dran, denn der Antiserbener Kongress und die Gründung der geeinigten Partei ein Ende gemacht haben. Die Diskussion, die sich über diesen Gegenstand in der Presse — namentlich auch in der Parteipresse der Provinz — entwickelt hat, verdient eine Würdigung, die wir uns in diesem Zusammenhang vorbehalten müssen. Unverkennbar aber ist das Kalkül gewisser Radikalen, die revolutionären Tendenzen der französischen Sozialisten dadurch abzuwachen, daß ihnen die der deutschen zweifelhaft gemacht werden. Und so versteht man die vor unredlichem Verzerrern der wirklichen parlamentarischen Vorgänge in Deutschland nicht zurückredende Polemik, die da und dort Argumente deutscher Kritiker selbst zu eigener Ausbeutung übernimmt und nach alter Weise mit herausgerissenen Zitaten arbeitet. Dem alten Clemenceau ist da noch Gutgläubigkeit zuzubilligen. In seiner chauvinistischen Monotonie glaubt er, daß alle Deutschen seit der Reichsgründung mit der Erbünde der Bismarckschen Gewaltpolitik behaftet seien. Vor ein paar Tagen hat er im „L'homme libre“ dem Protest Hebel und Liebknechts im Jahre 1870 in warmen Worten Anerkennung widerfahren lassen, aber die deutsche Sozialdemokratie von heute scheint ihm unrettbar bismarckisch verfaßt, ihre Opposition nur eine „Pseudoopposition“ — denn das ganze Volk, so schreibt er in seinem heutigen Artikel, sei „von der Gewalt des Eisens trunken“.

Clemenceau war indes von jeher ein aufgeregter Nationalist, sein Radikalismus vor allem eine von der Revancheidee beherrschte Klein-französische Politik, die sich darum dem Imperialismus der Großkapitalisten und ihrer politischen Sachwalter von Ferry bis Etienne widersetzt. Was soll man aber von einem Mann wie dem „Kappel“ sagen, der in der radikalsozialistischen Presse, von der Militärfrage abgesehen, wo er sich nach längerem Schwanken zur Partei der Dienstverlängerung geschlagen hat, auf der äußersten Linken steht und sich im übrigen auch auf seine „Anständigkeit“ — und bisher mit Recht — etwas zugute tun durfte. Heute aber liest man in diesem Blatte wörtlich: „Man darf so ziemlich gewiß sein, daß die deutschen Sozialisten die Militärvorlage bewilligen werden.“ Die deutschen Sozialdemokraten werden weiter als „vollkommene Alldutsche“ bezeichnet und als Beweis die „chauvinistische Erklärung“ Sudekums in der Diskussion angeführt, daß „kein einziger Sozialdemokrat sein Vaterland den Angriffen des Auslandes ohne Verteidigung ausliefern wolle“ und Deutschland infolge seiner geographischen und politischen Situation starker Verteidigungsmittel bedürftig.

Lassen wir die Frage außer Betracht, ob Erklärungen dieser Art, an bestimmten Orten vorgebracht, den Entstellern das Spiel nicht zu leicht machen. Wo ist aber der „Chauvinismus“, wo das „Alldutschtum“ in der Erklärung zu finden, daß kein Sozialist sein Vaterland ohne Verteidigung gegen Angriffe lassen wolle? Ist dieser Gesichtspunkt nicht der deutschen und der französischen, wie überhaupt allen sozialistischen Parteien der Internationale gemeinsam? Kommt er nicht im jüngsten gemeinsamen deutsch-französischen Manifest zum Ausdruck, ebenso im Antrag der französischen Genossen, wie in den Reformvorschlägen der deutschen Sozialdemokratie? Hat nicht Laurès einen großen Teil seines Buches dem Nachweis gewidmet, daß die „bewaffnete Nation“ eine viel stärkere Schutzwehr der staatlichen Unabhängigkeit ist als die Kasernenarmee? Wer wäre darum auf den tolen Gedanken verfallen, ihn einen „Chauvinisten“ zu nennen?

Doch der proletarische Antimilitarismus das Interesse an der Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit nicht aufhebt und daß der sozialistische Internationalismus in Wahrheit erst in dieser Erfüllung finden kann. Dieser Gedanke gehört von jeher zu dem gemeinsamen Ideenbesitz der Proletarier-Internationale. Und er ist nicht einmal auf die sozialistischen politischen Parteien beschränkt. Wenn irgend ein Aender ein paar Sätze eines deutschen Sozialdemokraten als Beweis nationalisistischer Verjüngung herausreißt,

schnappen die chauvinistischen Stöter begierig danach und auch würdige anarchistische Kläffer, die, nach Heines' Wort „nur noch bellen und wässern“ können, winseln dankbar und freudig. Aber findet man wirklich nur bei Hebel die berühmte „Flinte auf dem Buckel“? Man lese nur die folgenden Zeilen:

„Und der Krieg? Bei einer früheren Anwesenheit in Paris, in einem Augenblick, wo auch die Rede vom Krieg war, habe ich mein Bedauern ausgesprochen, 62 Jahre alt zu sein — ich glaube, ich war damals so alt — und nicht ein Gewehr nehmen zu können, um Frankreich zu verteidigen, im Fall einer deutschen Invasion oder wenn eine solche drohen würde. Ich habe meine Meinung über diesen Punkt nicht geändert. Ich kann nicht zugeben, daß ein Land durch ein anderes verzwältigt werde und würde Frankreich gegen welches Land immer — Rußland, Italien, England oder Japan ebenso wie gegen Deutschland verteidigen.“

„Wer hat diese Sätze ausgesprochen, die, wenn sie von einem deutschen Sozialdemokraten in bezug auf Deutschland gesagt würden, von französischen Bourgeois als Beweis des „Chauvinismus“ der deutschen Partei hingestellt und vielleicht von übereifrigen Kritikern in unseren eigenen Reihen als Engleisung angesehen werden würden? Der Redner ist kein französischer Nationalist, ja nicht einmal ein Franzose und es ist obendrein ein Anarchist, ein Gegner der historischen Staatsgebilde überhaupt, zu denen Frankreich so gut wie das Deutsche Reich gehören. Die Sätze stehen in der Ansprache, die Peter Kropotkin am 7. Juni auf einem von dem Wochenblatt „Les Temps Nouveaux“ ihm zu Ehren gegebenen Bankett gehalten hat, und wir geben sie hier nach dem Bericht in der letzten Nummer dieses Blattes wieder. Wird ein vernünftiger Mann Kropotkin, dessen Lebensarbeit der Befreiung der Menschheit gegolten hat und auch von denen geehrt wird, die ihre entscheidenden Gesichtspunkte nicht teilen, darum, weil er sich in dieser Art als Wahl-Franzose bekennt, einem bornierten und mit den Militaristen verbündeten Chauvinisten schelten wollen? Auch Kropotkin sieht für den Kampf gegen den Militarismus in der heutigen Gesellschaft nur ein Mittel: die revolutionäre Propaganda, die diese Gesellschaft selbst zu überwinden strebt, aber nicht mit irgendeiner Formel die gegebenen Verhältnisse der vorhandenen geschichtlichen Organismen glatt regeln kann.“

Aus einer sozialdemokratischen Mutterkommune.

Unter dieser und anderer Bezeichnung geht gegenwärtig ein aus der „Deutschen Tageszeitung“ stammender Artikel, der sich mit der Tätigkeit und den Leistungen der bekanntlich seit Anfang 1911 wieder sozialdemokratische Stadtvertretung von Offenbach a. M. beschäftigt, durch die bürgerliche Presse. Von der angeblich sozialdemokratischen Wirklichkeit in der Kommune Offenbach nähren seit Jahren die Gegner, von den Freisinnigen bis zu den Junkerlichen, ihre Wahlagitiation bei allen Gemeindevahlen nicht nur im ganzen Deutschen Reich, sondern selbst in Oesterreich. Immer neue Entstellungen und Lügen werden zu den alten gefügt und oft genug ist es unseren im Wahlkampf stehenden Parteigenossen ganz unmöglich, so schnell und so gründlich, wie es nötig wäre, die lächerlichen Behauptungen der Gegner zu widerlegen. Immer wieder muß deshalb die Eishauptarbeit der Widerlegung jener gewissenlosen Verleumder unser braven Offenbacher Parteigenossen unternommen werden, die unter den denkbar größten Schwierigkeiten, unter dem ständigen Widerstande, nicht nur des Offenbacher Fabrikantentums, sondern auch der staatlichen Aufsichtsbehörden bessere kommunale Verhältnisse für die Arbeiterstadt herbeizuführen suchen, die unter bürgerlicher Herrschaft in der unerbötlichsten Weise vernachlässigt wurden.

In dem hier in Rede stehenden Artikel des Agrarierorgans, der „Deutschen Tageszeitung“, heißt es zunächst:

„Die bekanntlich sozialdemokratisch verwaltete Stadt Offenbach, die zweitgrößte Stadt Hessens, zeigt immer wieder aufs deutlichste die eigentümliche Verwaltungslust der Genossen. In diesen Tagen hat sich der Offenbacher „Verein zur Wahrung städtischer Interessen“ das Verdienst erworben, einmal zahlenmäßig festzustellen, wie sich die Verwaltungskosten in Offenbach zu denen der größten hessischen Stadt, Mainz, verhalten. Dabei ergibt sich die erstaunliche Tatsache, daß in der sozialdemokratisch geleiteten Gemeinde sich so ziemlich alle Positionen des Voranschlags, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, ganz erheblich, zum Teil um mehr als 100 Proz., höher stellen, als in Mainz. So erforderlich, um einige Beispiele herauszugreifen, an Ausgaben auf den Kopf:

	in Offenbach	in Mainz
Bürgermeister und Beigeordnete	0,43 M.	0,37 M.
Sekretariat	1,88	0,72
Stadtkasse	1,22	0,60
Tagegelder und Reiseflosten	0,04	0,03
Friedhöfe (Verwaltung und Anlage)	1,80	0,75
Bureaukosten	0,60	0,30

Die Aufstellung läuft in demselben Stil fort; das Gesamtergebnis ist, daß, wie bereits erwähnt, in Offenbach die Verwaltung jährlich 88,63 M. auf den Kopf, in Mainz 28,84 M. erfordert, das ist ein Unterschied von 15,29 M. oder 70 Proz. zugunsten der bürgerlichen Verwaltung.“

Man kann nicht leicht mehr Schiefheiten und Unwahrheiten in ein paar Sätze zusammendrängen, als es hier geschieht. Die Aufstellung ist, was verschwiegen wird, nach den Voranschlägen

des Etats der beiden Städte für 1913 gemacht. Wer von den Dingen etwas versteht, weiß, daß man zu solchen Vergleichen nicht die Voranschläge und besonders nicht die eines einzigen Jahres heranzuziehen darf, denn Voranschläge sind keine tatsächlichen Ergebnisse, man kann sie überschreiten oder unter ihnen bleiben, und dann können in einem einzelnen Jahre Voranschlagsposten aus besonderen Gründen weit unter dem Durchschnitt bleiben oder ihn weit überschreiten. Wer also nicht mögen will, der muß für brauchbare und ehrliche Vergleiche den Durchschnitt der Rechnungsergebnisse mehrerer Jahre nehmen.

Ist es richtig, daß Offenbachs Kommunalverwaltung, auf den Kopf berechnet, jährlich 15,29 M. mehr kostet, wie die von Mainz, so muß hinzugefügt werden — was von der „D. T.“ wiederum unterschlagen wird —, daß davon Offenbach allein an Kosten der Volksschule wie der Armen- und Krankenpflege 12,87 M. pro Einwohner mehr wie Mainz zahlt. Es ist wohl an und für sich keine Schande, wenn eine Gemeinde recht viel für Schulen wie für Armen- und Krankenpflege aufwendet. Hier aber kommt noch in Betracht, daß Offenbach eine reine Arbeiterstadt ist, während Mainz eine ganz andere soziale Struktur aufweist.

Von den 15,29 M. Mehrausgaben Offenbachs bleiben nach Abzug obiger 12,87 M. noch 2,92 M. mehr gegenüber Mainz. Davon entfallen 0,55 M. auf Friedhöfe und öffentliche Anlagen (nicht, wie die „D. T.“ fälscht, Verwaltung und Anlage der Friedhöfe), eine Mehrausgabe Offenbachs, die nur für die um Gesundheit und Schönheit der Stadt bemühte Stadtverwaltung spricht. Dann bleiben 2,37 M., von welchen wiederum 10 Pf. auf das Versicherungswesen, 5 Pf. auf die städtische Rechtsauskunftsstelle entfallen, also auf soziale Aufgaben.

Was die noch verbleibenden Mehrausgaben angeht, so ist es gar nicht möglich, hier zutreffende Vergleiche zu ziehen, da die Organisation der einzelnen Verwaltungen, die Art der Verrechnung der Kosten in den beiden Städten ganz verschiedene sind. Das gilt z. B. für das in der obigen Aufstellung genannte „Sekretariat“, das man in Offenbach gar nicht kennt, das aber hier mit 1,88 M. pro Kopf für Offenbach, mit nur 0,72 M. für Mainz völlig willkürlich und irreführend angegeben wird. Eines freilich ist richtig, und die Offenbacher Stadtverwaltung leugnet es nicht nur, sondern gibt es mit Stolz zu: die Verwaltungskosten in Offenbach werden dadurch verhältnismäßig höher, als irgendwo sonst, weil die Stadt Offenbach die höchsten Gehälter, (allerdings nicht für die höchsten Beamten) und die besten Löhne zahlt.

Für die städtischen Arbeiter wurde die Summe der Löhne im vergangenen Etatsjahre um 100 000 M. erhöht, für die städtischen Beamten und die Volksschullehrer im laufenden Etatsjahre um 250 000 M.! Kürzlich sprach der Verein der katholischen Volksschullehrer der (sozialdemokratischen) Stadtvertretung seinen herzlichsten Dank aus für die beschlossene Gehaltsregulierung, die alle Wünsche erfüllt und Offenbach mit der Höhe seiner Lehrergehälter an der Spitze aller Gemeinden Hessens marschieren lasse!

Davon sagen die Verleumder in der „Deutschen Tageszeitung“ freilich nichts. Dafür aber heißt es dort weiter:

„Bemerkenswerterweise genügt den Genossen Offenbachs aber ihr „Vorbringen“ gegenüber Mainz noch nicht; durch allerlei eigenartige Experimente arbeiten sie an seiner Vergrößerung. So haben sie vor einiger Zeit, um die eingefessenen Metzger zur Anerkennung der städtischen Preisfestsetzungskommission zu zwingen, eine städtische Wurstfabrik eingerichtet, im Anschluß an den schon den ganzen Winter mit mehr als zweifelhaftem Erfolge betriebenen städtischen Fleischverkauf. Sozialdemokratische Rechnungskünstler wußten sogar schon gewaltige Ueberfälle aus dieser Kapitalanlage zu errechnen, und alle Hebel wurden in Bewegung gesetzt, um nach Möglichkeit den selbständigen Metzgern Abbruch zu tun. Worauf die Sache hinauslief, erkennt man am besten daraus, daß die sozialdemokratische Parteioffiziation durch ihren Parteibeamten in Flugblättern direkt zum Wohlstand der Metzger aufrief, dabei Dinge behauptend, deren Verbreitung ihr durch einseitige richterliche Verfügung alsbald unterjagt wurde. Es entspann sich eine erbitterte Fehde zwischen Handwerker und Stadtverwaltung, die Metzger boykottierten das städtische Schlachthaus und schlachteten in einem Nachbarort; es entstand eine Unsamme von Erbitterung, Kreieramt, Regierung und Landtag wurden mobilisiert, und das Resultat war schließlich daselbe wie beim Hornberger Schießen, ein Vergleich zwischen Stadt und Metzger, den man auch wesentlich billiger hätte haben können.“

Auch hier nichts als Verdrehungen! Was den „mehr als zweifelhaften Erfolg“ des von der Offenbacher städtischen Steuerungskommission betriebenen Fleischverkaufs angeht, so gelang es, in ein paar Monaten nicht weniger als 382 000 Pfund ausländisches Fleisch zu verkaufen, zu Preisen, die um 15—35 Pf. pro Pfund niedriger waren, als die der Metzger. Als der Weg ausländischen Fleisches unterbunden wurde und die Schweinepreise fielen, forderte die Stadt von den Offenbacher Schweinezüchtern entsprechendes Heruntergehen mit den Preisen, und als diese wochenlang Winkelzüge machten, gründete die Stadt eine städtische Metzgerei mit Wurstfabrikation, die sie nur aufzugeben versprach, wenn die Metzger einer paritätischen Preisfestsetzungskommission sich unterwerfen würden. Statt dessen boykottierten die Schweinezüchter mit Unterstützung des Kreisamts den städtischen Schlachthof und zogen unter Mißachtung der daraus entstehenden großen gesundheitlichen Gefahren in ganz unzureichende private Schlachthöfe der Umgegend. Nun drehten die organisierten Arbeiter den Spieß um und boykottierten die Metzger, und zwar mit solchem Erfolg, daß diese nach knapp zwei Wochen zu Kreuzen kriechen und froh sein müßten, nun noch mit der paritätischen Preisfestsetzungskommission davonzukommen. Die städtische Metzgerei floriert vortrefflich und erzielte einen namhaften Ueber-

schuß, so daß auch in dieser Richtung die Behauptungen des Wünderblattes sich als nackte Unwahrheit erweist. Das hindert das Blatt nicht, weiter zu lügen:

Aber noch größere Lügen bereiten sich vor: in der Stadtverordnetenversammlung schwebt das Projekt einer Arbeitslosenversicherung nach dem Genet'schen System. Das ist für eine reine Industriestadt mit solch starker Arbeiterbevölkerung, noch dazu in unmittelbarer Nähe Frankfurts, heißen will, das kann sich jeder selbst ausmalen. An der Durchführung dieser „sozialen Tat“, — von der ja die wirklich Bedürftigen überhaupt nichts haben, die vielmehr nur den finanziell kräftigsten Gewerkschaften zugute kommt, — ist freilich kaum zu zweifeln. Man kann gespannt sein, wieviel dann die Bürger von Offenbach für das Vergnügen zahlen werden, als Probe auf das sozialdemokratische Zukunftsstaats-Exempel zu dienen!

Selbstverständlich hat Offenbach, dem Beispiel anderer Stadtverwaltungen ohne sozialdemokratische Mehrheit folgend, den Versuch unternommen, eine kommunale Arbeitslosenversicherung zu schaffen, für die aus städtischen Mitteln seit 2 Jahren jährlich 10 000 M. zu Verfügung gestellt wurden, ein Opfer, das im Falle größerer Arbeitslosigkeit sicherlich der Armenverwaltung manche Ausgabe erspart. Unwahr ist, daß diese Einrichtung nur den Gewerkschaften zugute kommen wird; es ist vielmehr vorgesehen, daß auch Unorganisierte, wenn sie entsprechend Sparmaßnahmen an der kommunalen Versicherung teilhaben.

Daß diese Einrichtung den „Bürgern“ sehr wenig kosten wird, liegt auf der Hand. Befragt soll hier übrigens zum Schluß werden, daß alle nach dem letzten sozialdemokratischen Stadtverordnetenwahlzuge von den Gegnern ausgesprochenen Prophezeiungen von demnächstigen großen Steuersteigerungen elend ins Wasser gefallen sind. Während die Bürgerlichen in der vorhergegangenen dreijährigen Periode ihrer Herrschaft die gemeindliche Einkommensteuer um 65 Proz. steigerten, ist sie in den drei folgenden, unter sozialdemokratischer Herrschaft fallenden Jahren auch nicht um einen Pfennig gesteigert worden, trotz gewaltig gestiegener Ausgaben — auch für Bauten, wie Stadtbahnen, Schulen, Versorgungshäuser — ist vielmehr noch die Kohlenverbrauchsabgabe, ein lieberlieblicher bürgerlicher „Herrlichkeit“, vorläufig erst um die Hälfte herabgesetzt worden.

Das alles zeigt, daß nicht nur die Offenbacher Proletarier, wie die Beamten und Lehrer, sondern auch die anderen Bürger durchaus zustimmen können mit der „sozialdemokratischen Musterkommune“.

Politische Uebersicht.

Etwas Amnestie.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht in einer Sondernummer folgenden Gnadenerlaß des Kaisers:

Ich bin gewillt, aus Anlaß meines Regierungsjubiläums durch Erlass oder Milderung von Strafen in weitem Umfange Gnade zu üben, und beauftrage Sie deshalb, mir in den dazu geeigneten Fällen Vorschläge zu Gnadenbewerben zu unterbreiten. Diese Vorschläge sind vornehmlich auf solche Personen zu richten, die zu ihren Strafen durch Not, Versehen, Unbesonnenheit oder Verführung veranlaßt worden sind.

Kerner sollen den Angehörigen der Armee und der Marine die noch nicht vollstreckten Disziplinarstrafen erlassen werden. Ausgeschlossen ist der Erlass von Disziplinarstrafen, die wegen Verleumdung oder vorchriftswidriger Behandlung Untergebener verhängt worden sind. Auch der Kriegsteilnehmer wurde gedacht. 600 von ihnen, deren Auswahl dem Kriegsminister überlassen ist, erhalten ein Geldgeschenk von je 50 M. Ähnliche Amnestien wurden auch in den anderen Bundesstaaten erlassen.

Man muß sagen: weniger als diese Amnestie bietet, konnte nicht mehr gegeben werden, und auch das Gnadengeschenk an 600 Kriegsteilnehmer in Höhe von 50 M. ist außerordentlich bescheiden. Von den Ordensverleihungen dürfte höchstens eine interessieren: die Verleihung des Roten Adlerordens an Herrn Dr. Krupp v. Bohlen und Halbach! Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg wurde in das Herrenhaus berufen, und einige Generale erhielten den Adel. Die Ordensverleihungen füllen fast 10 Seiten des „Reichsanzeiger“, vom Hilfspolizeidiener bis zum Minister sind so ziemlich alle Stände bedacht worden, nur die diversen Knopflochschmerzen der Parlamentarier sind nicht gestillt worden, und auch der von den Fortschrittler ersehnte Erzellentitel für den Reichspräsidenten Dr. Kaempf ist ausgeblieben.

Eine Jubiläumshuldigung.

In der Festversammlung der Universität gab der Redner Prof. Hünke folgende Geschichte zum besten:

Nach dem Tode seines Vaters fand Wilhelm II. auf seinem Schreibtisch ein verschlossenes Schriftstück vor. Er öffnete es und erkannte sofort die charakteristischen Schriftzüge König Friedrich Wilhelms IV. Es war ein politisches Testament, das jedem Thronfolger beim Regierungsantritt vor-

gelegt werden mußte; und es enthielt eine in den stärksten und beweglichsten Wendungen gehaltene Mahnung, die Verfassung nach der Weidigung anzupflegen.

Friedrich Wilhelm IV. hatte ja, wie man weiß, Zeit seines Lebens an dem Gedanken gehangen, die im Sturm und Drang des Revolutionsjahres geborene, von der Regierung zwar erst oktropierte, dann aber auf dem Wege der Vereinbarung mit der Volksvertretung revidierte Verfassung zu ersetzen durch einen aus königlicher Machtvollkommenheit verliehenen Freibrief, der gar nichts von dem revolutionären Charakter moderner Konstitutionen haben sollte.

Nun hatte Friedrich Wilhelm IV. hinaus auf seine Nachfolger zu wirken gesucht mit aller Macht, die ein Vater auf Lebende ausüben kann, um diesem Königswunsch in Zukunft doch noch einmal Erfüllung zu verschaffen.

Kaiser Wilhelm II. hatte ebensowenig wie seine beiden Vorgänger irgendwelche Reigung, diesem Appell seines königlichen Großvaters zu folgen, aber er ging weiter. Er erzwang, daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, daß in Zukunft einmal ein junger, unerfahrener Herrscher zur Regierung käme, auf den dieses Testament doch vielleicht einen verhängnisvollen Eindruck hätte machen können: „Und seitdem (sagte der Kaiser) war es mir, als ob ich ein Pulverfaß im Hause hätte, und es ließ mir keine Ruhe, als bis das Testament vernichtet war.“

Es wurde verbrannt und das Ruwert an das königliche Hausarchiv abgegeben, mit der Bemerkung: „Inhalt vernichtet.“

Mit solcher Entschiedenheit, fügte Hünke hinzu, hat der Kaiser sich selbst und sein Haus auf den Boden der preussischen Verfassung gestellt.

Na, wenn das der ganze Beweis für den konstitutionellen Sinn eines Königs sein soll, daß er den unmöglichen Wunsch eines geisteskranken Vorfahren unausgeführt läßt, so ist es herzlich wenig. Aber der festredende Historiker übersieht ein anderes und wichtigeres: das entscheidende Stück aus der 1848 errungenen Verfassung, das gleiche Wahlrecht, war ja durch einen schändlichen Rechtsbruch beseitigt und das infame Dreiklassenwahlrecht bereits oktropiert, der Wunsch Friedrich Wilhelms IV., daß die preussische Verfassung gar nichts von dem revolutionären Charakter moderner Konstitutionen haben sollte, damit vollkommen erfüllt. Wilhelm II. erlöschte das Testament offenbar und mit Recht schon vor 1870 gegen und deshalb konnte er es ruhig verbrennen lassen.

Seine Excellenz Herr Generalleutnant von Bethmann Hollweg!

Die allerhöchste Gnadenionne hat in diesen Jubiläumstagen auch über des Deutschen Reiches Kanzler gelehrt. Wolffs Depeschenbureau meldet der vor Ehrfurcht erichauernden Welt:

Der Kaiser hat dem Reichskanzler Dr. von Bethmann Hollweg auf dessen Glückwunsch zum Regierungsjubiläum in einem überaus gnädigen Handschreiben geantwortet und ihm sein Bildnis in Form einer Plakette zugehen lassen. Gleichzeitig hat der Kaiser dem Reichskanzler den Charakter als Generalleutnant verliehen.

Der Philosoph von Hohenhausen mußte sich von den Parkettgenerälen und goldstrotzenden Hofmarschällen über die Schultern anheben lassen, wenn er in der simplen Uniform eines Majors der Landwehrkavallerie bei höfischen Empfängen erschien. Jetzt darf er auch im Generalsrock mit goldener Kragenstickerei und in Hosen mit breiten roten Streifen paradiere. Dabei ist er noch um eine Stufe höher auf der militärischen Ehrenleiter gekommen als sein Vorgänger Bülow, der avancierte vom Landwehrrittmeister nur zum Generalmajor. Der nächste Reichskanzler hat also die besten Aussichten auf den „Charakter“ eines Generals der Infanterie, Kavallerie oder Artillerie.

Monarchischer Kommentar.

In ihrem Festartikel erzählt die „Frankf. Ztg.“ von einem Gespräch, das ein Journalist mit einem früheren Reichskanzler (gemeint ist Bülow) über die Frage führte, ob Wilhelm II. ein Mystiker sei. Der Journalist bemerkte, er sei darüber im Zweifel gewesen, aber er müsse es wohl annehmen, seit er mit Stauern erfahren habe, daß der Kaiser eines Tages den versammelten Generälen in feierlichem Tone mitgeteilt hat: „Ich habe mich heute zum Generaladjutanten weiland Seiner Majestät Kaiser Wilhelms des Großen ernannt.“ — „Gut, daß Sie das erwähnen“, sagte der Kanzler, „nun werde ich Ihnen zeigen, wie falsche Beurteilungen entstehen. Sehen Sie, ich kenne alle europäischen Monarchen und noch einige andere, und ich habe gefunden, daß sie alle auf einem Gebiet — nun, sagen wir: etwas sonderbar sind. Das ist das Gebiet des Gottesgnadentums, der Familiengeschichte, der Uniformen, der Titel, Orden und dergleichen. Da empfinden und denken sie ganz anders als wir gewöhnlicheren Sterblichen, und man muß das berücksichtigen, wenn man sie ver-

stehen will. Auch diese Ernennung zum Generaladjutanten gehört in dieses Kapitel. Als der Kaiser einmal mit dem Jaren zusammentraf, bemerkte er an dessen Uniform eine Art von Fingerringen, die ihm außerordentlich gefielen, und er fragte ihn, ob er ihm die nicht verleihen könne. Der Jar sagte, das sei leider nicht möglich, weil nach einer am russischen Hofe üblichen Sitte gewisse direkte Nachkommen des Regierenden diese Schmüre als Abzeichen seines Generaladjutanten tragen, die natürlich einem Fremden nicht verleihen werden können. Darauf hat sich der Kaiser, weil er eben auf diese Schmüre Wert legt, sie selber verleihen, indem er sich, nach dem russischen Beispiel, zum Generaladjutanten seines Großvaters ernannte.“ — „Auf diese Ausklärung war ich allerdings nicht gefaßt“, sagte der Journalist. „Ich sehe, daß man auch in diesen Dingen sozusagen den Kommet kennen muß, um sie richtig zu verstehen.“ „Kommet“, rief der Kanzler, „das ist das richtige Wort.“

Und die Herren waren einig, daß der Kaiser kein Mystiker sei. In der Tat „sonderbar“!

Die Besitzsteuerfrage.

Die Kompromißverhandlungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Dienstag soll weiter verhandelt werden, nachdem der Reichschatzsekretär die nötigen rechnerischen Unterlagen zur Verfügung gestellt hat. Die Sitzung der Budgetkommission ist deshalb auf Mittwoch verschoben worden. Vor dieser findet noch eine Besprechung der Parteiführer über die geschäftliche Behandlung der Vorlage statt.

Nicht uninteressant ist es, daß die „Germania“ den Artikel, in dem sie mit Feuereifer für die Vermögenszuwachssteuer mitsamt der Besteuerung der Erbschaften der Kinder eingetreten war, desaboniert und erklärt, daß er die Anschauungen der Zentrumsparthei als solcher nicht wiedergegeben habe. Es ist dies eine neue Befähigung für den heftigen Zwiespalt, der im Zentrum über diese Frage ausgebrochen ist. Dagegen tritt die „Köln. Ztg.“ mit großem Eifer für das Kompromiß ein, das nach ihrer Meinung so vortrefflich ist, daß es auch die Zustimmung der Sozialdemokratie finden könnte.

Ein Bund, der uns noch fehlt.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde am Sonnabend der „Preußenbund“ gegründet. Nach der „Kreuzzeitung“ ist die Gründung dieses Bundes „nicht zuletzt eine Folge der maßlosen Angriffe, welchen Preußen seit geraumer Zeit ausgesetzt ist“. Das neue Organisationsgebilde soll sich demnächst durch einen Aufruf in der Öffentlichkeit bemerkbar machen. Warten wir also ab, was dieser Bund zur Konserbierung preussischer Reaktion verspricht und was er leisten will.

Preussische Veteranenfürsorge.

Bekanntlich hat die preussische Bureaucratie entschieden, daß von der ostpreussischen Veteranenpende im Betrage von 860 000 M., die für die bedürftigen Kriegsteilnehmer gesammelt ist, der größte Teil des Kapitals und auch ein Teil der Zinsen kapitalisiert und später der Provinz Ostpreußen zufallen soll. Trotz des entschiedenen Protestes der ostpreussischen Bevölkerung wird an diesem „Verteilungsmodus“ festgehalten. In diesem Jahre werden an die Veteranen nur 83 500 M. gezahlt und zwar 5500 M. Zinsen des Stiftungskapitals von 200 000 M. und 28 000 M., die dem das Stiftungskapital übersteigenden Betrage der Sammlung entnommen sind. Als seinerzeit in Ostpreußen gesammelt wurde, hieß es, es seien in Ostpreußen 10 000 hilfsbedürftige Veteranen, und jeder sollte zur Einberung ihrer Rot ein Schärlein beitragen. Die Beiträge flossen reichlich, aber von den 10 000 Veteranen erhalten in diesem Jahre von der Spende nur 400 etwas. Die übrigen 9600 Veteranen gehen vollkommen leer aus. Wenn die alten Krieger in Rot und Glend umkommen, können sie wenigstens das tröstende Bewußtsein mit ins Grab nehmen, daß das ansehnliche Kapital, das einst für sie gesammelt wurde, der Provinz Ostpreußen zufällt. Das ist die Veteranenfürsorge der preussischen Regierung, die die Satzungen dieser Stiftung genehmigt hat.

300 000 M. für ein patriotisches Jugendheim — für die Arbeitslosen keinen Pfennig.

Auf die gemeinsame Eingabe der Vorstände der freien Gewerkschaften, der Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften und der Christlichen Gewerkschaften an den Magistrat von Breslau, durch Bewilligung von 50 000 M. bald etwas gegen die ungeheure große Not der nach Tausenden zählenden Arbeitslosen zu tun, hat dieser folgende Antwort geschickt:

Wir sind nicht in der Lage, die beantragte Unterstützung zu bewilligen. Dagegen schweben bei uns bereits Erwägungen darüber, wie durch schleunige Inangriffnahme neuer städtischer Arbeiten dem bestehenden Arbeitsmangel abgeholfen werden kann.

Aus Anlaß des 25jährigen Regierungsjubiläums Wilhelms II. bewilligten die bürgerlichen Stadtverordneten an dem gleichen

beschloß er gegen die Lühower, die Träger der „Anarchie“, einen Streich zu führen, der auch andere abschrecken sollte. Das formelle Recht stand dabei auf seiner Seite, da sich ja das Korps auch nach dem 12. Juni noch innerhalb der den Franzosen zugewiesenen Gebietsstriche befand.

Mit dem sächsischen Offizier als Marschkommissar war die Lühowerische Schar der Elbe entgegengezogen und in Gera sogar von dem französischen Kommandanten bewirtet worden, bewegte sich aber bei allem mit einer schwer erklärlichen Langsamkeit vorwärts. Am 17. Juni lag das Korps bei dem Dorfe Aigen, auf dem Felde, auf dem sich allenthalben noch die frischen Gräber der Lühower Soldaten erhoben. Hier nun trafen, hauptsächlich württembergische Kavallerie unter dem General Grafen Roemann, aber auch französische Truppen, das Ganze unter dem Kommando des Generals Journier, auf die Lühower. Es wird behauptet, auf beiden Seiten sei Befehl gegeben worden, es nicht zu Tötlichkeiten kommen zu lassen. Aber in so gespannter Lage findet sich der Säbel, der zuerst aus der Scheide fliegt, und die Plinte, die zuerst losgeht, sehr schnell von selbst. So auch hier. Es kam zu einem Handgemenge und von zehnfacher Uebermacht wurden die Lühower teils niedergebunden, teils in die Winde zersprengt. Der Führer selbst entkam mit Mühe und Not, Theodor Körner blieb schwer verwundet in einem Gehölz liegen.

Dieser zweifellos gemeine Streich bewirkte aber das gerade Gegenteil von der Abicht der französischen Nachhaber. Wo die Kunde von dem Ueberfall bei Aigen hindrang, entsamte sie die Herzen zur heftigen Empörung. Nur die Württemberger, auf die nachher die Franzosen alle Schuld geschickt abzuwälzen suchten, betrachteten den Vorgang mit merklicher Kühle. „Wer Unrecht“, schreibt der württembergische Leutnant Martens in seinen Feldzugerinnerungen, „ging über diesen tragischen Vorfalle ein Schrei der Entrüstung durch ganz Deutschland, jeder nahm Partei für dieses Korps der Rache, dessen Niederlage gleich einem Sieg erachtet wurde.“ Der General v. Normann aber wurde, als er bei Leipzig zu den Verbündeten übertrat, von Weisenaub hinter die Front gejagt und nachher von seinem dankbaren Landesvater wegen derselben Tat infam laiiert, die ihm Ordenssterne und Beförderung eingetragen hätte, wenn Napoleons Macht und Herrlichkeit nicht so bald zu Grabe getragen worden wäre.

Der Ueberfall der Lühower.

Die Periode des Waffenstillstands in den Sommermonaten des Jahres 1813 wurde durch ein einzelnes blutiges Ereignis unterbrochen, das weithin hallenden Widerhall weckte: das ist der Ueberfall der Lühowerischen Freischar am 17. Juni bei Aigen.

Am Frühjahr des Jahres 1813 genossen die Lühower, sehr unbedientermähnen, eines Rufes, der mehr auf das romantische Traum und Drang dieser Truppe, ihre schwarzen Uniformen und die Zugehörigkeit eines Mannes, wie Theodor Körner, zu dem „Korps der Rache“, als auf ihre Taten zurückzuführen war. Schon die Zahl der Meldungen zu der Freischar hatte enttäuscht. Der Turnvater Jahn, der einer der Väter des Planes war, durch Parteigänger ganz Deutschland zu insurgieren, hatte anfangs mit 30 000 Mann gerechnet, die sich den Lühowern anschließen würden. In Wirklichkeit erreichte das Korps niemals auch nur den zehnten Teil dieser Zahl und belief sich in der Regel nur auf einige Hundert Köpfe.

Das lag zum großen Teil daran, daß die erwartete allgemeine Erhebung in Deutschland ausblieb und die Rheinbundstaaten sich vorberhand zu Napoleon hielten.

Aber auch im Verhältnis zu seiner Stärke hatte die Freischar Lühows, der sich bei weitem nicht durch Raschheit und Kühnheitslosigkeit des Entschlusses auszeichnete, wie etwa die Freischarführer Colemb und Tischernitschew, sondern eher schwerfälligen Geblüts war, bis in die Junitage hinein noch nichts Rechtes geleistet. Darum entschloß sich Major v. Lühow um diesen Zeitpunkt herum, mit seinen vierhundert Reitern einen Zug bis nach Süddeutschland zu unternehmen, die Militärstrassen von Erfurt nach Leipzig zu beunruhigen, Militärtransporte und Besatzungen anzugreifen, dann nach Weimar vorzudringen und die Zugänge der sächsischen Rheinbundstaaten abzufangen. Aber während die Freischar Weimar umgeben mußte, weil dort und in der Umgebung der Stadt zu starke feindliche Truppen standen, gelang es ihr, ohne einen Schwereinsatz zu tun, in Roda 200 und in Schleiz 100 Mann Rheinbundstruppen aufzuheben, die freilich in der Stimmung waren, sich

gern aufheben zu lassen und bis auf den letzten Mann zur Lühowischen Schar übertraten. Jetzt war das Korps wieder mit Infanterie versehen, aber gerade dieses Fußvolk bildete ein Meißgewicht an seiner Beweglichkeit. Am 8. Juni landete Lühow den Leutnant von Kropff mit einer Eskadron nach Hof. Die Lühower drangen in die Stadt ein und machten einen Teil der bayerischen Besatzung nieder, die im Vertrauen auf den Waffenstillstand sich keines Ueberfalls verschah. Erst hier erhielten denn auch die Lühower Nachricht von der Einstellung der Feindseligkeiten.

Der Waffenstillstandsvertrag bestimmte, daß sich bis zum 12. Juni alle Truppenteile der beiden Parteien hinter die festgesetzten Demarkationslinien zurückgezogen haben mußten. Selbst wenn es dem Lühowischen Freikorps nicht mehr möglich gewesen wäre, innerhalb der bezeichneten Zeit die Elbe zu erreichen, so hätte es sich — und das lag überhaupt am nächsten — auf neutrales Gebiet nach Böhmen zurückziehen können. Statt dessen wandte sich Lühow an den sächsischen Kriegsminister und bat, ihm einen Offizier als Marschkommissar über Gera und Zeitz bis zur Elbe mitzugeben. Der Sachse entsprach dieser Bitte, schickte aber gleichzeitig den Stabschef Napoleons, General Wittber, in Kenntnis, der seit dem 10. Juni mit seinem Herrn und Meister wieder in Dresden weilte. Von Napoleon selbst mögen dann wohl die letzten Weisungen ausgegangen sein, die Lühower aufzuheben. Napoleon nämlich war voll lodenden Grimmes gegen die verschiedenen Parteilagerkorps, einmal, weil sie gleich lästigen Garnissen hinter den Aufmarschlinien seiner Armeen herumstarrten, dann aber auch, weil sie den Krieg durchaus nicht immer nach den Regeln des sogenannten Völkerrechts führten. So ließ der russische Freischarführer Oberst Figner, was von Franzosen in seine Hände fiel, kurzer Hand erschießen. Wenn der Kaiser diese Art von Vandalen mit Räubern auf eine Stufe stellte, tat er ihnen gar so viel Unrecht nicht an. Aber ein Korps wie die Lühower war Napoleon besonders deshalb wie Tod und Teufel verhaßt, weil sich ihm darin die „Ideologie“ der Erhebung vom 1813 verlorperte. Daß Jünglinge aus den besitzenden Ständen, daß Studenten, Literaten und Schwärmer den Totenkopf der Lühower am Halse trugen, das ließ ihn all seine Wut gegen diese Schar ausströmen, zumal er sich mit jedem Tage mehr als den Verfechter der „Ordnung“ in Europa gegen die „Anarchie“ fühlte. Darum

Zuge, wo die hungernden Arbeitslosen beschloffen, sich hilfe-suchend an den Magistrat zu wenden, für ein patriotisches Jugendheim 300 000 Mark und außerdem 2000 Mark Beitrag für die allgemeine Städte-Jubilaumsadresse. Für die zu Tausenden hungernden Arbeiter hat die Kommune Breslau, die für die Jahrhundertfeierausstellung auf Wisse über sechs Millionen Mark ausgibt, keinen Pfennig übrig. Für die Arbeitslosen muß es genügen, wenn „Erwägungen“ angestellt werden.

Das Jesuitengesetz.

Eine häufig offiziös bediente Korrespondenz schreibt: „Die Antworten der einzelnen Bundesstaaten auf die von der Reichsregierung veranlaßten Ermittlungen in der Jesuitenfrage sind jetzt sämtlich eingelaufen, so daß man damit rechnen kann, daß der Bundesrat in nicht ferner Zeit zu der Frage Stellung nehmen kann, ob einer Aufhebung des Jesuitengesetzes, die vom Reichstag beantragt war, zugestimmt ist. Es handelt sich im wesentlichen um Feststellungen, welche besonderen landesgesetzlichen Maßnahmen bei den einzelnen Bundesregierungen für die Jesuiten in Frage kommen. Nach dem Stande der Dinge dürfte die Annahme be-rechtigt sein, daß dem Antrage des Reichstags nicht Folge gegeben wird. Es ist nicht zu erwarten, daß sich eine Mehrheit im Bundesrat finden wird, die für die Aufhebung des Jesuitengesetzes stimmt.“

Sereingefallene Scharfmacher.

In Königsberg i. Pr. beschloffen die freien Gewerkschaften, sich bei der Gewerbegeheimwahl auch an den Arbeit-gebern zu beteiligen. Sie stellten eine Liste auf und sandten sie dem Gewerbegericht ein. Darauf folgten die Innungen, Scharf-macher und sonstigen Unternehmergruppen alles in Szene, um ihre Wähler auf die Beine zu bringen, damit ihre Liste — es wird nach dem System der gebundenen Listen und nach dem Proportional-wahlrecht gewählt — vollständig gewählt wird. In Zeitungs-artikeln wurden die Kapitalisten gegen die sozialdemokratische Liste scharfgemacht. Jetzt macht der Vorsitzende des Gewerbegerichts amtlich bekannt, daß zur Wahl nur die Liste der freien Gewerkschaften zugelassen und daß die von den Innungen und sonstigen Unternehmern eingereichte Liste un-gültig ist. Alle Stimmzettel, die bei der Wahl nicht mit der Vor-schlagsliste der freien Gewerkschaften übereinstimmen, sind ungültig. Die Herren Scharfmacher haben nämlich in der Eile des Gefechts einige Bestimmungen des Statuts, das seinerzeit gegen die freien Gewerkschaften erlassen wurde, nicht beachtet, und daher hat der Vorsitzende des Gewerbegerichts ihre Liste für ungültig erklären müssen. Man kann sich denken, daß in den Kreisen der Unter-nehmer große Aufregung herrscht, zumal an den Vorbereitungen der Wahl noch rechtsgelehrte Herren, wie der Syndikus des Vor-schlagsamtes der Kaufmannschaft und der Syndikus des Han-sabundes mitgearbeitet haben.

Militärboykott.

Auf dem in Bremen abgehaltenen 40. deutschen Gastwirtstag kam ein besonders krasser Boykottfall zur Sprache. Gelegentlich der letzten Reichstagswahlen hatte der Geschäftsführende Ausschuss ein Flugblatt herausgegeben, in dem die Vereine aufgefordert wurden, sich an der Reichstagswahlbewegung zu beteiligen und an die Reichstagskandidaten die Frage zu richten, ob sie gewillt seien, für die Forderungen des Gastwirtsgeheimwesens einzutreten. Ein Gastwirt in Burg bei Magdeburg hatte daraufhin an sämtliche vier Kandidaten diese Frage gerichtet und darunter in einer Versammlung die Frage an den sozialdemokratischen Kandidaten. Daraufhin ist sofort gegen ihn der Militärboykott verhängt worden. Der Gastwirt wurde dadurch u. geschädigt, daß er nur noch mit Hilfe eines Nebenverdienstes sich ernähren kann. — Es wurde beschlossen, auf Kosten des Verbandes eine Entschädigungs-klage gegen die Militärbehörde durchzuführen.

Die bisher von der Militärbehörde angeordneten Saalboykotts wurden stets mit dem Einwand begründet, Soldaten müßten von dem Verkehr mit Sozialdemokraten abgehalten werden — um sie vor Verführung zu schützen. Im vorliegenden Falle kann man nicht einmal mit solcher Ausrede kommen — was wird die Behörde nun sagen?

Militärantwörter in den Ortskrankenkassen.

Der Bund der Militärantwörter scheint sich an die national-liberale Partei gewandt zu haben mit der Bitte, dafür zu sorgen, daß den Militärantwörtern ein größerer Anzettel von Beamtenstellen vorbehalten bleibt. Der Vorstand des Nationalliberalen Vereins in Leipzig wendet sich nun auch bereits mit einer Eingabe an den Reichstag, in welcher er empfiehlt, bei den Regiments- und Bataillionskammern und bei den Vorkriegsämtern statt aktiver Unteroffiziere Militärantwörter zu verwenden. Außer-dem wird empfohlen, man solle den Militärantwörtern Schanz- und Lotterielotterien erteilen. Auf letzteres wird die Regie-rung nicht eingehen, denn die Lotterielotterien sind inaktiven Offizieren vorbehalten. Die Nationalliberalen finden nun wieder einen weiteren Ausweg, indem sie darauf hinweisen, daß es sich empfehle, darauf zu dringen, daß immer mehr Militärantwörter in den Ortskrankenkassen angestellt werden. In diesem Besuche bringen sie angeblich sehr wertvolle Eigenschaften mit, nämlich ehrenhafte Gesinnung und vaterländischen Sinn. Daß man damit allein noch nicht in der Lage ist, eine Beamtenstellung in einer Ortskrankenkasse auszufüllen, sondern daß dazu etwas mehr gehört, das leuchtet den Nationalliberalen natürlich nicht ein. Sie gehen aber in ihren Forderungen noch weiter, denn in der Eingabe wird verlangt: Sobald als mög-lich müßte in der Reichsversicherungsordnung zwingendes Recht nach der Richtung hin geschaffen werden, daß den Militärantwörtern die Hälfte der Stellen vorbehalten bleiben müssen.

Gegen dieses Unterfangen kann nicht rasch und nicht scharf genug protestiert werden. Bei der Beratung der Reichsversicherungs-ordnung ist der Versuch gemacht worden, die Ortskrankenkassen zu einer Zustuhlsstätte für nicht mehr brauchbare Feldwebel zu machen. Dieser Versuch ist damals abgewehrt worden. Und nun glauben die Nationalliberalen auf Umwegen das Erreichte zu können, was damals vermißt wurde. Wie wäre es, wenn die Nationalliberalen ihre Parteifreundstellen mit Militärantwörtern be-setzen würden? Ehrenhafte Gesinnung, Disziplin und vater-ländischer Sinn dürften zur Ausfüllung dieser Stellen schließlich vollst genügen. Wenn aber die Nationalliberalen selbst für ihre Parteifreundstellen keine Militärantwörter brauchen können, dann sollen sie nicht verlangen, daß zu dem ungleich schwereren Dienst in den Ortskrankenkassen Militärantwörter in vermehrtem Maße zugelassen werden sollen.

Die Situation auf dem Balkan.

Ministerkrise in Serbien.

Belgrad, 16. Juni. Die aus der politischen Lage sich ergebenden Fragen rufen nach einer Meldung des Pressbureaus die Möglichkeit einer Ministerkrise nahe, doch ist diese Krise tatsächlich noch nicht ausgebrochen. Eine Klärung der Lage dürften erst die nächsten Tage bringen.

Das Ministerium Paschitsch bleibt.

Belgrad, 16. Juni. Paschitsch sog die bereits eingereichte Demission des Kabinetts zurück.

Die Demobilisierung.

Sofia, 15. Juni. Der griechische Gesandte hat der bulgarischen Regierung einen mit dem serbischen Demobilisierungsvorschlag übereinstimmenden Vorschlag unterbreitet.

Serbische Zustimmung zur Petersburger Balkankonferenz.

Belgrad, 16. Juni. Die serbische Regierung hat die offizielle Einladung der russischen Regierung zu der möglichst bald abzu-haltenden Zusammenkunft der vier Ministerpräsidenten in Peters-burg mit Dank angenommen.

Oesterreich.

Ein Held des deutschen Bürgertums.

Wien, 14. Juni. (Fig. Ver.) Zum Abgeordneten des west-schönbrunnischen Wahlkreises Gallenau ist in der Stichwahl gegen den Sozialdemokraten schon zweimal der „Freisozialist“ Simon Stark von den deutschen Bürgern gewählt worden. Dem Mann ist vom Gericht bestätigt, daß er sein Interpellationsrecht zu Geldgeschäften benutzt hat, die bürgerlichen Geschworenen von Eger haben ihn als einen „politischen Gauner“ und „dünnen Ehrenmann“, seine Sozialistenverleumdungszeitung als ein „Schmählblattchen“ erklärt, und jetzt hat ihm das Kreisgericht trotz aller Bemühungen eines „unparteiischen“ Richters der 1. Instanz wegen grober Verhöhnung des Sekretärs der Eisenbahnerorgani-sation vier Wochen Arrest gegeben. Zwei Jahre lang zogen Stark und sein ordentlicher Richter diesen Prozeß hinaus. Dafür ist er gegen Sozis um so schärfer.

Schweiz.

Hölle gegen den Proporz.

Zürich, 14. Juni. (Fig. Ver.) In dem gleichen Augenblick, da die Winderheitsparteien die neue Proporzinitiative für den Nationalrat beschloffen und mit der Sammlung der erforderlichen 50 000 Unterschriften begonnen haben, hob der Bundesrat die Ende 1911 beschlossenen Zoller-mäßigungen von 20 auf 10 Fr. pro 100 Kilogramm ge-fälztes und geräucheretes Fleisch und ge-dörrten Speck wieder auf, obwohl er in der Begründung dieses unglücklichen Beschlusses selbst zugeben muß, daß die Fleischpreise im Detail immer noch hoch, obgleich die Viehpreise seit dem Monat März etwas zurückgegangen sind, weshalb er nicht auch gleichzeitig die vom Schweizerischen Bauernverband ebenfalls verlangte Auf-hebung der Zollermäßigung auf Gefrierfleisch beschloffen hat, son-derm sich vorläufig mit „Studien“ zur Verschärfung der Kontrolle und einer gewissen Einschränkung des Vertriebes von Gefrierfleisch beschäftigt. Durch diese neue Erhöhung der Einfuhr sollen nun die Fleischpreise noch mehr in die Höhe getrieben werden, um den Bauern einen Ausgleich zu schaffen für den Rückgang der Milch-preise.

Das führende Agrarierblatt, der „Schweizer Bauer“, er-klärt in vollem Verständnis der Situation unumwunden: „Die Landwirte werden nun nicht in einem Momente, wo der mehrheitlich freisinnige Bundesrat sich ihrer so tatkräftig angenommen hat, die Initia-tivbogen für den Nationalratsproporz unter-zeichnen.“

Also ein politischer Kuhhandel ohne jedes Feigenblatt.

Frankreich.

Die wirtschaftlichen Schäden der dreijährigen Dienstzeit.

Paris, 16. Juni. In der heutigen Sitzung der Kammer be-kämpfte Albert Thomas, Mitglied der geeinigten Sozialisten, die dreijährige Dienstzeit vom wirtschaftlichen Standpunkt aus, denn diese würde der Landwirtschaft und der Industrie noch 200 000 Arbeiter entziehen, welche dann durch Fremde ersetzt werden müßten, was für die Provinzen im Osten eine neue Gefahr bedeute.

Holland.

Die Wahlen.

Amsterdam, 14. Juni. (Fig. Ver.) Auch am dritten Tage der Provinzialwahlen hat die sozialdemokratische Partei gut abgeschnitten. In Amsterdam z. B. stieg unsere Stimmenzahl im dritten Kreis von 8944 auf 8924 in drei Jahren, im fünften Kreis von 2058 auf 4066, im neunten Kreis von 4176 auf 7661, in Rotterdam im ersten Kreis von 1981 auf 3510, im zweiten Kreis von 1361 auf 3164, im vierten Kreis von 1819 auf 3850, im Haag von 3826 auf 8901, in Utrecht im ersten Kreis von 723 auf 1925, im zweiten Kreis von 589 auf 2504, in Haarlem von 864 auf 3091, in Groningen von 1208 auf 2758 usw. Es gibt eigentlich keinen Wahlkreis im ganzen Lande, in dem nicht ein überwältigender Stimmengewinn zu verzeichnen ist. Schon jetzt steht fest, daß die Parlamentswahlen am kommenden Dienstag der sozialdemokratischen Partei einen großen Wahlsieg bringen werden.

Norwegen.

Entlastung des Königs.

Christiania, 14. Juni. (Fig. Ver.) Ein Beschluß des Stortingens läßt das suspensive Veto des Königs ab. Es ist damit nur die Konsequenz gezogen worden aus den tatsäch-lichen Verhältnissen. Dieses Votorecht des Königs hatte lange keine praktische Bedeutung mehr, denn als der letzte Unions-könig Oskar II. einmal davon Gebrauch machte, änderte das an dem Beschluß nichts, sondern dessen Ausführung wurde nur um einige Jahre verschoben, bis ein neu gewähltes Parlament den alten Beschluß bestätigte. Der heutige Träger der selb-ständigen norwegischen Krone hat viel weniger „to kgaen“ als der Schwedenkönig, der sich auf das Großschwedentum stützte.

Der zweite Teil des verfassungsrechtlichen Beschlusses hebt die Sanktion des Königs in Verfassungsfragen auf. Für die Folge ist nur das Parlament selbst in Verfassungsfragen zuständig. Was es beschließt und vom Präsidium veröffent-lichen läßt, ist in Norwegen künftig Verfassung, mit oder ohne Zustimmung des Königs. Dieser hat für die Folge nur repräsentative Aufgaben zu erfüllen, wofür er anständig be-zahlt wird. Eine politische Bedeutung hat er nicht mehr. Und wenn die Mehrheit des Parlaments eines Tages beschließt, die überflüssige Ausgabe aus dem Budget zu streichen und den Inhaber des Postens zu entlassen, so ist die Sache ebenso bequem erledigt, wie die Entlassung eines Parlamentsdieners. So vergeht die Herrlichkeit der Welt!

Marokko.

Die Franzosen in Agadir.

Paris, 15. Juni. Nach einer Meldung aus Mogador sind gestern ein aus Javanen und Hilfstruppen bestehendes Bataillon und zwei Artillerieabteilungen an Bord von Transportschiffen nach Agadir abgegangen, um die dortige Kasbah zu besetzen. Die Kreuzer „Cosmos“ und „Du Chayla“ begleiten die Transportschiffe, um erforderlichenfalls die Landung der Truppen und die Besetzung der Kasbah zu unterstützen.

Paris, 16. Juni. Wie aus Agadir vorgestern gemeldet wird, sind die Truppen ohne Zwischenfall und ohne Kampf daselbst ge-landet worden.

Der Aufstand in Nord- und Ostmarokko.

Paris, 15. Juni. Wie aus Melilla gemeldet wird, nimmt die Gärung in Ruluyah Gebiet bedenklich zu. Gegen die Fran-zosen und Spanier wird der heilige Krieg gepredigt. Aus dem Innern Marokkos sind Kohlenstämme eingetroffen, um die auf den Höhen längs der Küste zwischen Ceuta und Tetuan lagernde Garla zu verstärken. Es wird befürchtet, daß die aufständische Bewegung sofort nach Beendigung der Ernte allgemein wird. Wie es heißt, beabsichtigt die spanische Regierung, 20 000 Mann zur Ver-stärkung nach Marokko zu entsenden.

Madrid, 15. Juni. Die Kolonne des Generals Primo de Ribera, die sich in der Stellung bei Laurient verfangen hat, hat einen Angriff zahlreicher Rebellen abgewiesen; sie verlor 10 To-ten und 22 Verwundete, darunter einen Oberleutnant, zwei Hauptleute und einen Leutnant.

Paris, 16. Juni. Wie aus Tetuan gemeldet wird, haben die Spanier am 14. d. Mts. nach erbittertem Kampfe die Höhen von Bonfelen genommen. Die spanischen Verluste beliefen sich auf 5 Offiziere und etwa 80 Mann, die der Mauren auf über 300 Tote.

Australien.

Die Arbeiterpartei und die Wahlen.

London, 14. Juni. (Fig. Ver.) Der Führer der Arbeiter-partei im australischen Bundesstaat Victoria, G. M. Prendergast, der zuerst in London weilte, hat in einem Interview dem Ver-treter des „Daily Citizen“ gegenüber einige interessante An-gaben über die letzten Wahlen zum australischen Bundesparlament gemacht. „In bezug auf das Referendum“, bemerkte er, „stimmten einige Mitglieder der Arbeiterregierung von Neusüdwales mit anderen Teilen der organisierten Arbeiterbewegung Australiens nicht überein, und deshalb haben wir in dem Staate einen ent-sprechenden Verlust zu verzeichnen. Es sollte mich freuen, wenn die englischen Arbeiter zusammenhängen, um eine auf ein Pro-gramm verpflichtete (pledged) Arbeiterpartei ins Parlament zu schicken. In Victoria erlauben wir keiner Person als Parla-mentarier auszutreten, die nicht mehr als zwei Jahre lang Mit-glied eines politischen Arbeiterrats gewesen ist. Unsere Gegner sind bereit, alles zu opfern, nur um die politische Maschine in die Hände zu bekommen, denn das bedeutet nicht nur das Machen von Gesetzen, sondern auch das Verwalten des Landes. In der Vergangenheit hing die Arbeiterpartei lose zusammen; wir haben die Bande enger knüpfen müssen, um uns gegen die „Auch-Ar-beitervertreter“ zu schützen, die mit uns gingen, solange keine Kernfrage auftauchte, und die uns regelmäßig in Stich ließen, wenn wir ihre Stimme bei Fragen gebrauchten, die unser materielles Wohl betrafen. Da draußen ist mit der Gesetzgebung über Löhne und Arbeitszeit durchaus noch nicht alles erledigt, wenn ein Beschluß zur Erhöhung der ersten und zur Herabsetzung der letzten gefaßt worden ist. Es liegt auf der Hand, daß die Er-höhung der Löhne wenig nützen kann, wenn die Preise der Lebens-bedürfnisse in die Höhe gehen, so daß sich aus dieser Frage andere Probleme ergeben: die Errichtung von Gerichtshöfen zur Fest-setzung der Mieten, das Festsetzen der Warenpreise und schließlich die vom Volke selbst unternommene Produktion der Dinge, die es nötig hat, um zu verhindern, daß der Profit in die Hände der Privatpersonen übergeht. Sicher sind wir auf dem Wege der direkten Gesetzgebung weit fortgeschritten. Wie zahlen eine Alterspension von 10 Schilling die Woche (10 M.) an würdige Männer im Alter von 65 Jahren und darüber und an würdige Frauen im Alter von 60 Jahren und darüber. (Zu beachten ist, daß diese Alterspensionen ohne Beitragsleistung aus den allgemeinen Staatsgeldern bezahlt werden. Australien gab im Finanzjahr 1910/11 für Alterspension allein 2 054 000 Pfund oder 41 080 000 Mark aus, wogegen sein Militärertrag im siebensten Jahre nach seiner Einführung jährlich 1 884 000 Pfund oder 37 680 000 M. kosten wird.) Wir gestatten den Staatspensionären, ein Haus ihr eigen zu nennen, ohne ihnen das bei der Zumeßung der Pension anzurechnen. Wir zahlen jeder würdigen Person, die dauernd arbeitsunfähig ist, eine Invalidenrente, und wir haben eine Mutterchupprämie von 5 Pfund für jedes Kind.“

Letzte Nachrichten.

Die antisemitischen Handlungsgelüste gegen die „Volkshörner“.

Frankfurt a. M., 16. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der hier stattfindende Deutsch-nationale Handlungsgelüsten beschloß die Errichtung einer deutsch-nationalen Volkshörner, die ein Gegengewicht gegen das jüdische Kapi-tal- und gegen die „Volkshörner“ bilden soll.

Frankreichs Gegenrüstung.

Paris, 16. Juni. (B. T. V.) Kammer. Der Minister-präsident versichert auf die Ausführungen des Deputierten Tho-mas von neuem, daß der Oberste Kriegsrat alle vorgeschlagenen Lösungen, die den deutschen Rüstungen begegnen wollten, geprüft habe, daß er alle Einwendungen erwoget und sich einmütig und frei für die dreijährige Dienstzeit ausgesprochen habe. Das Ge-richt, daß der Gehenswurf über die dreijährige Dienstzeit in-folge eines im letzten Sommer zwischen dem Kaiser von Rußland und dem Präsidenten der Republik abgeschlossenen Uebereinkom-mens eingebracht worden und Frankreich sich seiner Freiheit be-gaben habe, sei unbegründet.

erner erklärte der Ministerpräsident, die von Frankreich ge-forderte Anstrengung sei keine Herausforderung, sondern eine Er-widerung. (Rebhafter Beifall im Zentrum und auf verschiedenen Bänken.) Barthou fügte noch hinzu, daß das verbündete Rußland gleichfalls die nötigen Anstrengungen mache, damit die französische und die russische Armee bereit seien, allen Eventualitäten zu be-gegnen. (Lang anhaltende Bewegung auf allen Bänken und Beifall.)

Eine neue Oppositionspartei in Ungarn.

Budapest, 16. Juni. (P. C.) Eine neue Oppositionspartei unter der Führung des Grafen Julius Andrássy wird demnächst begründet werden. Sie soll neben der Unabhängigkeitspartei und nicht gegen diese kämpfen. Sie soll namentlich die Wiederher-stellung der Rechtsordnung und eine Revision des Wahlgesetzes in demokratischem Sinne in ihr Programm aufnehmen.

Serbisch-bulgarische Zusammenstöße.

Belgrad, 16. Juni. (P. C.) Die Zusammenstöße zwischen Serben und Bulgaren dauern trotz der russischen Intervention fort. Wie die „Politika“ meldet, kam es am letzten Sonnabend bei Braja zu einem blutigen Zusammenstoß, bei dem die serbischen Truppen von den Bulgaren, die sich in der Ueberrnacht befanden, zurückgeschlagen wurden. Die Bulgaren besetzten sofort mehrere strategisch wichtige Punkte und warfen für ihre Artillerie Verschanzungen auf.

Zehr-Joghurt?

Zahlreiche Anfragen wegen Zehr-Joghurt veranlassen uns nach spezialärztlicher Information zu folgender

Aufklärung:

Das unter der Bezeichnung „Zehr-Joghurt“ in den Handel gebrachte Produkt ist Joghurt, der an sich weder zehrende noch sonst irgend welche besonderen Eigenschaften besitzt.

Die von verschiedenen Seiten angepriesene Joghurt-Zehr- und Entfettungs-Kur ist eine Gewalt-Hungerkur, die zwar mit jedem echten Joghurt ausgeführt werden kann, die aber nicht nur das Herz stark in Anspruch nimmt, sondern auch das Allgemeinbefinden empfindlich stört und deshalb für das Leben und die Gesundheit des Menschen außerordentlich gefährlich ist.

Vor Anwendung des Joghurt zu Zehrkuren ohne fortlaufende ärztliche Ueberwachung (von Noorden) wird deshalb dringend gewarnt.

Der Genuß von echtem bulgarischen Joghurt als erfrischendes und kräftigendes Nahrungsmittel kann dagegen zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit garnicht genug empfohlen werden.

Meierei C. Bolle A.-G.



Lysiform
beseitigt übermäßigen Schwitzen
nimmt jeden ablen Gerach-
stärkt u. erfrischt die Haut.
Original-
Flaschen
von
0,65 Mk.
an.

Einem hochgeehrten Publikum, allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich die vollständig renovierten

Konzert- und Festsäle, vorm. (Keller)

Koppenstrasse 29

übernommen habe.
Ich empfehle den geehrten Vereinen, Gesellschaften meine Lokalitäten, Säle mit Theaterbühnen zu 2000, 800 und 500 Personen für Versammlungen, Hochzeiten und Festlichkeiten jeder Art.

Indem ich mich der Hoffnung hingebende, auch in diesem meinem neuen Unternehmen das Vertrauen meiner werthen Gäste zu erwerben, bitte ich um geneigten Zuspruch.

Hochachtungsvoll
Paul Obiglio, Koppenstr. 29, Amt Königsstadt 4314.

N.B. Geht wie in der Saison sind noch verschiedene Sonnabende und Sonntage zu vergeben.



Jch hab's!
Urbin
der gute
Schuh-Putz
In Dosen überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Elegante
Herren-Moden
fertig u. nach Mass
von 1 Mark
wöchentliche Teilzahlung.
S. Boltuch
Frankfurter Allee 75
Eingang Tilsiterstrasse

Spezialarzt
i. Haut-, Harn-, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Weintränke jeder
Art, Ehrlich'sche Gata-Kuren in
u. Co. Lang-
Laborat. 1
Blut-
untersuchung, Bäder i. Harnstoff,
Friedrichstr. 81, gegenüber
Panoptikum,
Spt. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

1 Mark
wöchentliche Teilzahlung
liefero elegant
**Herren-
Moden**
fertig und nach Maß!
Garantie für tadel-
losen Sitz
**Julius
Fabian**
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstr. 18¹ Kein
Laden
III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14
Nur 2. Etage

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
Helen Schell und Hilig Paul
Gross, Lindenstr. 69, Tel. 221. 7203.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen
Hantextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Berlin (20 St.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Greif-
Apothek, Bismarckstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 17. Juni 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Prater. Das Hummelnädchen.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Hohenzollern-Fahrten.
Königgräber Straße. Die fünf
Kranzspenden.
Sessing, Alt-Bien.
Teufel, Romeo und Julia.
Kammerstücke. Frühlings Er-
wachen.
Berliner. Hummelnädchen.
Schiller O. Der Leibarbeiter.
Schiller. Charlottenburg. Hote-
manns Töchter.
Montis Operetten. Der lachende
Gemann.
Deutsches Schauspielhaus. Eine
Vergangenheit.
Kleines. Professor Bernhardt.
Deutsches Opernhaus. Die Königin
von Saba.
Thalia. Puppen.
Metropol. Die Kuno-Königin.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säng.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Romödienhaus. Hochherzliche
Bewohnung.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Das Farmernädchen.
Kulturbühne. Der lustige Kalaba.
Kolo. Der Traum ein Leben.
Luisen. Die Albernheit.
Voltes Caprice. Ein Pechvogel.
Die Krampflaffe.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Königskranz.
Theater am Kollendorferplatz.
Der Mann mit der grünen
Maske.
Anfang 9 Uhr.
Admiralpalast. Eisbahn: Spiel in
El. Worip.
Sternwarte. Juvallentz. 57-62.

Deutsches Schauspielhaus
8 1/2 Uhr: Eine Vergangenheit.
Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.
Theater in der Königgräber Straße
8 Uhr:
Die fünf Frankfurter.
Kroll-Oper
8 Uhr:
Der Evangelimann.
Gastspiel des Kammerängers
Miois Pennarini.
Mittwoch: Arifan und Hofde.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Der Traum ein Leben.
Auf der Gartenbühne:
Achtung! Es geht los!
Große Post. Anfang 4 1/2 Uhr.
Reichshallen-Theater
Stettiner Säng.
„Stucke's
Pflingstfahrt“
Berliner
Burleske
von Meysel
Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater O. Walner-
Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Der Leibarbeiter.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Leibarbeiter.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Leibarbeiter.
Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Freiwild.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zwei Wappen.
Brauerei Friedrichshain, am Königstor
Sommerfest
am Sonntag, den 22. Juni 1913,
veranstaltet vom
Zentralverband der Fleischer u. Berufsgenossen (Filiale
Berlin)
und Gesangverein Männerchor Ost (M. d. A.-S.-B.) (Dirigent
Fr. Blume)
Konzert d. Berliner Tonkünstler-Orchesters (Dirig.
Chormeister
Emil Thilo)
Gesang vom Männerchor „Ost“ (Dirig. Chormeister
Emil Thilo)
Auftreten erster artistischer Kräfte.
Kassenöffnung 3. Konzertanfang 5 Uhr. X Eintritt 25 Pf.,
an der Kasse 30 Pf. X Programm und Liedertexte gratis.
X X X Kaffeeküche von 3 Uhr ab geöffnet. X X X
Im großen Saale von 6 Uhr ab: **Tanz.**
Bei ungünstiger Witterung sämtliche Darbietungen im Saale.
Billetts sind zu haben bei: Rich. Klaese, Posener
Str. 15; Paul Schneider, Hufelandstr. 31, Laden; Max
Massenth, Marienburger Str. 7; Paul Kupfer, Landsberger
Allee 53; Fritz Huppke, Woldenberger Str. 8; Br. Massenth,
Tilsiter Str. 66; Karl Behring, Frankfurter Allee 169.

Theater am Kollendorferplatz
Abendlich 8 1/2 Uhr:
**Der Mann mit der
grünen Maske.**
**ZOO-
LOGISCHER
GARTEN**
Täglich:
**Großes Militär-
Doppel-Konzert.**
Eintritt 1 Mark,
von 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
**LUNA
PARK**
Während der Jubiläumswache
**Täglich: Große
patriotische Feier.**
3 Kapellen!
Große elektrische Feerie!
Volksgarten-Theater.
Badstr. 3 und Bellermannstr. 20/25.
Dienstag, den 17. Juni 1913:
Das neue Elite-Programm.
Scherer:
In lauschiger Nacht
Originalposse in 2 Akt. v. B. Gebrüde.
Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.

Passage-Panoptikum
**Die 3 Schwestern
Liliput**
die kleinste Schwest. der Welt.
Der weltberühmte amerikanische
Negerboxer
Andrea Johnson
bei seinem Training.
**Aga, die schwabende
Jungfrau!**
Alles lebend!
Alles ohne Extra-Entree!
Voigt-Theater
Schulstraße 38.
Dienstag, den 17. Juni 1913:
Zum ersten Male:
Der Bettelstudent.
Vollständig m. Ges. u. Tanz in 5 Akten.
Gänzlich neue Spezialitäten.
Aufführung 9 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.
Admiralpalast — Eis-Arena
Angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich
das gr. erfolgreiche Eisballott
Flirt in St. Moritz.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- und Bier-Abteilung.
Berliner Uk-Trio
Adr.: Neukölln Lahnstr. 741
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor. Oel: Ernst Liebing.
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-frei-Vorstellung
der Norddeutschen und Apollo-Sänger
bei freiem Entree.
Freitag: Frei-Konzert.
Neue Welt
A. Scholz, Hasenheide 108-114
Heute Dienstag:
Konzert und Vorstellung.
Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Morgen: **Kinderfest.**

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine von Groß-Berlin.

Die Generalversammlung des Verbandes tagte am Sonntag im „Germaniaaal“.

Geschäftsbericht des Vorstandes

erstattete der Verbandsvorsitzende Ernst: Im Vorjahr hatten wir im Reichstagswahlkampf glänzend gesiegt. Dann hatten wir noch eine Nachwahl im ersten Kreis, wo der Abgeordnete Kaeppj in Folge unseres Wahlprotestes das Mandat niedergelegt hatte.

Schon im vorigen Bericht wiesen wir auf die ungeheure Verteuerung der Lebensmittel hin. Die Teuerung hat sich bis zur Unentgeltlichkeit gesteigert, aber die Regierung dachte nicht daran, Abhilfe zu schaffen, sie begünstigte vielmehr die Ausbeutungspolitik der Agrarier.

Am 8. Oktober löste die Kriegskasse am Balkan auf. Jeder Tag konnte auch uns den drohenden Krieg bringen. Nur das internationale Proletariat bot Gewähr für die Erhaltung des Friedens.

Schon am 20. Oktober verlangte die Berliner Arbeitererschaft in einer gewaltigen Demonstration im Treptower Park die strikteste Neutralität Deutschlands.

Am 6. bis 8. Januar tagte der preussische Parteitag, mit dessen Resultat wir alle zufrieden sein können. Gleich darauf trafen wir unsere Vorbereitungen für die Landtagswahl.

Die am 15. November vollzogenen Wahlen zum Gewerbegericht brachten uns 11 neue Mandate der Arbeitgeber. Bei der Wahl der Arbeitnehmer erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 93 000 Stimmen und 63 von 70 Mandaten.

Die Frage der Reorganisation ist durch Beschluß der Generalversammlung den einzelnen Kreisen zur Beratung überwiesen. Der Zentralvorstand hat in dieser Angelegenheit mehrere Besprechungen abgehalten.

Zur Bewältigung der Organisationsarbeiten fanden außer zahlreichen Kommissionsitzungen 15 Sitzungen des Zentralvorstandes und 15 Sitzungen des Aktionsausschusses statt.

Die juristische Sprechstunde findet allgemeine Anerkennung. Die Lokalkommission hat ihre Haupttätigkeit in den kleinen Orten entfaltet, wo die Beschaffung von Versammlungslokalen die größten Schwierigkeiten macht.

Die jacobinische Agitation wurde unter den Schiffen betrieben. Die „Fackel“ ist in 5000, der „Schiffertalender“ in 8000 Exemplaren verbreitet. Die „Fackel“ hat eine besondere Beilage für Schiffer.

Der Bildungsausschuss hat in der kurzen Zeit seines Bestehens eine Fülle von Arbeit geleistet, die allerdings nicht nach außen sichtbar in Erscheinung tritt, aber der Partei Vorteile bringen wird.

Die Aufgaben des Jugendausschusses wurden durch Eingabe von 10 000 M. gefördert. Die proletarische Jugendbewegung hat mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen.

fallierungen und Schikanierungen der verschiedensten Art sind an der Tagesordnung. Die Arbeiter müssen es als eine Ehrenpflicht betrachten, ihre Kinder von der bürgerlichen Jugendbewegung fernzuhalten und sie der freien Jugendbewegung zuzuführen.

Die Frage des Kindererziehung zeigt die Ohnmacht der Regierung gegenüber dem Kapitalismus. Das offizielle Deutschland feiert rauschende Feste, während Tausende von Kindern ohne Frühstück und müde von dem frühen Morgen geleiteten Arbeit zur Schule gehen.

Große Aufgaben stehen uns bevor. Sie können nur gelöst werden, wenn wir machtvoll organisiert dastehen. Sorgen wir dafür, daß die alte Leidenschaft, der alte Idealismus, aber auch die alte Aufopferungsbereitschaft der Partei erhalten bleibt.

Den Massenbericht

gab Boeske. Wir haben in den 9 Monaten des Geschäftsjahres von den 8 Kreisen an Beiträgen 97 250 M. eingenommen. Die Einnahmen für Männermärkte betragen 69 100 M., für Frauenmärkte wurden 15 000 M. eingenommen.

Am 1. April 1912 hatten wir einen Massenbestand von 14 577,06 Mark, dazu einen solchen von 94 537,13 M. Die Landtagswahl hat große Ausgaben verursacht, die erst zum Teil bezahlt sind.

Die Massenbestände von 14 577 M. stehen folgende Zahlungen gegenüber, die im laufenden Jahre zu leisten sind: Laufende Verbandsausgaben: Druckerei 10 800 M., Neue Zeit, Proklamieren usw. 5 000 M., Anzerate 1 300 M., für die Jugend 6 000 M., im ganzen 23 100 M.

Die Massenverhältnisse sind jetzt folgende: Wir haben einen Bestand von 14 577 M. An Außenständen sind zu beden 108 134 Mark, so daß also ein Defizit von 73 579 M. bleibt, welches aus den laufenden Jahreseinnahmen gedeckt werden muß.

Parteienossen, wir geben schweren Zeiten entgegen. Der Anfang einer wirtschaftlichen Krise macht sich bemerkbar. Nachdem die Landtagswahl vorüber ist, wird schon die Frage erörtert: Was nun? Der Wahlrechtskampf soll gesteigert werden.

Städtische Arbeiter: Der politische Kampf ist heute härter wie seit Jahrzehnten. Wir sehen heute einen so starken Zusammenbruch der bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie, wie wir ihn früher nicht gehabt haben.

Diskussion

Städtische Arbeiter: Der politische Kampf ist heute härter wie seit Jahrzehnten. Wir sehen heute einen so starken Zusammenbruch der bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie, wie wir ihn früher nicht gehabt haben. Nach allen Richtungen leidet die Arbeiterklasse heute in einem Ausnahmemaße.

nicht, zu sagen: es muß agitiert werden, denn das ist geschehen. Wir haben uns zu überlegen, ob in unserer Agitation eine Art eingetriggen ist, der wir abhelfen müssen.

Wir müssen rücksichtslos untersuchen, welche Gründe den gegenwärtigen Abstieg verursacht haben, und wie dem abzuwehren ist. Es wird zu fragen sein, ob solche Gründe zu suchen sind in der Expedition, in der Redaktion, im Verlag, in der Organisation der Redaktion und in der Gesamttenenz des „Vorwärts“.

Wir müssen rücksichtslos untersuchen, welche Gründe den gegenwärtigen Abstieg verursacht haben, und wie dem abzuwehren ist. Es wird zu fragen sein, ob solche Gründe zu suchen sind in der Expedition, in der Redaktion, im Verlag, in der Organisation der Redaktion und in der Gesamttenenz des „Vorwärts“.

Es ist im Bericht der Proklamationskommission vergessen worden anzuführen, daß die Frauenbeilage auf Antrag der Redaktion eingeführt ist und daß auch beantragt ist, für je 14 Tage eine Spalte für das Genossenschaftswesen einzuräumen.

Im Vorstandsbericht ist angedeutet worden, es solle nichts unternommen werden, was neue Ausgaben verursachen könnte. Ich bitte, diesem Appell keine Folge zu geben.

Richard Fischer (zur Geschäftsführung): Nachdem Stadthagen die ganze Frage der Redaktion und alles, was mit dem „Vorwärts“ im Zusammenhang steht, angeknüpft hat, muß sie eingehend verhandelt werden.

Nachdem noch einige Redner zur Geschäftsordnung gesprochen hatten, wurde der Antrag Richard Fischers angenommen mit der Maßgabe, daß auch die auf das Wochenabonnement und auf die Zeitungsbeschwerdeformation bezüglichen Erörterungen bis zur nächsten außerordentlichen Generalversammlung zurückgestellt werden.

Städtische Arbeiter: Das Stagnieren der Mitgliederzahl und der „Vorwärts“-Abonnenten hat doch andere Ursachen als die von Stadthagen angeführten. Die Verhältnisse sind doch heute wesentlich anders als früher.

Boeske: Das Stagnieren der Mitgliederzahl und der „Vorwärts“-Abonnenten hat doch andere Ursachen als die von Stadthagen angeführten. Die Verhältnisse sind doch heute wesentlich anders als früher.

lann nicht bestritten werden, daß unsere Parteigenossen in der Agitation schlapper geworden sind. (Widerspruch.) Mit dem Wachstum der Organisation hat der Eifer der Parteigenossen, der in früheren Jahren sehr groß war, nachgelassen. Stadthagen sagte, zur Stagnation der Bewegung trage auch die Haltung des „Vorwärts“ bei. Man hätte doch erwarten sollen, daß Stadthagen die Fragen, die er hier angesprochen hat, erst in der Redaktion zur Sprache gebracht hätte. (Zwischenruf: Das ist Euch wohl unangenehm, wenn es hier erörtert wird.) Ach nein, ich glaube, daß bei einer Aussprache über diese Angelegenheit nichts Nacheiliges für die Redaktion herauskommt. (Der Vorsitzende Groger ersucht den Redner, diesen Punkt nicht weiter zu behandeln, da ja die Angelegenheit verhandelt sei.) Der Redner bekräftigte eine rege Agitation. Besonders müßte Aufklärung über unsere Grundzüge und Forderungen verbreitet werden. Wenn die Parteiarbeit mit dem alten Eifer betrieben werde, dann werde es vorwärts gehen.

Sirunk betonte gegenüber dem Genossen Glah, daß das Verbandsorgan des Gemeindefördererverbandes sich die politische Aufklärung der städtischen Arbeiter angelegen sein lasse. Pichler: Genosse Weber hat den Stillstand der Berliner Parteibewegung auf die Faulheit der Genossen zurückgeführt. Es ist ja richtig, daß unter den Parteigenossen eine gewisse Faulheit zu spüren ist. Aber das ist nicht die Ursache des Stillstandes. Vielmehr ist das die Ursache, daß die Einrichtungen unserer Organisation nicht demokratisch genug sind. Die Parteigenossen verlieren das Interesse an der Organisation, weil sie nicht zur Mitarbeit herangezogen werden. Auf den Jahrestag hört man immer die Klage: Wozu sollen wir hier diskutieren, es ist ja doch schon alles beschlossen. — Das Montagblatt ist, ohne daß man die Parteigenossen befragt hat und ohne Beschluß der Verbandsgeneralversammlung eingeführt worden. In der Angelegenheit Vorchardt hat man das Gegenteil von dem getan, was die vorige Verbandsgeneralversammlung beschlossen hat. Diese Generalversammlung selbst ist gar keine demokratische Organisation, denn die Mitglieder sind nicht im proportionalen Verhältnis hier vertreten, auch sind 100 Teilnehmer zur Generalversammlung zugelassen, die kein Delegiertenmandat haben. Diese Mißstände müssen bei der Reorganisation berücksichtigt werden.

Die Diskussion war nunmehr erschöpft. Es folgten persönliche Bemerkungen.

Stadthagen: Wenn Weber mir vorwarf, daß ich meine hier vorgetragene Ansicht nicht in der Redaktion zum Ausdruck gebracht habe, so muß er ein sehr kurzes Gedächtnis haben. Alle von mir hier besprochenen Punkte habe ich schon seit Jahresfrist in Redaktionskonferenzen wiederholt vorgetragen. In dem einen Punkt, der die innere Organisation der Redaktion betrifft, habe ich bei der Abstimmung die Mehrheit bekommen. Sie war, wie der Vorsitzende der Prekominmission bemerkte, noch eine Stimme stärker als die Minderheit.

Glah: Dem Gemeindefördererverband habe ich keinen Vorwurf gemacht.

Weber: Von der Sitzung, wo Stadthagen eine Stimme Mehrheit bekommen hat, ist mir nichts bekannt. Daß er diese Dinge in den Redaktionskonferenzen vier bis fünfmal vorgetragen hat, ist nicht wahr.

Stadthagen: Bei der Angelegenheit, wo ich die Mehrheit hatte, handelt es sich um den Antrag, den Weber verteidigte und der dann von der Prekominmission angenommen wurde. Alles was ich hier vorgetragen habe, habe ich auch in den Redaktionskonferenzen vorgebracht, die sich leider fast nur mit der Verteilung des Raumes beschäftigten. Meine wiederholten Anregungen, diese Angelegenheit in der Redaktion zu verhandeln, sind so wenig berücksichtigt worden, daß ich darauf verzichtet habe, meine Ansichten immer wieder von neuem vorzutragen.

Vorsitzender Groger: Genosse Wels teilt mit, daß die Prekominmission sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und der nächsten Generalversammlung Bericht erstatten wird.

Hierauf erhielten die Berichterstatter des Vorstandes das Schlußwort.

Wesle bemerkte zu den Ausführungen Stadthagens. Der Zentralvorstand wolle keineswegs aus Sparmaßregeln Rücksicht vor der Annahme von Anträgen warnen, die erhöhte Ausgaben verursachen. Aber es könne doch sein, daß gewisse mehr ausgeben, als er hat. Darauf habe er, der Redner, nur hingewiesen.

Ernst: Genosse Pichler sagte, unsere Einrichtungen seien nicht demokratisch. Ja, wie soll es denn sein? Wir können doch nicht Hunderttausende von Mitgliedern zu einer Sitzung zusammenrufen, wir können auch nicht alle 8 oder 14 Tage eine Generalversammlung abhalten, also muß der Zentralvorstand, den Sie ja eingesetzt haben, die notwendigen Beschlüsse fassen und nachher die Zustimmung der Generalversammlung einholen. Wenn die Genossen mit den Beschlüssen des Zentralvorstandes nicht einverstanden sind, dann haben sie ja das Recht, Protest dagegen zu erheben. Wenn das nicht geschieht, müssen wir annehmen, daß wir im Sinne der Mitglieder gehandelt haben. Den Beschlüssen, daß Vorchardt von der Kandidatur zurücktreten soll, bis das Schiedsgericht entschieden hat, hat ja nicht der Aktionsausschuß gefügt, sondern die Genossen des 5. Landtagswahlkreises. Der Vorwurf, den Genosse Pichler erhob, ist also nicht gegen uns, sondern gegen die Genossen des 4. Reichstagswahlkreises zu richten. Die Zusammenlegung der Generalversammlung, die Genosse Pichler als nicht demokratisch bezeichnet, ist doch von den Parteigenossen beschlossen. Wenn er meint, daß hier die Vorstandsmitglieder, die Abgeordneten, Stadtverordneten usw. kein Stimmrecht haben sollen, dann heißt das doch, diese als Genossen mildernden Rechts betrachten. Mit den den Artikeln im „Mitteilungsblatt“ wollten wir Stoff zur Diskussion geben. Es ist uns gesagt worden, daß man mit diesen Artikeln sehr zufrieden ist. Genoss kann man darüber verschiedener Meinung sein, aber sagen Sie uns, wie wir es besser machen sollen, und wir werden es mit Freuden machen. Wenn wir etwas Neues machen wollen, dann wird uns immer entgegengehalten: Das ist Sache der Kreise, die haben darüber zu bestimmen. Wo machen Sie uns keine Vorwürfe über Sachen, wo wir nicht mitzureden haben. Auch der Ausbau der Jahrestage ist Sache der Kreise, die lassen sich da nicht hineinreden. Wir tun, was wir können, aber wir sind ohnmächtig, wenn nicht in den Reihen der Genossen das Bestreben herrscht, rücksichtslos für die Aufgaben und die Interessen der Partei einzutreten, anstatt sich um die Privatangelegenheiten einzelner zu kümmern. Genosse Glah verlangt, daß wir Polenpolitik treiben. Wir wollen die Polen nicht germanisieren. Wir treten ein für ihre Rechte, für den Gebrauch ihrer Muttersprache, aber wir wollen die Polen zu Sozialdemokraten machen, die mit uns gemeinsam kämpfen und keine Sonderorganisation treiben. — Was die allgemeine Agitation betrifft, so tun wir alles, um sie zu fördern und wünschen dringend, daß uns die Genossen dabei unterstützen. Mit der Waffe des politischen Massenstreiks soll man nicht spielen. Wenn wir nicht stark genug sind, um diese Waffe anzuwenden, dann muß die Frage diskutiert werden, wie die Organisation auszubauen ist. Solange die Arbeiterklasse nicht machtvoll genug ist, solange sich die Genossen nicht gemöhnt haben, jeden freien Augenblick für die Agitation im Interesse der Partei auszunutzen, solange darf man nicht mit der Waffe des Massenstreiks spielen. Es ist Schaum-schlägerei, wenn man immerfort vom Massenstreik spricht und nicht weiß, wie er durchzuführen ist. Wir fordern Euch deshalb auf: Sorgt dafür, daß wir stark genug sind, um die bürgerliche Gesellschaft, nach deren Sturz wir alle streben, beseitigen zu können. Seid kampfbereit, damit unser Ziel endlich erreicht wird.

Der Antrag der Revisoren, den Vorstand zu entlasten, wurde ohne Widerspruch angenommen.

Bei den

Vorstandswahlen

wurden der Vorsitzende Ernst, der Kassierer Wölke und der Schriftführer Theodor Fischer einstimmig wiedergewählt. — Die Vorschläge der Kreise zu den übrigen Vorstandsdämtern wurden ohne Einwendungen bekräftigt. — In den Kreisbildungs-ausschuss wurden wiedergewählt: Däumig, Brunwald, Frau Rautsch, Lamwó und Dr. Silberstein.

Die Diskussion war nunmehr erschöpft. Es folgten persönliche Bemerkungen.

Stadthagen: Wenn Weber mir vorwarf, daß ich meine hier vorgetragene Ansicht nicht in der Redaktion zum Ausdruck gebracht habe, so muß er ein sehr kurzes Gedächtnis haben. Alle von mir hier besprochenen Punkte habe ich schon seit Jahresfrist in Redaktionskonferenzen wiederholt vorgetragen. In dem einen Punkt, der die innere Organisation der Redaktion betrifft, habe ich bei der Abstimmung die Mehrheit bekommen. Sie war, wie der Vorsitzende der Prekominmission bemerkte, noch eine Stimme stärker als die Minderheit.

Glah: Dem Gemeindefördererverband habe ich keinen Vorwurf gemacht.

Weber: Von der Sitzung, wo Stadthagen eine Stimme Mehrheit bekommen hat, ist mir nichts bekannt. Daß er diese Dinge in den Redaktionskonferenzen vier bis fünfmal vorgetragen hat, ist nicht wahr.

Stadthagen: Bei der Angelegenheit, wo ich die Mehrheit hatte, handelt es sich um den Antrag, den Weber verteidigte und der dann von der Prekominmission angenommen wurde. Alles was ich hier vorgetragen habe, habe ich auch in den Redaktionskonferenzen vorgebracht, die sich leider fast nur mit der Verteilung des Raumes beschäftigten. Meine wiederholten Anregungen, diese Angelegenheit in der Redaktion zu verhandeln, sind so wenig berücksichtigt worden, daß ich darauf verzichtet habe, meine Ansichten immer wieder von neuem vorzutragen.

Vorsitzender Groger: Genosse Wels teilt mit, daß die Prekominmission sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und der nächsten Generalversammlung Bericht erstatten wird.

Hierauf erhielten die Berichterstatter des Vorstandes das Schlußwort.

Wesle bemerkte zu den Ausführungen Stadthagens. Der Zentralvorstand wolle keineswegs aus Sparmaßregeln Rücksicht vor der Annahme von Anträgen warnen, die erhöhte Ausgaben verursachen. Aber es könne doch sein, daß gewisse mehr ausgeben, als er hat. Darauf habe er, der Redner, nur hingewiesen.

Ernst: Genosse Pichler sagte, unsere Einrichtungen seien nicht demokratisch. Ja, wie soll es denn sein? Wir können doch nicht Hunderttausende von Mitgliedern zu einer Sitzung zusammenrufen, wir können auch nicht alle 8 oder 14 Tage eine Generalversammlung abhalten, also muß der Zentralvorstand, den Sie ja eingesetzt haben, die notwendigen Beschlüsse fassen und nachher die Zustimmung der Generalversammlung einholen. Wenn die Genossen mit den Beschlüssen des Zentralvorstandes nicht einverstanden sind, dann haben sie ja das Recht, Protest dagegen zu erheben. Wenn das nicht geschieht, müssen wir annehmen, daß wir im Sinne der Mitglieder gehandelt haben. Den Beschlüssen, daß Vorchardt von der Kandidatur zurücktreten soll, bis das Schiedsgericht entschieden hat, hat ja nicht der Aktionsausschuß gefügt, sondern die Genossen des 5. Landtagswahlkreises. Der Vorwurf, den Genosse Pichler erhob, ist also nicht gegen uns, sondern gegen die Genossen des 4. Reichstagswahlkreises zu richten. Die Zusammenlegung der Generalversammlung, die Genosse Pichler als nicht demokratisch bezeichnet, ist doch von den Parteigenossen beschlossen. Wenn er meint, daß hier die Vorstandsmitglieder, die Abgeordneten, Stadtverordneten usw. kein Stimmrecht haben sollen, dann heißt das doch, diese als Genossen mildernden Rechts betrachten. Mit den den Artikeln im „Mitteilungsblatt“ wollten wir Stoff zur Diskussion geben. Es ist uns gesagt worden, daß man mit diesen Artikeln sehr zufrieden ist. Genoss kann man darüber verschiedener Meinung sein, aber sagen Sie uns, wie wir es besser machen sollen, und wir werden es mit Freuden machen. Wenn wir etwas Neues machen wollen, dann wird uns immer entgegengehalten: Das ist Sache der Kreise, die haben darüber zu bestimmen. Wo machen Sie uns keine Vorwürfe über Sachen, wo wir nicht mitzureden haben. Auch der Ausbau der Jahrestage ist Sache der Kreise, die lassen sich da nicht hineinreden. Wir tun, was wir können, aber wir sind ohnmächtig, wenn nicht in den Reihen der Genossen das Bestreben herrscht, rücksichtslos für die Aufgaben und die Interessen der Partei einzutreten, anstatt sich um die Privatangelegenheiten einzelner zu kümmern. Genosse Glah verlangt, daß wir Polenpolitik treiben. Wir wollen die Polen nicht germanisieren. Wir treten ein für ihre Rechte, für den Gebrauch ihrer Muttersprache, aber wir wollen die Polen zu Sozialdemokraten machen, die mit uns gemeinsam kämpfen und keine Sonderorganisation treiben. — Was die allgemeine Agitation betrifft, so tun wir alles, um sie zu fördern und wünschen dringend, daß uns die Genossen dabei unterstützen. Mit der Waffe des politischen Massenstreiks soll man nicht spielen. Wenn wir nicht stark genug sind, um diese Waffe anzuwenden, dann muß die Frage diskutiert werden, wie die Organisation auszubauen ist. Solange die Arbeiterklasse nicht machtvoll genug ist, solange sich die Genossen nicht gemöhnt haben, jeden freien Augenblick für die Agitation im Interesse der Partei auszunutzen, solange darf man nicht mit der Waffe des Massenstreiks spielen. Es ist Schaum-schlägerei, wenn man immerfort vom Massenstreik spricht und nicht weiß, wie er durchzuführen ist. Wir fordern Euch deshalb auf: Sorgt dafür, daß wir stark genug sind, um die bürgerliche Gesellschaft, nach deren Sturz wir alle streben, beseitigen zu können. Seid kampfbereit, damit unser Ziel endlich erreicht wird.

Der Antrag der Revisoren, den Vorstand zu entlasten, wurde ohne Widerspruch angenommen.

Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit den vorliegenden Anträgen.

Zu dem Antrage des sechsten Kreises:

„An Stelle des historischen Kalenders ist ein praktischer Wandkalender herauszugeben“ erklärte Genosse Ernst, daß dem Antrage entsprochen werden soll. Abgelehnt wurde der Antrag des vierten Kreises, welcher fordert, daß Sammellisten nur bei Wahlen zu gelegentlichen Körperchaften oder sonstigen die Allgemeinheit berührenden Angelegenheiten herausgegeben werden.

Der Antrag des Kreises Niederbarnim: „Ueber die Höhe der Entschädigung bei Delegationen zu Parteitagungen, Kongressen usw. entscheidet die Verbandsgeneralversammlung“ wurde abgelehnt.

Angenommen wurde der zweite Teil desselben Antrages, welcher lautet:

„Sämtliche bei diesen Tagungen gegen Entgelt tätigen Genossen sind bezüglich der Entschädigung den Delegierten gleichzustellen.“

Zwei Anträge, der eine vom vierten Kreise, der andere von Zeltow-Beeslow gestellt, fordern, daß das Mitteilungsblatt, weil es den Bericht der Untersuchungskommission im Falle Vorchardt im vollen Umfange gebracht hat, auch Vorchardts Verteidigungsrede im gleichen Umfange veröffentlichen soll.

Ernst bemerkte hierzu: Wir haben seit dem Bestehen der Schiedsgerichtskommission deren Urteile nebst Begründungen in jedem Falle veröffentlicht. Jede von uns eingesetzte Kommission hat die Pflicht, einen Bericht zu geben. Deshalb haben wir auch das Urteil im Falle Vorchardt veröffentlicht. Das ist keine Stellungnahme zu der Angelegenheit selbst, sondern nur die Bekanntgabe des Ergebnisses einer unparteiischen Untersuchung. Vor der Veröffentlichung haben wir darüber gesprochen. Wir haben vorausgesetzt, daß uns Vortwürfe gemacht werden. Wir haben uns gesagt, wenn wir das Urteil veröffentlichen, dann wird man sagen, das ist eine einseitige Stellungnahme. Aber wenn wir es nicht veröffentlichen, dann wird man uns sagen: Hier handelt es sich nicht um einen Arbeiter, sondern um einen Intellektuellen, da seid Ihr zu feige, das Urteil zu veröffentlichen. Schließlich haben wir gesagt, wir können in diesem Falle nicht anders handeln, wie wir immer gehandelt haben, wir müssen veröffentlichen, was die Kommission festgestellt hat. Nun ist das eingetreten, was wir vorausgesehen haben. Doch wir wollen keinen Streit, wir fügen uns dem, was die Genossen wollen. Es geht aber nicht an, daß nur Vorchardts Rede abgedruckt wird. Es müssen dann auch die Reden der anderen Genossen veröffentlicht werden. Deshalb erweitern wir den Antrag von Zeltow-Beeslow dahin:

Nachdem der Bericht der Untersuchungskommission über die Angelegenheit Vorchardt wirklich im „Mitteilungsblatt“ veröffentlicht worden ist, wird der Zentralvorstand von Groß-Berlin ersucht, auch die Reden der Genossen Vorchardt, Daase, Heinemann, Braun und Ewald in gleicher Ausführlichkeit in der nächsten Nummer des „Mitteilungsblattes“ den Genossen zur Kenntnis zu bringen. Die Genossen Vorchardt, Daase, Heinemann, Braun und Ewald sind zu erziehen, zu diesem Zwecke ihre Verteidigungsreden dem Zentralvorstand einzureichen.

Piel: Wenn nur das Urteil veröffentlicht worden wäre, dann hätte man nicht verlangt, daß auch Vorchardts Rede veröffentlicht wird. Aber das „Mitteilungsblatt“ dringt nicht nur das Urteil, sondern auch die Begründung und einen Verhandlungsbericht, in dem Vorchardt zu kurz kommt. Deshalb müssen auch seine Gründe dargelegt werden.

Ernst: Auch ich hatte mich auf eine schöne Rede zu dieser Angelegenheit vorbereitet, aber ich halte sie nicht, denn die Angelegenheit ist ja dadurch erledigt, daß wir bereit sind, uns dem Willen der Antragsteller zu fügen.

Der Antrag in der Fassung des Genossen Ernst wurde hierauf angenommen.

Ernst: Damit ist die Tagesordnung erledigt. Alle übrigen Anträge sind zurückgestellt. Das bedeutet aber nicht, daß wir nun zufrieden sind, bis die Reorganisation eingetreten ist. Jede Gelegenheit muß benutzt werden, um für unsere Organisation zu werben und unsere Ideen zu verbreiten. Der Redner schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Die Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs macht in ihrem Jahresbericht über das Geschäftsjahr 1912/13, das sich nur über die neun Monate Juli 1912 bis März 1913 erstreckt, u. a. folgende Angaben: Die Mitgliederzahl ist in den neun Monaten von 60 833 auf 61 823 gestiegen. Es wäre danach nur ein Mitgliederzuwachs von 994 zu verzeichnen; da sich aber die Zahl der eingegangenen Monatsbeiträge um 71 051 vermehrt hat, ist die Mitgliederzunahme in Wirklichkeit etwa zehnmal größer und beträgt rund 9000. Arbeitslosigkeit und Schwandern der Arbeiter im Winter beeinflussen die Mitgliederzahl derart, daß der wirkliche Gewinn an neuen Mitgliedern in der Mitgliederzahl nicht voll zum Ausdruck kommt. Die Gesamtaufgabe des „Hamburger Echo“ für Hamburg, Altona und Umgegend ist von 75 050 auf 76 340 gestiegen. Die Steigerung um 1290 entspricht nicht den Erwartungen. In der Agitation ist viel geleistet worden. Gegen Lebensmittelsteuer, Kriegsschwe, Mästungsvorlagen und auch gegen die Märzfeier des hamburgischen Bürgertums aus Anlaß des „Vereins“-Jubiläums haben zahlreiche Demonstrationen, Versammlungen und Flugblattverbreitungen stattgefunden, die ihren Eindruck nicht verfehlt haben. Die Ende März erschienene Schrift „Hamburg und die französische Revolution“, die im Auftrage des Landesvorstandes von Dr. Laufenberg verfaßt wurde, ist in ihrer ganzen Auflage (15 000) bereits vergriffen. Sie hat auch im Buchhandel großen Absatz gefunden.

Bei der Bürgerlichkeitswahl im Anfang dieses Jahres gewann die Partei 70 192 Stimmen, aber kein Mandat, dank der Inkompatibilität des Wahlgesetzes. Die Abrechnung von der Reichstagswahl 1912 ergab 21 131 M. Ueberfluß, der dem Seebausfonds überwiesen wurde. Der Raifonds hat einen Bestand von 99 790 M. erreicht; familiäre Partei- und Gewerkschaftsangehörigen haben ihren Tagesverdienst abgeführt, nicht aber einzelne Angestellte in solchen Betrieben, wo der 1. Mai auch gefeiert und bezahlt wird.

Das Arbeiterbildungswesen und der Jugendbund, auch die Frauenbewegung haben wesentliche Fortschritte gemacht. Die Unterrichtskurse wurden erweitert, Volkshausspiele wurden im Sommer, literarische Abende im Winter häufig veranstaltet. Der Jugendbund zählt 2828 Mitglieder, davon 611 weibliche. Die Kinderschulungskommission hat rege Tätigkeit, die nicht ohne Erfolg blieb, entfaltet. Das Verhältnis der Mitgliederzahl der Partei zu den bei der Reichstagswahl abgegebenen Stimmen hat sich wenig verändert. Es beträgt im 1. Wahlkreis 88,7, im zweiten 85,6 und im dritten 48,6 Proz.

Eine Frage der Parteidisziplin.

Köln, den 12. Juni. (Fig. Ver.) Eine interessante Frage der Parteidisziplin bringt Genosse Barbató im „Avanti“ zur Sprache. Barbató wurde von dem Wahlkreiskongreß von Andria zum Kandidaten für die Parlamentswahlen proklamiert und nahm die Kandidatur an. Dieser Tage haben sich nun die jugendlichen Sozialisten seines Wahlkreises an ihn gewandt und ihm eine Erklärung abgefordert, ob er Gegner des Militarismus und der Freimaurer sei. Barbató hat sich geweigert, irgendeine derartige Erklärung abzugeben, und fragt nun im „Avanti“ an, ob es der Parteidisziplin gemäß sei, daß die Jugendorganisation von einem Parteikandidaten eine besondere Programmklärung beanspruchen kann. Barbató erklärt, auf die Kandidatur zu verzichten, falls die Antwort auf diese Frage bejaht werde, und meint ganz richtig, daß die Annahme des Parteiprogramms und die Bezeichnung durch die zuständigen

Instanzen ausreichen müßten, um jeden Sozialisten zur Bekleidung eines Parteiämtes zu befähigen. Die italienische Partei befindet sich in der merkwürdigen Situation, daß sie die Autonomie der Parlamentarfraktion abgeholt hat, daß aber die Jugendorganisation, die der Zentralpartei angegliedert ist, völlige Autonomie besitzt. So kann es geschehen, daß junge Leute im Alter von 16 bis 18 Jahren der Partei Vorschriften machen und unbeschadet ihrer Parteizugehörigkeit einen Parteikandidaten öffentlich beschimpfen können; niemand kann sie zur Rechenschaft ziehen; dagegen kann ein Parteialtgeordneter, der doch eine hohe Vertrauensstellung bekleidet, für seine Haltung im Parlament jederzeit vom Parteivorstand zur Rechenschaft gezogen werden. Der Fall Barbató zeigt praktisch die Unhaltbarkeit des heutigen Zustandes. Dieselbe Beschichte wird sich in einigen 30 oder 40 Wahlkreisen wiederholen, da die jungen Sozialisten auf ihrem letzten Kongreß beschlossen haben, all die Parteikandidaten zu bekämpfen, die Freimaurer sind. Barbató, der in keinerlei Verbindung mit dem Freimaurerorden steht, hat die ihm abgeforderte Erklärung zu geben abgelehnt, wieviel mehr werden die Parteigenossen sie ablehnen, die selber Freimaurer sind!

Preussischer Kommiss.

Die kürzlich mitgeteilt wurde, ist Genosse Lorenz als Redakteur des Danziger Parteiblattes wegen der Wiedergabe des Inhalts des im Vorwärtsverlage erschienenen Buches „Preussischer Kommiss“ von August Winnig zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die Verurteilung erfolgte wegen Verleumdung sämtlicher Unteroffiziere und Offiziere des preussischen Heeres. Der Staatsanwalt hatte die Kleinigkeit von drei Monaten Gefängnis beantragt.

Wir machen darauf aufmerksam, daß das Buch selbst nicht verboten ist und wegen seiner treffenden Kritik des Militarismus weiteste Verbreitung finden sollte. Das Buch ist mit vielen Illustrationen versehen; es kann durch jede Buchhandlung bezogen werden und kostet gebunden nur 2 M.

Dolizellischen, Gerichtliches usw.

Aufhebung der Versammlungsfreiheit.

In einem Dutzend des Fürstentums Lippe sollte eine Versammlung unter freiem Himmel stattfinden, in der ein sozialdemokratischer Redner über die Wehrvorlage zu reden gedachte. Von der zuständigen Behörde wurde die Genehmigung zu dieser Versammlung mit der Begründung verweigert, daß eine solche Versammlung an einem Platze, der vom Publikum viel besucht werde, einer provokatorischen Demonstration gleichkomme, und daß diese Provokation entrüstete Gegenlandgebungen herausfordern und somit die öffentliche Sicherheit gefährden könne. Das lippeische Staatsministerium hat auf die eingelegte Beschwerde hin diese Verfügung bekräftigt und sich auch die Gründe des Verbots zu eigen gemacht. — Mit diesem, die preussische Praxis nachahmenden Verbot können alle Versammlungen einfach unmöglich gemacht werden, denn es wird immer Leute geben, die sich durch eine bestimmte Meinung zu Gegenlandgebungen berechtigen finden.

10. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Dresden, den 16. Juni 1913.

Der 10. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine wurde heute abend 8 Uhr im Städtischen Ausstellungspalast in Anwesenheit von etwa 1000 Delegierten und zahlreichen Gästen eröffnet. Den Vorsitz führte Konrad Barth-München. Er berief ins Bureau Lorenz-Hamburg, Baehold-Dresden und Piepman-Ludwigshafen begrüßte die erschienenen Gäste, darunter den Vertreter des sächsischen Ministeriums des Innern Geh. Regierungsrat Dr. Kuppert, Vertreter der Dresdener Stadtverordnetenversammlung und die Vertreter ausländischer Genossenschaftsverbände: Pederson und Laurzen vom Verband der dänischen Genossenschaften, Dr. Venns Karpeles vom Zentralverband der österreichischen Konsumvereine, Dahl-Stochholm als Vertreter der schwedischen Konsumvereine, Helles-Paris vom Verband der französischen Konsumvereine, Rowell-Manchester und Dewhohn aus England, Servo-Belgien und G. Angst-Basel. Schließlich begrüßte er die Vertreter der Gewerkschaften der Handlungsgehilfen, Köcher, Transportarbeiter, Fleischer und Tabakarbeiter, des Bundes der technisch-industriellen Beamten, des Verbandes der Vorstandsmitglieder genossenschaftlicher Unternehmungen und der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands, für die die Reichstagsabgeordneten Bauer und Schumann erschienen waren.

Zur Begrüßung des Verbandes namens des Konsumvereins „Vorwärts“ von Dresden und Umgegend nahm Landtags-Bezirkspräsident Fröhlich das Wort. Er erinnerte daran, daß die Gründungsversammlung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine ebenfalls vor zehn Jahren in Dresden stattgefunden hat und fuhr dann fort: Als ich vor 11 Jahren zum erstenmal vom Konsumverein „Vorwärts“ zu einem Genossenschaftstag delegiert wurde, wurde in Anwesenheit geschieden, was innerlich nicht zusammengehörte. Die moderne Konsumvereinsrichtung schied sich von dem rücksichtlosen Beharren in den alten Bahnen des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsvereine. Das war ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. (Beifall.) Unser Zentralverband hat sich in den zehn Jahren glänzend entwickelt, dank der unermüdeten Tätigkeit von oben und unten, der Hefigkeit der Mitglieder wie der hervorragenden Opferwilligkeit der Führer. Allen, die mitgeholfen haben, wollen wir heute danken. Aber wir bewundern nicht nur die Größe unserer Organisation, sondern auch ihren inneren Ausbau. Wir sind in sozialer Beziehung vorbildlich in unseren Tarifverträgen und unseren Löhnen, in unserer Urlauberteilung und unserer Unterstützungskasse, die jetzt 8 Millionen Mark Kapital hat, und in vielen anderen sozialen Einrichtungen. Wir dürfen auf unsere christliche Arbeit hinweisen und behaupten, daß wir im allgemeinen unseren Arbeitern und Angestellten viel mehr bieten, als ihnen in irgend einem privaten Betrieb geboten wird. Gleichzeitig mit dem zehn-jährigen Bestehen des Zentralverbandes feiert unser Dresdener „Vorwärts“ und die mit ihm verknüpften Konsumvereine ihr 25jähriges Bestehen. Wer, wie ich, nahezu 40 Jahre in der Dresdener Arbeiterbewegung steht, kann stolz sein auf die Fortschritte des „Vorwärts“. Wir haben 60 000 Mitglieder. In unseren Verkaufsstellen werden 1100 Angestellte beschäftigt und wir werden in diesem Jahre 24 Millionen Mark Umsatz machen. Wir treiben keine Politik und haben nie Politik getrieben. Aber wir pflegen auch keine angälische Ueberneutralität. Wir rücken nicht ab von denen, die unser Fleisch und Blut sind. Wir stehen treu zu denen, die uns die Fesseln zerbrechen helfen, die die Feinde der Genossenschaftsbewegung uns anlegen möchten. (Lebhafte Beifall.) Tüchtige und kostbare Gegner aber werden nach wie vor, ganz gleich, was wir tun, behaupten, wir seien ein sozialdemokratischer Verband. Wir fürchten diese Angriffe nicht. Unsere Parole bleibt: Immer vorwärts! (Stürmischer Beifall.)

Im Namen des Dresdener Stadtverordnetenkollegiums begrüßte Oberpostassistent Lindt den Genossenschaftstag. Er erklärte, daß er selbst durchaus auf dem Boden der Genossenschaftsbewegung stände. Die Größe der Entwicklung Deutschlands in den letzten Jahrzehnten habe die Schattenseite mit sich gebracht, daß die Kaufkraft des Geldes sehr rasch gesunken sei. Jede Erhöhung der Löhne und Gehälter werde durch das Steigen der Mieten und Preise für Lebensmittel alsbald überholt. Auch machen die Ringe, Syndikate und Kartelle den Zusammenschluß der Konsumenten zu einer unbedingten Notwendigkeit. Wenn der Bund der Landwirte seine Warenhäuser habe, wenn es ein Warenhaus für Meer und Marine gebe, wenn die Detailisten und Droghisten ihre Einkaufsvereine hätten, sei der genossenschaftliche Zusammenschluß der minderbemittelten Klassen erst recht notwendig. (Stürmischer Beifall.)

Nach den Begrüßungsansprachen der ausländischen Delegierten wählte der Vorsitzende Barth dem verstorbenen Verbandsvorsitzenden Radetzk-Dresden einen warm empfundenen Nachruf.

Sobald erspähte Kaufmann-Hamburg ein Referat über den Internationalen Genossenschaftstag in Glasgow, der vom 25. bis 27. August 1913 stattfinden soll und zu dessen lebhafter Beförderung er aufforderte.

Die weiteren Verhandlungen wurden auf Dienstag vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Die Reichsbank 1876 bis 1910.

Ueber die Entwicklung der Reichsbank von ihrer Gründung bis 1910 ist 1912 eine umfassende amtliche Darstellung erschienen, der wir einige wichtige Tatsachen entnehmen. Die Reichsbank ist bekanntlich gegründet worden, als in der großen Wirtschaftskrise des Jahres 1873 sich die Mängel des zerstückelten, mit geringen Mitteln ausgestatteten einzelstaatlichen Bankbetriebes zu deutlich gezeigt hatten — es waren vielfach durch und durch solbde Firmen zusammengebrochen, nur weil sie keine genügenden Vorräte gegen Wechsel beschaffen konnten. Die Reichsbank erhielt von vornherein das Recht, gegen Wechsel oder Lombard ungedeckte Noten, d. h. nicht durch bares Geld gedeckte Noten herauszugeben, von welchem Recht sie nur in äußerst vorzüglicher Weise Gebrauch gemacht hat. Es betragen

in den Jahresrückstellungen	Barvorrat	Noten- umlauf	fremde Gelder	Wechsel	Lombard
1876/80	578,8	681,0	103,8	336,5	51,4
1881/85	619,8	738,9	203,1	367,0	51,8
1886/90	830,5	913,4	353,1	463,2	62,5
1891/95	938,8	1007,4	484,1	554,1	90,9
1895/1900	886,2	1114,8	493,5	724,4	94,8
1901/05	979,8	1258,6	589,4	839,8	78,6
1906/10	1056,9	1514,5	686,1	905,0	91,8

Die Deckung der Noten durch den Barvorrat hat also etwa 70—95 Proz. betragen und war am ungünstigsten im Jahresrück 1906/10 mit kaum 70 Proz., am günstigsten im Jahresrück des allgemeinen Geldüberflusses in Europa, 1891/95, mit über 95 Proz. Jedenfalls ist die Vordeckung im Durchschnitt bei der Reichsbank günstiger als bei der Bank von Frankreich; nur die Bank von England hat einen überwiegend voll gedeckten Notenumlauf. Wichtig ist, daß der Notenumlauf erheblich stärker zugenommen hat als die Bevölkerung, die letztere hat sich von 1876/80 zu 1906/10 um etwa 1/2 vermehrt, der Notenumlauf ist um das 2 1/2 fache gestiegen, der Wechselumlauf um das 2 1/2 fache, der Bestand an fremden Geldern, Giroguthaben von Privaten und Staatskassen um das 3 1/2 fache. Das Grundkapital der Reichsbank betrug ursprünglich 120 Millionen Mark und wurde 1899 auf 180 Millionen erhöht. Die Tatsache der Geschäftszunahme wird beleuchtet durch das Anwachsen des Beamtenbestandes von 1004 im Jahre 1876 bis auf 8495 im Jahre 1910; die Verwaltungskosten sind von 5,4 auf 21,8 Millionen Mark gestiegen. Der Reingewinn ist außerordentlichen Schwankungen unterworfen; das ungünstigste Jahr, 1879, hat bloß 0,9 Millionen Mark Reingewinn ergeben, das günstigste, 1906, dagegen 52,3 Millionen; für 1909 und 1910 ist der Reingewinn wieder auf 29,1 bzw. 27,7 Millionen Mark gesunken. Nicht uninteressant ist, daß beim Notenumlauf die 100-Mark-Scheine bei weitem überwiegen, und zwar sind es ständig etwa 2/3 bis 3/4 vom Gesamtbetrage, des Notenumlaufes gewesen, während auf die 1000-Mark-Scheine bis 1905 1/2 bis 1/3 entfiel; seit 1906 jedoch nur noch 1/8—1/9 Proz., wofür die kleineren Noten, die 50- und 20-Mark-Scheine, eine stärkere Verbreitung gefunden haben in einer Verhältniszahl von je 6—8 Proz. (absolut 1907/10 je 132 bis 150 Millionen Mark). In anderen Ländern ist die Verbreitung kleiner Noten größer; in Rußland z. B. besetzt nahezu die Hälfte des etwa 3 Milliarden Mark betragenden Notenumlaufes aus kleinen Noten.

Weiterer Rückgang des Fleischkonsums!

Unter der drückenden Last der hohen Preise und der verschlechterten Wirtschaftslage ist der Konsum von Fleisch weiter zurückgegangen. Das beweisen die Ziffern über den Marktverkehr an den 40 bedeutendsten Schlachtviehmärkten im Monat Mai. Es wurden den Schlachthöfen zugeführt:

	1912	1913
Rinder	66 363	63 768
Fälber	129 554	115 248
Schafe	61 108	56 450
Schweine	388 710	417 530

Nur bei Schweinen ergibt sich eine Zunahme. Der Rückgang bei Rindern macht fast 11 Proz. aus. — Angesichts dieser Entwicklung klingt es wie Pöhn, wenn das Agrarblatt „Deutsche Tageszeitung“ mit offenkundiger Bosheit eine Auslassung der Handelskammer in Minden folportiert, nach welcher der Fleischverbrauch Deutschlands ganz bedeutend gestiegen ist. Er übertriffe sogar den Englands. — In der Handelskammer Minden muß ein puyiger — Volkswirt sein Wesen treiben. In der von der „Deutschen Tageszeitung“ zitierten unmaßgeblichen Meinung der Mindener Handelskammer heißt es weiter: „Es ist deshalb völlig irrig, von einer Fleischnot zu sprechen und Maßnahmen wie die Einfuhr von Geviertfleisch oder die Aufhebung der Viehsteuern zu fordern, die nur geeignet sein könnten, die notwendige Versorgung des deutschen Marktes durch unsere Landwirtschaft zu beeinträchtigen.“ Inwiefern die Marktversorgung beeinträchtigt würde, wenn man die Grenzen öffnete und die Zölle ermäßigte, ist auch ein agrarisches Geheimnis. Sicher weiß man nur, daß alles darauf hinausläuft, dem deutschen Volke das nationale Fleisch teuer, teuer in des Wortes überliefert Bedeutung zu machen.

Am Arbeitsmarkte der deutschen Großstädte zeigt sich zum Teil eine bemerkenswerte Verschlechterung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage gegenüber dem Vorjahre. Bis zu einem gewissen Grade erklärt sich diese Ungunst aus dem flauen Geschäftsgange im Baugewerbe. Im Monat April der Jahre 1911—1913 kamen in den preussischen Großstädten auf je 100 offene Stellen durchschnittlich Arbeitsuchende:

April	1911	1912	1913
Königsberg	136,54	123,70	166,27
Berlin	140,85	147,72	135,30
Stettin	134,20	140,80	156,18
Riel	240,01	247,04	290,82
Wreslau	114,56	266,01	197,69
Magdeburg	139,85	151,49	158,76
Dortmund	143,56	138,60	116,96
Frankfurt a. M.	112,68	108,94	125,06
Köln	137,00	183,71	125,67
Düsseldorf	118,16	124,78	152,68

Für die außerpreussischen Großstädte ergeben sich folgende Andrangsziffern:

	1911	1912	1913
München	118,24	180,45	181,88
Hannover	141,53	186,52	218,52
Chemnitz	115,49	108,72	121,10
Dresden	104,17	131,64	158,99
Leipzig	117,80	164,13	145,73
Stuttgart	86,61	91,59	111,72
Hamburg	118,60	122,61	133,42

Es verdient besondere Beachtung, daß neuerdings auch die Hafenstädte zu den Plätzen zählen, die eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage aufweisen.

Die amerikanische Tarifreform. Die aus Washington telegraphiert wird, hat das Finanzkomitee des Senats weiter alle unbedarbteten Produkte aus Rohstoff, wie Stahlplatten, Barren und Anker auf die Freiliste gesetzt, da diese von

den Trusts beherrscht werden würden. Infolge dieser Maßnahme wurden auch die Zölle auf fast alle Fertigfabrikate aus Stahl und Eisen auf 10 Proz. des Wertes im Vergleich zu 12 Proz. in dem vom Repräsentantenhaus genehmigten Gesetzentwurf herabgesetzt.

Soziales.

An die Weisheit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte!

(Arbeiterbeiführer.)

Vom Ausschuh des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte wird die Verbandssammlung nach Leipzig am 18., 19. und 20. September 1913 im Theateraal des Krüllpalaistes, Wintergartenstraße 17, einberufen.

Auf der Tagesordnung steht: 1. Geschäftsbericht. 2. Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstag. Referent: Dr. Brenner-München. 3. Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage. Referent: Dr. Baum-Schöneberg. 4. Die Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstag. Referent: Dr. Waldmüller-Stuttgart. 5. Grundgedanken und Möglichkeiten eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland. Referent: Dr. Singheimer-Frankfurt a. M. 6. Aufrechnung, Zurückbehaltung und Beschlagnahme des Arbeitslohnes. Referent: Dr. Piller-Frankfurt a. M. 7. Die zivilprozessuale Bedeutung der Schiedsgerichte, der Einigungsämter und tariflichen Schiedsgerichte. Referent: v. Schulz-Berlin. 8. Die Bedeutung und Feststellung der Ortsgebräuche von den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Referenten: Fritz Mantel-Leipzig und Gronowaldt-Berlin. 9. Die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Referenten: Dr. Wagner-Nürnberg und Reichsmann-Wiesbaden.

Für die Arbeiterbeiführer, die an der Verbandssammlung teilnehmen, beruft die Sozialpolitische Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften für den 16. und 17. September in Leipzig im Volkshaus, Zeiger Straße 22, eine Konferenz ein mit folgender Tagesordnung:

1. Die Rechtsprechung der Gewerbegerichte seit der letzten Konferenz. Referent: Arbeiterssekretär Lüttich-Leipzig.
2. Die Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte. Referent: Paul Starke-Dresden.
3. Die Verhältniswahl zu den Gewerbegerichten. Referent: A. Adreß-Berlin.
4. Die Tagesordnung des Verbandstages der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Die Konferenz wird am 16. September, vormittags 10 Uhr, eröffnet.

Den Weisheit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte empfehlen wir, zu beantragen, daß die Gemeinde, für die das Gewerbegericht zuständig ist, die Kosten für die Delegation zum Verbandstage übernimmt. Bisher haben die Gemeindevorstände vielfach solchen Wünschen Rechnung getragen. Wo solche Ansprüche abgelehnt werden, müssen die Gewerkschaften prüfen, ob nicht aus ihren Mitteln eine Delegation entsandt werden kann. Auch da, wo die Gemeinden nur eine mäßige Entschädigung für den Besuch des Verbandstages gewähren, werden die Weisheit für die Anteilnahme an der vor uns einberufenen Weisheitkonferenz einen Zuschuh vom Gewerkschaftsrat erhalten müssen.

In welchem Umfang die Delegation von den Gemeinden oder Gewerkschaftsartikeln zum letzten Verbandstag der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1910 erfolgte, ergibt der Anhang zu dem Protokoll dieser Konferenz. Das Protokoll ist im Druck erschienen und feinerzeit den Gewerkschaftsartikeln zur Verfügung gestellt.

Die Delegierten bitten wir um Angabe der Adresse und die Mitteilung, ob respektive in welchem Umfange die Gemeinde, das Gewerkschaftsartikell oder die Gewerkschaft zu den Kosten der Delegation beiträgt.

Wegen Beschaffung von Logis wollen sich die Delegierten an Karl Franke, Leipzig-Ehrenh. Könnertstr. 72, wenden.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Sozialpolitische Abteilung), Berlin SO. 16, Engelauer 15, IV.

Von der Fürsorgeerziehung.

Das Ministerium des Innern veröffentlicht eingehende Angaben, die sich auf die sogenannte Fürsorgeerziehung in Preußen beziehen, vornehmlich die Ergebnisse des Jahres 1911/12 in Vergleich bringen mit denen aus den Vorjahren. Wenn größere Ziffern für die Güte einer Einrichtung sprächen, dann verdiente die Zwangs-erziehung nach polizeilich-bureaufkräftigen Rezepten eine gute Note. Die Zahl der im letzten Jahr der Fürsorgeerziehung überwiesenen Zöglinge ist wiederum beträchtlich größer als im Vorjahre. Die Ziffer wächst fortgesetzt. Es wurden der Fürsorge überwiesen: 1907/08 6921, 1908/09 7363, 1909/10 8008, 1910/11 8733 und 1911/12 9348 Zöglinge. Die letzte Ziffer übertrifft den Durchschnitt des vorausgegangenen Jahrzehnis um über 30 Proz. Die bedeutende Zunahme könnte darauf schließen lassen, daß die Verwahrlosung der Kinder in entsprechender Weise zugenommen habe. Mit solcher Schlussfolgerung würde man gründlich daneben hauen.

Sicherlich ist infolge der wachsenden sozialen Not die Zahl der bedauernswerten Kinder gestiegen, denen eine ordentliche Ernährung und Erziehung fehlt, weil das Einkommen der Eltern, obwohl beide dem Kapital Prendienste leisten, zu einem menschenwürdigen Heim und ausreichender Ernährung nicht langt und bei der täglichen Abwesenheit der Eltern die Kinder sich selbst überlassen bleiben. Solchen Opfern unserer Gesellschaftsordnung das fehlende Heim, die mangelnde Pflege und Aufsicht zu verschaffen, ist gar nicht der Zweck der Zwangs-erziehung. Es ist einfach nur ein Strafmittel, so schlecht und zweckwidrig, wie alle anderen staatlichen Strafmittel. Nichts richtet sich die Zwangs-erziehung gegen die Eltern, oft ist es der bequeme Ausweg, Waisen das fehlende Elternhaus — schlecht, sehr schlecht — zu ersetzen. Manchmal führen Leute sogar den Kampf gegen die Sozialdemokratie durch Ueberweisung von Kindern in die Zwangs-erziehung. Auch sind Fälle zu verzeichnen, daß man diese in Anspruch nahm, weil die Eltern der Kinder krank waren.

Sind schon die Beweggründe für die Zwangs-erziehung meistens rückständig und gehässig, noch weniger einwandfrei sind die Erziehungsmethoden und die Resultate. Man läßt die Zöglinge merken, daß sie als Ausgestoßene gelten, behandelt sie roh, ungerecht, brutal. Kommen die Kinderjahren mit nur wenig entwickelter Menschenwürde, mit nur gering ausgeprägtem Menschenbewußtsein in die Zwangs-erziehung, mit fast unfehlbarer Sicherheit werden die Werte oder Keime hier erstickt. Es gehören schon sehr starke Charaktere dazu, um ohne Schaden die Fürsorge-erziehung zu erdulden. Und für solche Opfer der Gesellschaft, die durch die Verhältnisse in den moralischen Sumpf gestochen wurden, bildet die sogenannte Fürsorgeerziehung erst recht die größte Gefahr.

Aus den statistischen Angaben für das letzte Jahr haben wir noch folgende heraus: Von den der Fürsorge Ueberwiesenen waren 3891 männlichen und 3457 weiblichen Geschlechts. Von den Ueberwiesenen waren 438 bis 6 Jahre alt, 2350 gehörten den Altersklassen von 6 bis 12 Jahren an und 6560 waren in dem Alter von 12 bis 18 Jahren. Die Zunahme entfällt fast ausschließlich auf diese Gruppe. Aus Berlin kamen 8,4 Proz. der Zöglinge, aus den anderen Großstädten 34,7 Proz. Dem Religionsbekenntnis nach waren 57,9 Proz. evangelisch, 44,4 Proz. katholisch, 0,8 Proz. jüdisch und 0,7 Proz. „Sonstige“. Wie die staatliche Strafpraxis

wirkt, geht unter anderem aus der Tatsache hervor, daß die Zahl der im nachschulspflichtigen Alter strafrechtlich rückfällig gewordenen Zöglinge weiter gewachsen ist.

Die Fürsorgeanstalt dient in vielen Fällen als Ersatz für — das Krankenhaus. Von den im Berichtsjahre der Fürsorge Ueberwiesenen waren 13,3 Proz. geistig nicht normal, 24 Proz. waren mit körperlichen Gebrechen befallen. Das Fürsorgehaus ist auch Waisenanstalt. 42,7 Proz. aller neu überwiesenen Zöglinge hatten bereits vor dem 14. Lebensjahre den Vater oder die Mutter oder beide Eltern verloren, und 13,8 Proz., die unehelich geboren worden waren, fielen als Hülfskinder der Fürsorge anheim. Man sieht, der Staat macht sich die Sache bequem; die Polizei kann alles.

Welcher Umgebung ein großer Teil der Fürsorgezöglinge entstammt, das deuten die folgenden Angaben an. In 27,4 Proz. aller Fälle werden Trunksucht, Unzucht usw. bei den Eltern als Ursache der Ueberweisung angegeben. 34,4 Proz. der Zöglinge waren von geistig minderwertigen oder mit sonstigen Defekten behafteten Eltern geboren worden. Insgesamt kommen bei den Ueberweisungen 7931 Familien in Betracht. Aus 7110 davon kam je ein Kind; 470 Familien sind mit je 2 Kindern beteiligt, je 3 Kinder kamen aus 198 Familien, 97 Familien entstammten je 4 Kinder, 37 Familien wurden gezählt, die je 5 Kinder an die Fürsorge-erziehung abgeben mußten, je 6 Kinder gehörten 13 Familien an, aus 5 Familien kamen je 7, aus 3 Familien je 8 Kinder. In einem Falle hatte ein Zögling 23 Geschwister. Mit polizeilichen Mitteln soll die Geburtenhäufigkeit in Preußen gehoben werden, wo aber viele Kinder sind, greift die Polizei zu und bringt sie in die königlich preussische, polizei-bureaufkräftige Zwangs-erziehung.

Während der ersten 10 Jahre der Geltung des Gesetzes betreffend die Fürsorgeerziehung wurden dieser 71548 Zöglinge überwiesen, 413000 befanden sich am Schlusse des Berichtsjahres noch darin. Von den im letzten Jahre aus der Fürsorge Entlassenen werden amlich 66,9 Proz. als gebessert, die übrigen als ungebessert oder als „Zweifelhafte“ bezeichnet. Auf die pädagogischen Erfolge kann man nicht stolz sein. Bei den angeblich Gebesserten dürfte es sich in der Hauptsache um Personen handeln, bei denen man lediglich jedes Persönlichkeitsbewußtsein unterdrückt, sie grünlich verdorben hat.

Die Kosten für die Zwangs-erziehung sind verhältnismäßig hoch. Im letzten Jahre erforderte sie 12 1/2 Millionen Mark oder pro Kopf 246 Mk. Es muß dabei berücksichtigt werden, daß die meisten Zöglinge tüchtig arbeiten müssen. Sie werden vielfach als Landarbeiter oder Diensthöten — unter Polizeiaufsicht — untergebracht. Vielfach können die Dienstherren die Arbeitskraft nach Belieben ausbeuten, in manchen Fällen bekommen sie obendrein einen Zuschuh zu den Verpflegungskosten. Die Zöglinge werden mit Schellen und Mißhandlungen traktiert, die eine gute Verpflegung und erzieherische Unterweisungen ersetzen müssen. Das nennt man großartig „Fürsorgeerziehung“.

Gerichts-Zeitung.

Revolverversteck.

Die zweite Strafkammer des Landgerichtes München I hat am Sonnabend den Herausgeber und Redakteur des „Süddeutschen Anzeigers“, Wilhelm Grämer, wegen Erpressung zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt und seine sofortige Verhaftung angeordnet.

Grämer hatte im Jahre 1911 von einem Bucherer, der nachmals zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, unter der Androhung, er werde das in seinem Besitz befindliche Material in die Presse bringen, rund 1000 Mk. erpreßt. Den Mann hatte er sich durch einen mit Andeutungen gespickten Artikel gefügig gemacht, durch den die Bank sich veranlaßt sah, dem Manne den Kredit einzuschränken.

Vom Schutz landschaftlich hervorragender Gegenden.

Das Oberverwaltungsgericht war jetzt in einer Reihe von Prozessen aus der Provinz Sachsen und der Provinz Brandenburg zum ersten Mal vor die Frage gestellt, ob der Erlaß von Polizeiverordnungen der Regierungspräsidenten auf Grund des Gesetzes von 1902, des älteren Gesetzes für den Schutz landschaftlich hervorragender Gegenden außerhalb der geschlossenen Ortschaften, ohne weiteres den Charakter der behandelten Gegenden als einer nach dem Gesetz zu schützenden entscheide. Mit anderen Worten, ob der Richter gebunden sei an die durch die Verordnung getroffene Entscheidung, daß die fragliche Gegend eine „landschaftlich hervorragende“ im Sinne des Gesetzes sei, oder ob der Richter die Frage, ob es sich im gegebenen Falle um eine landschaftlich hervorragende handele, nachprüfen habe. In den anstehenden Fällen handelte es sich um die bekannten Reklamen längs der Bahnlinsen. In einem Falle kam der 9. Senat des Oberverwaltungsgerichtes zur Entscheidung, während es in den anderen Prozessen die Entscheidung aussetzte. In dem Falle, der entschieden wurde, handelte es sich um folgendes. Der Regierungspräsident zu Frankfurt a. O. hat unter dem 18. März 1912 auf Grund des Gesetzes von 1902 eine Polizeiverordnung erlassen, welche Reklamen an Bahnlinsen in den Kreisen Ludau, Kalau, Pöben und Kotbus betrifft. Es heißt darin:

„Solche Reklameschilder und sonstige Aufschriften und Abbildungen, die das Landschaftsbild verunzieren, sind in den Kreisen (den oben genannten) außerhalb der geschlossenen Ortschaften auf beiden Seiten der später genannten sieben Bahnlinsen auf Entfernung von 300 Meter vom Bahnhöfe verboten.“ Unter den sieben Bahnlinsen wird dann aufgeführt die „Strecke Berlin-Dresden innerhalb des Ludauer Kreises.“ An dieser Strecke befindet sich nun u. a. auf dem bei Alt-Golßen gelegenen Fleckchen des Eigentümers a. a. auf dem bei Alt-Golßen gelegenen Fleckchen des Eigentümers a. a. ein Reklameschild des Reklamenunternehmers Walter Detisch. Auf Veranlassung des Regierungspräsidenten hat nun der Amtsvorsteher Herrn Vogt durch Verfügung aufgegeben, das Reklameschild zu entfernen, weil es die Gegend verunzere und gegen die Verordnung verstoße. Der Oberpräsident verwarf die Beschwerde des durch Herrn Detisch vertretenen Eigentümers Vogt.

Auf die Klage des Herrn Vogt wandte der Oberpräsident ein, der Richter sei gebunden an die in der Verordnung getroffene Feststellung, daß die Gegend eine landschaftlich hervorragende sei. Denselben Einwand hatten er, der Oberpräsident von Sachsen und ein Ministerialkommissar auch in den übrigen Prozessen erhoben.

Das Oberverwaltungsgericht gab der Klage des Herrn Vogt am 10. Juni statt und setzte die gegen ihn erlassene polizeiliche Verfügung mit folgender Begründung außer Kraft:

Das Oberverwaltungsgericht habe sich, gleich dem Kammergericht in seinen neueren Entscheidungen (früher urteilte das Kammergericht anders), auf den Standpunkt gestellt, daß dem Richter die Entscheidung darüber gegeben sein müsse, ob die Landschaft, die der Regierungspräsident des Schutzes für bedürftig erklärt, tatsächlich eine landschaftlich hervorragende sei. Im vorliegenden Falle bedürfte es nun nicht einer Nachprüfung, ob die ganze Strecke, die die Verordnung nenne, eine landschaftlich hervorragende sei. Denn auf Grund der vom Oberpräsidenten selbst vorgelegten Photographien sei das Oberverwaltungsgericht zu der Ueberzeugung gelangt, daß jedenfalls die Gegend, in welcher sich das hier in Frage kommende Schild befinde, eine landschaftlich hervorragende im Sinne des Gesetzes von 1902, welches die alleinige Grundlage der Verordnung bilde, nicht sei. (Gemeint ist die Gegend bei Alt-Golßen). Wenn dem so sei, dann sei die Verordnung des Regierungspräsidenten, soweit sie diese Gegend schütze, unzulässig. Daraus folge die Aufhebung der von dem Vogt erlassenen Verfügung, so daß es dahingestellt bleiben könne, ob das Schild die Gegend verunzere.



Passen Ihre Gläser?

Unsere Erfahrung in der Augen-Sch-
prüfung befähigt uns, Ihre Augen mit
wissenschaftlicher Genauigkeit zu korri-
gieren. Wir sind Spezialisten für die
allermodernsten Formen in Kneifern und
Brillen einschließlich der populären Optal-
Sanoskop- und Bifokal-Gläser. Es soll
ein Vergnügen sein, Ihnen die über-
legenen Vorzüge dieser Gläser in dem
uns patentierten

Optiker Ruhnke's
10 Geschäfte:

1. Oranien-Strasse 44
2. Brunnenstrasse 12
3. Friedrichstr. 150
4. Chausseestr. 72
5. Tautenzienstr. 14
6. Friedrichstr. 180
7. Am Alexanderplatz
8. Linkstrasse 1
9. Unter d. Linden 20
10. Am Spittelmarkt

Vistokrat-Finger-Kneifer

vorzuführen. Sie werden finden, dass
Vistokrat-Kneifer mit Sanoskop-Gläsern
die allerkomfortabelsten und am besten
aussehenden Augengläser sind, die Sie
je gesehen haben.

Optiker Ruhnke

Wohlbehagen



empfindet jeder auf Continental Gummi-Absätzen.
Erschütterungen des Körpers vermindert. Angenehm
weicher, elastischer Gang. Dauerhafter als Leder.
Fordern Sie daher stets von Ihrem Schuhmacher

Continental Gummi-Absätze

auch erhältlich in Lederhandlungen
und Schuhgeschäften.

Schweimer Gummiwaren-Industrie G. m. b. H., Schwelm i. W.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zweimal 2 fettgedruckte
Worte). Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen
5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte
mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahme-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche! (Jederballe) in allen
Größen, fast für die Hälfte des Wertes
Leppichlager: Braun, Dackelher
Markt 4, Bahnhöf. Börse. (Hier des
"Vormärts" erhalten 5 Prozent
Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Seitenband 9, Brunnen-
str. 70, im Keller. 1200R

Gardinen! Steppdecken! Vorhänge!
Tischdecken! außergewöhnlich billig!
Vordrillher 5 Prozent Rabatt
extra! Gardinenhaus Braun, Dackel-
her Markt 4 (Bahnhöf. Börse),
Sonntags geöffnet.

Handleibhaus Hermannplatz 6.
Spottbilliger Bettensverkauf! Bälde-
verkauf! Gardinenverkauf! Leppich-
verkauf! Goldwarenverkauf. Reisen-
auswahl! Herrengarderobe. Sonntags-
verkauf ebenfalls.

Teppiche, farblichereiche, spott-
billig, Gardinen, Vorhänge, Stepp-
decken, halben Preis. Vorwärtsleben
5 Prozent Extrarabatt. Teppich-
Thomas, Oranienstr. 124. 645R

Vorjährige elegante Herrenanzüge
und Paletots aus feinsten Stoffen
20-40 Mark, Herren 6-14 Mark.
Verkaufhaus Germania, Unter den
Linden 21.

Monatgarderobe spottbillig,
große Geldersparnis. Sommerpalet-
ots 6,50 an, Jacketanzüge, Gehrock-
anzüge, Jünglingsanzüge, Hosen, für
jede Figur passend. — Gute Seiten,
große Auswahl. — Goldschmied,
Oberingelstr. Nur Feinstes-Handliche,
Brinckstr. 34, eine Treppe, neben
Bauzimm. Wertheim, kleiner Eingang,
Fahrweg vergahle. 589R

Reichs Morisplan 55a!
Ist ein bis spottbillig von Kapazitäten
wenig getragene (sowie im Verkauf
gemeine Jacketanzüge, Rockanzüge,
Paletots, größtenteils aus Seide
gearbeitet) 9-18 Mark. Gelegenheits-
käufe in neuer Bahngarderobe, enorm
billig. Neueste Kleider, Kostüme,
Mäntel, aus Seide gearbeitet, früher
bis 150, jetzt 20-35 Mark. Extra-
angebot in Lombard gewesener Leppiche,
Gardinen, Vorhänge, Seiten,
Bälde, Uhren und Goldwaren enorm
billig nur Moritzplatz 58a I. 194R

Kinderwagen, Teilzahlung, Woche
1, — Klappwagen! Neueste! spottbillig!
spottbillig. Weis's Rasch, Barthauser-
str. 80. 679R

Zimmlische Steppdecken
(Seidenersatz) 4,15, Mollias-Stepp-
decken 8,50, große Schlafdecken, gran-
farbig, 1,10, Normal-Schlafdecken
1,65. Teppichhaus Emil Leidore,
Oranienstr. 158. 725R

Stutwälscher, Söber, Sig-
mann, Babowann. Spezialladet
Reichenbergerstr. 47. Leira 5 Trag.

Teppiche (Gardinen) enorm
billig, Gardinen, Steppdecken direkt
Fabrik. Bauerhof, Große Frankfurter
Str. 8, parterre. "Vormärts"
hier sehr preiswert! 609R

Bringmaschinen und Wasch-
maschinen billig, auch auf Teilzahlung.
Beilmann, Gollnowstr. 26. 296R

30 Wassergrundstücke a 250 Mark
bei 50, — Anzahlung sofort verlässlich.
Lagerstr. 7 Postamt 63. 1191R

Mahlwerk, 20 Vorzellen a 800
Mark, Wert 1400 Mark, Anzahlung
50 Mark, verkaufe sofort. Lagerstr. 9,
Postamt 63. 1192R

Karow 20-Pfennig-Tour, nahe
Bahnhof, 2 Vorzellen a 1350 Mark,
jetzt 72 Quadratmeter, Anzahlung
50 Mark, Lagerstr. 5, Postamt 63.

Klappportwagen, Kinderbettstelle
zurückgelegt. Potsdamerstr. 61.

Offenbrause, alkoholfrei, blut-
bildend, nervenstärkend, 30 Neichen
2,25 Neicher Schokolade, Reimstr. 6,
Moritzplatz 9574. 893R

Kinderwagen, elegant, verkauft
Ede, Bollnerstr. 25. 789

Zwei Kinderwagen, billig, Reu-
fähr, Ringbahnstr. 24 I, Zimmer-
mann. 766

Dreihundert Bettstellen, Matratzen
von 5, — Kleiderchränke, Vertikals
12, — Kommoden, Küchenspinde,
Büchertische, Spiegelrinde 10, —
Tische 3, — Sofaische 7,50 an usw.
Neue Möbel sehr billig. Möbel-
speicher Reichenstr. 11, Stargardt
u. Jabel. 695R

Möbel! für Brautleute günstig.
Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen
Mit kleinster Anzahlung gebe schon
Stühle und Küche. An jedem Stadt-
deutscher Preis. Lieberpreis
dabei ausgeschloffen. Bei Krankheits-
fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt
größte Rückzahl. Reichestraße 2,
Goldhand, Joffenstraße 38, Ecke
Gneisenaustraße. 2901R

Centrale für Arbeitermöbel liefert
Rezeptionsleistungen in gediegener
Arbeit an Hochbesende auch auf
Teilzahlung und bietet Vorleistung
bei um Besatz der großen Lager.
Niedrige Anzahlung, Jüngerzählung,
Gelegenheitskäufe in gebrauchten Mö-
beln. Verkaufsstelle Schap, Brunnen-
str. 190, Eingang Reichenstr.

Möbel! Gelegenheitshaus
Brüderstr. 6. Große Auswahl
neuer gediegener Möbel zu Spot-
tpreisen. 1209R

Kamerlings Möbelspeicher, Jeh-
bellmerstr. 17, 18, 21a, Verkauf
um die Ecke, Reichenstr. 56,
enorme Auswahl, Gelegenheitskäufe,
Spottpreise. Name, Hausnummer be-
achten. 1208R

Der Möbel weiß und dabei billig
kaufen will! Klein Spezialgeschäft
für Ein- und Zweizimmer-Einrich-
tungen bietet Ihnen Vorteile. Ge-
schmackvolle Musterwohnungen, auch
gute gebrauchte sowie zurückgelegte
Möbel, bequemste Zahlungseiche.
Kassapreis Jüngerzählung, keine An-
zahlung. Bekannte Rückzahlnahme
bei Krankheit, Kuppelung usw.
Tischlermeister Gaddert, Re-
chenstr. 54. 243/20R

Küchenmöbel billig, verkauft
Schimmer, Reuofen, Juliusstr. 57.

Kleine englische Kuchbaumwirtschaft
sehr billig bei Glas, Reichenstr.
57, vorn III. 109/7R

Kuchbaumwirtschaft! 1,40 breit,
innen eiche, 125 Mark, Säulenbrett,
extra schwere Ausführung, 185,00,
aukergewöhnlich preiswert. 92,
Hilfshaus, Stargardtstr. 25, Post-
amt Reichenstr. 662R

Erkaffige Fahrräder, Monats-
rate 10 Mark, Louis Barth, Brüden-
str. 10a, I. Etage. 79R

Fahrräder, Teilzahlungen, größte
Auswahl, billigste Preise. Lothring-
str. 40. Jünger: Etegh, Schloß-
str. 116. Bümersdorf, Umland-
str. 100. Charlottenburg, Reu-
str. 57. 1203R

Teilzahlungen, Fahrradhaus
Invalidenstr. 2, Wilhelmshaven-
str. 73 (Gehaus Turmstr.).
Bismarckstr. fünf Prozent Rabatt.

Fahrräder, Gelegenheitsläufe.
Reichhaus Reichenstr. 144, Reuofen-
str. 208/4, Ecke Reichenstr.

Hand-um-Berlin-Räder und Bue-
mautts, anerkannt erklaffig, preis-
wert und elegant. Neueste Auswahl,
fulante Bedingungen. Zahlungsmo-
dell älterer Räder. Neue Spezialräder,
Jahresgarantie, mit Gesamtzahl 35,00.
Bismarckstr. 144, Reuofen-
str. 2, Chausseest. 92, Große
Frankfurterstr. 144, Reuofen-
Hermannplatz 6, Bergstr. 4.

Fahrrad 20, — Räder, Reuofen-
str. 54, Hof II. 103/6

Brennaborrad, neuerhalten, 25,00,
Schrad, Weberstr. 42. 103/5

Jahgebisse, Platinabfälle, Gold-
einlauf, Silber, Quecksilber, Stanniol
höchstgültend. Schmeltzeri Müller,
Teltowstr. 19. 1104R

Damenfahrrad laut Kraus,
Reichenstr. 54. 100/4

Kaufe jeden Vorken angeflämmt
Neuesten und zahle die höchsten
Preise. Otto B. Kassa, Jünger-
Reuofen, Reichenstr. 3. 766R

Almetall, Kupfer, Messing, Zinn,
Eisen, Stanniol usw. höchstgültend.
Willy Cohn, Brunnenstr. 25.

Billiche Hochzimmerwohnungen,
Küche, Bad, Balkon, Vorderhaus
87,30, Gartenhaus 30, — Reuofen-
dorf, West, Schornweberstr. 58,
Strassenbahnhaltestelle. 601R

Balkonwohnung, Gartenhaus,
1 Treppe, zwei Stuben, Küche, 33, —
ruhiges Haus, Kleine Marktstr. 3.

Zimmer.
Möbliertes Zimmer für Herrn
oder Dame Reichenstr. 10, II links.

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2
Herrn, Reichenstr. 198, Hof IV,
Böhm. 711

Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle, auch Dame,
Schäferstr. 27, II. 1228R

Möblierte Schlafstelle, Küch.,
Bismarckstr. 116. 789

Unterricht.
Auto-Fachschule (Ingenieur Schap-
p), hauchlich kongenient, mit
großer Reparatur-Werkstätte, Berlin-
Bismarckstr. 16, Reuofenstr. 16,
Tag- und Abendkurse. Honorar
100 Mark. 137R

Unterricht in der englischen
Sprache. Für Anfänger und Fort-
geschrittene, einzeln oder im Verein,
wird englischer Unterricht erteilt.
Auch werden Uebersetzungen ange-
fertigt. G. Swietens-Reichenstr.
Charlottenburg, Stutigarterplatz 9
Gartenhaus III. 44R

Chauffeur-Ausbildung erklaffig
und kongenient. Besondere
4-Jahres-Systeme. Honorar 100 Mark,
auch Abendkurse. Kostenlose Empfeh-
lung. Große Reparaturwerkstatt,
Reichenstr. 116. 731R

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Pfeifenfabrikanten ver-
langen Gebr. Nelson, Leipziger
Str. 71/72 1186R

Mietsgesuche.
Mutter mit Kind möchte leere
Küche oder Etage bei anständigen
Leuten abmieten, die Kinderaufsicht
übernehmen. Offerten Nr. 2 Haupt-
expedition des "Vormärts". 1226R

Verschiedenes.
Datentanwalt Seigel, Göttinger-
str. 94a.

Datentanwalt Müller, Göttinger-
str. 81. 2439R

Kunstpferde Große Frankfurter-
str. 67. 2366R

Treppe. Ludwigs-Silforn-
garten täglich Konzert. Mittwoch
Kinderfest und Ball. Sonnabend
frei. 77R

Höchstgültend. Gländleise,
Schwedderstr. 11. 248/10R

Waschanstalt Frische, Reuofen-
str. 18, liefert Schneeweise,
im Treten getrocknete Bälde, vier
Handtücher 0,10, Rein-Verlaufen.
1225R

Kalenderleiche. Frau Kuback,
Reuofen, Grünauer Str. 45, wächtig
schonend, lauter. Laten, Verlaufen,
vier Handtücher 0,10, Rein-Verlaufen.
Abholung Donnerstags. 1207R

Vermietungen.
Wohnungen.
Zweizimmer-Wohnung mit Balkon
lokal Banstr. 84 zu vermieten.
Zu erfragen beim Verwalter derselbst.

Meister,
in Tuden- und Spritzlorken-
fabrikation gründlich erfahren,
wird gesucht. Ausführliche
Offerten mit Referenzen und
Gehaltsansprüchen unter Chiffre
„L. 8237“ an Haasenstein
& Vogler, A. G. Berlin W. 8.

Achtung! Holzarbeiter.
Wegen Streit über Lohn-
differenzen sind gebernt:
Bautischerei Gebr. Raabe,
Hedemstr. 31.
Das Berliner Arbeitswilligen-
bermittlungsbureau d. gebernt
"Handwerker-Verbandes",
Reichenstr. 116, d. Stellmacher-
innung und der Wagenfabri-
kanten, Kaiser-Franz-Grenadier-
Platz.
Zugang ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des
Deutschen Holzarbeiterverbandes
Kuchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Gewerkchaftliches.

Das Regierungsorgan und der Frauendorfer Mord.

Die Frauendorfer Ereignisse wollten die Scharfmacher and ihre Presse zu einer wüsten Hebe gegen das Streikposten-

Das Regierungsorgan erkennt damit in verblühter Weise unsere Kritik an dem Vorgehen der Polizei als berechtigt an;

Der Stettiner „Generalanzeiger“ brachte am Morgen nach der Tat zunächst jene Sachschilde- rung zurecht

Mit dieser Darstellung fällt die Notwehrklage in nichts zusammen und charakterisiert sich die Tat als Totschlag oder Mord.

Ob das Regierungsorgan wohl jetzt auch der Wahrheit die Ehre geben wird?

Berlin und Umgegend.

Die Tarifverhandlungen im Rohrlegergewerbe

find, wie wir gebeten werden mitzuteilen, bis zum Abschluß des Vertrages von der aus Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen

Achtung, Freizeugehilfen! Tariflich geregelt sind die Arbeits- verhältnisse bei Gärtnern, Mignon Straße 88; Straube, Liebig-

straße 2; Schöber, Mariannenstr. 53; in Neukölln: bei Fiel, Leisingstraße 10, und Pindl, Schubomastraße 45.

Deutsches Reich.

Eine Lohnbewegung auf den Seeschiffswerften.

Die Arbeitsverhältnisse auf den Werften sind noch viel weniger geregelt als die in den verschiedenen anderen Betrieben.

Die Verhandlungen, die damals für die Werften von einer Vertrauenskommission des Gesamtverbandes der Metallindustriellen

Es ist nach der Lohnbewegung von 1910 zu einem ruhigen Verhältnis auf den Werften eigentlich nicht gekommen, es hat eine ganze Anzahl Differenzen zwischen den Arbeitern und den

Die Forderungen der Werftarbeiter sind in der Hauptsache: Die tägliche Arbeitszeit soll 9, an den Sonnabenden in Ham-

Eine nach den drückenden Verhältnissen bemessene Erhöhung der Einstellungslohn bis zu 8 Pf. pro Stunde.

Der Vertrag, um den der Stundenlohn erhöht werden soll, ist ebenfalls nach den drückenden Verhältnissen bemessen

Die Entschädigung für Überzeitarbeit ist heute sehr verschieden, wehlich verhält es sich mit der Bezahlung der

Die Vorschläge zur Regelung der Affordarbeit gehen dahin, daß es dem Arbeiter ermöglicht wird, unter den gegebenen Verhältnissen

Differenzen sollen durch eine unparteiische Kommission geschlichtet werden. Affordarbeit soll nicht aus reiner Preisdrückerei

Kleines feuilleton.

Jubiläumspul.

(Frei nach Kleist's „Regem Lied“.)

Hernad vom Völl, auf breiteren Gerüsten Demalt, bellestert, hoch und schauerhaft,

Moderner Staaten alterndem Gefüge Wird noch einmal ein falscher Glanz geschminkt,

Denn ein Geschlecht, die Stirne klar umflogen, Trat aus der Nacht, in die man es gebannt,

Der verfilmte Ibsen. Bürgerliche Zeitungen geben kritillos die folgende Meldung wieder:

Vom Sohne Ibsens, dem Staatsminister Sigurd Ibsen, hat die Literaria-Filmgesellschaft in Tempelhof das

Wie halten es für völlig ausgeschlossen, daß Henrik Ibsen selber den Plan einer Filmverfilmung seiner Dichtung sollte erdacht

dies noch kein Mensch auf den abscheulichen Einfall geraten, die Werke der Dichtkunst zu schänden, um belamte Namen als

Solange nicht durch einwandfreie (also nicht interessierte) Zeugen das Gegenteil bewiesen ist, halten wir die Neukommunikation

Die Erfolge der Arbeiter-Studien. Die Prüfungsergebnisse der Universität Oxford in Staatswissenschaft und Volkswirtschaft

Die Soldatenlager im Volksstamm. Man schreibt uns aus Präfekt: Etwas ganz Schreckliches ist geschehen. Soldaten

Das Soldatenlager im Volksstamm. Man schreibt uns aus Präfekt: Etwas ganz Schreckliches ist geschehen. Soldaten

Das Soldatenlager im Volksstamm. Man schreibt uns aus Präfekt: Etwas ganz Schreckliches ist geschehen. Soldaten

Das Soldatenlager im Volksstamm. Man schreibt uns aus Präfekt: Etwas ganz Schreckliches ist geschehen. Soldaten

Das Soldatenlager im Volksstamm. Man schreibt uns aus Präfekt: Etwas ganz Schreckliches ist geschehen. Soldaten

Das Soldatenlager im Volksstamm. Man schreibt uns aus Präfekt: Etwas ganz Schreckliches ist geschehen. Soldaten

dem Arbeiter sein volles Anrecht auf den verdienten Ueberfluß der noch unvollendeten Affordarbeit verbleiben.

Die Lohnzahlung soll am Schluß der Arbeitszeit beendet sein. Das erforderliche Werkzeug soll den Arbeitern von der Werft

Den Einrichtungen zum Schutze von Gesundheit und Leben wird in den Forderungen besondere Aufmerksamkeit zugewendet.

Schließlich wünschen auch die Arbeiter einen Ferienurlaub unter Fortzahlung des Lohnes.

Soweit der wesentlichste Inhalt der Forderungen, die den Werften an Dienstag, den 17. d. M., zugehen.

Die Forderungen von den auf Werften beteiligten freien Gewerkschaften, denen sich die Hirsch-Dunckerischen Gewerbevereine

Weitere Folgen des Bresfelder Seidenfärbereistreiks. Eine Vertrauensmännerversammlung in Darmen beschloß, da die

Deutschnationaler Handlungsgehilfenlag. Heil! Aus allen deutschen Gauen hatten sich am Sonnabend

Heil! Aus allen deutschen Gauen hatten sich am Sonnabend und Sonntag in Frankfurt am Main die Jünger Schads,

Nach kurzen Einleitungsworten des Vorsitzenden Weich, der besonders gegen den „nationalisierenden“ Hansabund polemisierte,

Was Herr Reich über „Vaterländische Jugendpflege“ und Herr Prof. Dr. Haupt-München über das deutschnationale Lieblingshe-

Gratias hier bewirkt, im Garten des Gebäudes wird die Feldküche eingerichtet, und als es Schlafenszeit ist, geht man in den Saal

Notizen. Die Gantysche. In einer vom Verein für Ethik und Kunstpflege

Achtung, Fahnen, Glockenklang — keine Schule — Gott sei Dank... Fahnenhewelen, Tücherwehen — hat man solches je gesehen?

— Das deutsche Künstlertheater (Societät) beginnt seine Vorstellungen am 31. August mit „Wilhelm Tell“.

— Eine städtische Theaterintendantin für Ebersfeld. Die Ebersfelder Stadterordneten haben beschlossen,

— Eine städtische Theaterintendantin für Ebersfeld. Die Ebersfelder Stadterordneten haben beschlossen,

— Eine städtische Theaterintendantin für Ebersfeld. Die Ebersfelder Stadterordneten haben beschlossen,

Ausland.

Der Zentralverband der italienischen Seeleute hat in einer Delegiertenversammlung, die soeben in Genua stattfand, das Ende der Agitation beschlossen. In der Versammlung wurde hervorgehoben, daß die wesentliche Forderung der Seeleute, nämlich die Schaffung einer einzigen Invaliditäts- und Alterskasse für ganz Italien, schon durch die bloße Streikandrohung durchgesetzt worden war. Was die weitere Forderung betrifft, die darauf hinausläuft, die Vorteile des neuen Gesetzes auch auf die alten bereits in Pension gegangenen Seeleute und auf die Witwen und Waisen auszuweiten, so seien die Erklärungen Giolittis hinreichend, der in der Kammer verprochen hat, die Forderungen des Personals zu berücksichtigen. Der Sekretär des Zentralverbandes hob mit Genugtuung die Einmütigkeit des gesamten Personals vom Kapitän bis zum Schiffsjungen während der zehntägigen Agitation hervor und machte darauf aufmerksam, daß der Verband mit seinen Kräften haushalten müsse, da binnen kurzem eine neue große Agitation gegen die subventionierten Schiffsfahrts-Gesellschaften unternommen werden müsse.

Jugendbewegung.

Wie für den Jungdeutschlandbund Mitglieder gewonnen werden.

Ein Musterbeispiel dafür, in welcher unerhörten Weise mancher Unternehmer glaubt, an seinem Teil dafür Sorge zu tragen, daß die jugendlichen Arbeiter der freien Jugendbewegung entzogen und dafür dem Jungdeutschlandbunde zugeführt werden, liefert ein Vorfall, der sich in der Maschinenfabrik von L. Schwarzkopff in Wildau zugetragen hat.

Waren da eine Anzahl Lehrlinge der Firma an einem Abend der vergangenen Woche damit beschäftigt, sich zu waschen und dann nach Hause zu gehen. Dies machte sich freilich nicht ganz geräuschlos ab, so daß der Meister Madde hinzutrat und einen der Lehrlinge, ein Mitglied des Jungdeutschlandbundes, feststellte. Am anderen Tage nahm er diesen ganz gehörig ins Gebet, frag ihn dies und jenes und dabei nach Dingen, die keinen Menschen, selbst wenn er die Keugler eines Meisters besitzt, etwas angehen. Dabei erfuhr er zu seinem Entsetzen, daß eine ganz beträchtliche Anzahl der Lehrlinge eifrige Anhänger der freien Jugendbewegung und Besucher des Arbeiterjugendheims Treptow-Baumshulenweg sei.

Run geschah das Unglaubliche, daß der Meister in Gemeinschaft mit seinem Kollegen Klesper sich Zugang zu den Kleiderkappen der Lehrlinge verschaffte, deren Namen durchsuchte und dabei eine Anzahl Legitimationskarten, die an die Besucher des Jugendheims Treptow abgegeben werden, erbeutete.

Diese Karten wurden dem Vertriebsingenieur Rache übergeben. Dieser hatte nichts Eiligeres zu tun, als die Besucher der Karten in sein Bureau kommen zu lassen, um sie zur Rede zu stellen. Er verfiel sich dabei so weit, die Lehrlinge aufzufordern, aus dem „sozialdemokratischen Verein“ auszutreten. Wie sonderbar sich doch die Welt im Kopfe dieses Herrn malen muß, wenn er schon Besucher eines Jugendheims, jener Bildungsstätten, deren Wert und mutterherbe Einrichtung selbst von den erbittertesten Gegnern der freien Jugendbewegung rückhaltlos anerkannt wird, als Mitglieder eines „sozialdemokratischen Vereins“ ansieht! Doch damit nicht genug! Der Herr hielt es anscheinend für recht gut vereinbar mit seiner Stellung, den Lehrlingen kurzerhand zur erklären, daß sie, wenn sie sich nicht gefügig zeigten, keine Fleischanlage erhalten würden. Dagegen könnten sie, wenn sie Mitglieder des Jungdeutschlandbundes würden, diese Zulage bekommen. Zum Ueberflus verlangte der Herr auch noch, die Lehrlinge sollten ihm den Beitritt zum Jungdeutschlandbunde schriftlich erklären.

Der Vorfall bedeutet das Ungeheuerlichste, was in bezug auf Unternehmervillkür geleistet werden kann. Es heißt denn doch seine wirtschaftliche Machtstellung arg mißbrauchen, wenn man arme Lehrlinge, die sich jahrein, jahraus im Interesse des Unternehmers abmühen und ohnehin schon für ein Taschengeld ihre Arbeitskraft opfern müssen, auch noch um ihre wohlverdiente Lohnzulage zu bringen sucht, nur deshalb zu bringen sucht, weil sie Anhänger der freien Jugendbewegung sind. Daß die Lehrlinge Mitglieder des Jungdeutschlandbundes geworden sind, glauben wir nicht; sie werden im Gegenteil um so mehr davon überzeugt worden sein, wie notwendig es ist, bei der freien Jugendbewegung Schutz zu suchen vor derart unerhörten Unternehmervillkür. Wir aber beneiden den Jungdeutschlandbund um derartige Agitatoren und Agitationsmethoden, wie im vorliegenden Falle, durchaus nicht.

Die allerhöchste Gnade über Jungdeutschland.

In diesen Tagen des Jubiläumsüberflusses ist auch die bürgerliche „Jugendpflege“ nicht leer ausgegangen. Warum auch nicht? Steht doch fest, daß diese Jugendbewegung in letzter Linie gegen den Nachwuchs „der vaterlandslosen Gesellen“ ins Feld geführt werden soll. Der Kaiser hat unter vielen anderen auch folgenden Erlaß bekanntgeben lassen:

„Am heutigen Tage ruht mein Auge mit besonderem Wohlgefallen auf dem bisherigen Erfolge der erst vor wenigen Jahren von mir angeregten Bestrebungen, die auf eine umfassendere Förderung der geistigen und körperlichen Wohlfahrt der schulentlassenen Jugend gerichtet sind. In Stadt und Land haben sich staatliche und kirchliche Behörden, Kreis- und Gemeindeverwaltungen, Vereine und Verbände aller Art, vaterländisch gesinnte Männer und Frauen aus den verschiedensten Ständen und Berufen mit opferwilliger Begeisterung und hingebender Treue in den Dienst der Jugendpflege gestellt und sie durch Stiftungen, Beiträge und persönliche Tätigkeit gefördert. Diefür sämtlichen Beteiligten meinen landesväterlichen Dank und meine Anerkennung auszusprechen, ist mir ein Bedürfnis und eine Freude. Ich werde dem frischen Streben der heranwachsenden Jugend sowie allen, die ihr zu frohlichem Gedeihen an Leib und Seele zu helfen bemüht sind, auch weiterhin mein lebhaftes Interesse und meinen königlichen Beistand zuwenden und gebe mich der Hoffnung hin, daß es bald gelingen wird, eine einheitliche Organisation zu schaffen, die es mir ermöglicht, zu diesem mehr sehr am Herzen liegenden Werke in noch nähere Beziehung zu treten. Gott aber schenke dem Werke seinen reichen Segen zum Heile der deutschen Jugend, zum Segen des Vaterlandes!

Ich beauftrage Sie, diesen Erlaß zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen.

Berlin, den 16. Juni 1913.

Wilhelm R.

An den Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten.

Wenn die Arbeiter der proletarischen Jugendbewegung ihre Augenmerk schenken und noch mehr als bisher sie fördern helfen, wird ihr selbst das allerhöchste begnadete Jungdeutschland nichts anhaben können. Wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsgesetze sind eben stärker als die Gnade oder der Wille eines Kaisers.

Versammlungen.

Der Zimmererverband hielt am Montag im Gewerkschaftshause eine außerordentliche Zahlstellen-(Delegierten-)Versammlung ab, um dringende Organisationsfragen zu erledigen. Der Vorsitzende Witz verweist zunächst darauf, daß die Tarifbewegung im Reiche,

die den Zimmerern sowohl als auch den anderen beteiligten Gruppen des Baugewerbes eine Lohnerböhung von durchschnittlich 5 Pf. pro Stunde brachte, durch die außerordentlichen Verhandlungstage ihre Erledigung gefunden hat, bis auf einige Differenzen, die durch hartnäckige Unternehmer verschuldet sind. Die Verhandlungen über die Regelung der Höhe im Betonbau erfolgten am 26. Mai und endeten mit einem Schiedsspruch der Inparteilichen, der sich im wesentlichen mit dem Standpunkt des Zimmererverbandes, für Einschulararbeiten ist Zimmererlohn zu zahlen, deckt. Dieser Schiedsspruch dürfte auch geeignet sein, die möglichen Verhältnisse im Berliner Baugewerbe zugunsten der Zimmerer in vielleicht abschließbarer Zeit zu regeln.

Die Versammlung nimmt dann von dem Wortlaut des Berliner Vertrages Kenntnis und beschließt, daß derselbe unterschriftlich vollzogen werden soll. Die Beratung des Requirats (Cristianus) ist Gegenstand der weiteren Verhandlungen.

Beschlossen wird, daß die Zahlstellenversammlungen sich in Zukunft nur noch aus dem Vorstände und den Delegierten der Bezirke zusammensetzen. Die Bestimmung, nach welcher sich die Zahlstellenversammlungen aus dem Vorstände, den Bezirksführern, Kassierern und Delegierten zusammensetzte, ist somit aufgehoben. Während früher auf 50 Mitglieder ein Delegierter kam, entfällt jetzt bereits auf 30 Mitglieder ein Delegierter; die Wahl derselben erfolgt in den Bezirken. Andere nennenswerte Änderungen werden nicht vorgenommen. Die Zahlstelle Berlin zahlt ihren Mitgliedern nach einjähriger Mitgliedschaft zu der genauen Arbeitslosenunterstützung einen lokalen Zuschuß von 25 Pf. pro Tag und 50 Pf. nach dreijähriger Mitgliedschaft in der Zahlstelle. Da sich nun mit dem 1. Juli d. J. die zentrale Unterstützung um 5 Pf. pro Tag erhöht, so war beantragt, nur noch 25 Pf. Zuschlag pro Tag aus der Zahlstelle zu zahlen. Dieser Antrag wird abgelehnt, die bisherigen Zuschläge, die bereits die Höhe von rund 65.000 M. erreicht haben, werden auch in Zukunft gezahlt. Beschlossen wird weiter, bei Differenzen, die zur Arbeits einstellen führen, den beteiligten Mitgliedern während der ersten 3 Tage die Streikunterstützung in statutarischer Höhe aus der Zahlstelle zu gewähren, da die Zentralkasse erst mit dem vierten Tage eintritt.

Die Mitteilung des Vorsitzenden, daß in nächster Zeit in einer allgemeinen Mitgliederversammlung ein Referat über: „Die Volkswirtschaft“ gehalten wird und die Zahlstellenbestimmter Arbeitsstellen zur Sprache gebracht werden müssen, wird mit allgemeiner Zustimmung entgegengenommen.

Kapitalismus oder Sozialismus?

Laute die Thema einer Schifferversammlung, die am Sonntag stattfand und in der Reichstagsabgeordneter Genosse Otto Büchner unter großem Beifall referierte. In der Diskussion sprach Genosse Schwedler, der als Sachmann sehr wirksam den Rückgang des Kleinschiffes und seine Ursachen schilderte. Er zerstörte noch einmal gründlich das Märchen, daß die Arbeiter schuld seien an der schlechten Lage des Kleinschiffers, und wies nach, daß einzig und allein die großkapitalistische Entwicklung diese Erscheinung auslöste.

Auch Genosse Felsch vom Transportarbeiterverband (Sektion Binnenschiffer) nahm ebenfalls das Wort und ging auf den letzten großen Kampf der Binnenschiffer ein sowie auf die technischen Erfindungen. Erste Worte widmete er auch den sozialpolitischen Forderungen, besonders soweit sie das Gewerbe der Binnenschiffer betreffen. Auch er forderte die Zuhörer eindringlich auf, sich an den gewerkschaftlichen und politischen Bestrebungen zu beteiligen. Auch diese beiden Redner erzielten lebhaftige Zustimmung.

Nach einem markigen Schlusswort des Vorsitzenden Herbst, der zum Eintritt in die Gewerkschaft und die sozialdemokratische Partei aufforderte, war die Versammlung mit einem Hoch zu Ende.

Magenstärkend ist während der gefährlichen Obstzeit Santa Lucia Stärkungs-Rotwein Fl. 1,50 u. 2 M.

Käuflich in Apotheken, Drogen- und Delikatess-Geschäften.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Am Sonntag, den 15. Juni, verstarb unser Genosse, der Bureauvorsteher **August Fürstenberg** Eichendorffstr. 4.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Juni, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Müllerstr., Ecke Seestr., aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 228/10

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

V. a. G. Hamburg, Hiltke Baumshulenweg. Am Sonnabend, den 14. Juni verstarb unser Mitglied **Georg Koenig.**

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 17. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in der Kleefeldstraße aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.** 119/20

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliebern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drohschifführer **Otto Goerke** am 13. Juni im Alter von 49 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 17. Juni, nachm. 1 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Die Bezirksverwaltung.** 165/19

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsg. Deutschl.

Geschäftsstelle Groß-Berlin. Am 14. Juni verstarb unser Mitglied, Kollege **Friedrich Wöbbecke.**

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 17. Juni, nachmittags 3 Uhr, von dem Hause Dorfstr. 32 in Jepsenfeld (Niederbarnim) aus statt. **Die Geschäftsstellenverwaltung.** 152/12

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. **Todesanzeigen.**
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Hobler **Karl Streubel** Altweicher Str. 3, am 13. d. Mts. an Nierenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 17. Juni, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in der Müllerstraße aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Metallarbeiter **Georg Koenig** (Baumshulenweg, Ernststraße 8) am 14. d. Mts. an Lungenleiden.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 17. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in der Baumshulenweg, Kleefeldstraße, aus statt.

Am 7. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Metallarbeiter **Willi Liehr** (Himmelsche Str. 16).

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 17. Juni, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Weisemann-Kirchhofes in Niederschönhausen - Nordend aus statt. Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Fritz Türk** (Lieschenweide, Friesenstr. 5) am 9. d. Mts. gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung **120/2**

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigverein Berlin. Am 14. Juni starb unser Mitglied, der Bauarbeiter **Emil Franzke** Bezirk Südost.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Offiziershofes in Ahrensfelde aus statt. **Der Vorstand.** 143/11

Dankfagung.

Allen Freunden und Bekannten sagen wir hiermit für die vielen Beweise unermüdeter Teilnahme bei dem Begräbnis meines lieben Vaters, unseres guten Vaters unseren herzlichsten Dank. **19296 Frau Antonie Aloh u. Kinder.**

Von der Reise zurück **103/3 Dr. Eugen Haagen.**



Bei Rückgratverkrümmung glänzende Erfolge

mit meinem berühmten regelbaren Redressions-Apparat - System Haas - für Erwachsene und Kinder. Mein Apparat wurde auf dem 10. Aerato-Kongress in Lemberg mit dem 1. Preis ausgezeichnet und erhielt auf der Internationalen Hygiene Ausstellung in Dresden 1911 die silberne Medaille. Prospekt und tachymetrische Erläuterung kostenlos **F. Menzel, Berlin W. 35, Selbsharzerstr. 17/18**

Liebknachts Volksfremdwörterbuch

Dreizehnte Auflage.
Neu bearbeitet, berichtigt und vermehrt unter Berücksichtigung der Rechtsprechung nach dem vereinbarten amtlichen Regelbuch. **Preis in Leinwand gebunden Mark 3,20.**
Zu beziehen durch die **Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69 (Laden). 248/13**

Orts-Krankenkasse der Weber

und verwandten Gewerbe zu Berlin. **Außerordentliche General-Versammlung sämtlicher Delegierten am Dienstag, den 24. Juni 1913, abends 8 Uhr, in Schmidts Lokal, Fruchtstr. 36a. (Freischütz).**

Tagesordnung:
1. Antrag des Vorstandes auf Zurückziehung des bei dem Versicherungsmittel gestellten Antrages auf Zulassung als besondere Ortskrankenkasse laut Beschluß vom 10. November 1912.
2. Kündigung des Vertragsverhältnisses zum Gewerkschaftsvereins.
3. Bericht des 1922b Als Delegierten dient Delegiertenkarte Berlin, den 17. Juni 1913. **Der Vorstand.**

H. Weymann, G. Veiter, Vorsitzender, Schriftführer.

Blumen- und Franzbinderei von Robert Meyer, Inh.: P. Golletz, Mariannestr. 2. Tel. Mpl. 346.

Sozialdemokratischer Wahlverein Mariendorf

Mittwoch, den 18. Juni, abends 8^{1/2} Uhr, bei **Preuß, Kurfürstentrasse 46: 202/7**

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Bericht von der Landtagswahl. 4. Wahl des zweiten Vorsitzenden. 5. Wahl der Delegierten. **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin. **Mittwoch, den 18. Juni, abends 8^{1/2} Uhr, in den Konfordia-Gebäuden, Andreasstr. 64: 84/16**

Gemeinsame Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen **M. Kayser**, Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“, über „Die wirtschaftliche Lage“. 2. Verbandsangelegenheiten.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider

Filiale Berlin.
Donnerstag, den 19. Juni 1913, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelstr. 15 (Saal 3): **Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1913. 2. Verschiedene Kasienangelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung. 164/1**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin **N 54, Finienstr. 83-85.**

Hamburg-Helgolandfahrt 26. bis 29. Juni 1913.

Da infolge von Krankheit und Arbeitslosigkeit einige Kollegen die Fahrt nicht mitmachen können, sind noch einige Plätze frei. Kollegen und Kolleginnen, welche diese Fahrt noch mitmachen wollen, haben den Betrag von **30 M.** sofort einzuzahlen an **Otto Lüsk, Linienstraße 83/85.** **Neumeldungen werden nach der Reihe des Eingangs berücksichtigt.**

Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhalter, Irrigators, Spritzen etc., Suspensorien, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehl.
Fabrikant Pollmann, jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60. Eigene Werkstatt. Lieferung für Krankenkassen. Fachgem. Bedienung.

Oskar Wollburg Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Auf Wunsch der Reinickendorfer Parteigenossen weisen wir darauf hin, daß das Lokal Schloss Schönholz für organisierte Arbeiter gesperrt ist.

Bierter Wahlkreis. Am Dienstag, den 17. Juni, nachmittags, findet von der 86. Abteilung im Garten von Lindstedt, Landsberger Allee 157, ein Kinderfest statt.

Tempelhofer. Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-versammlung im Wilhelmshagen, Berliner Str. 9. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreis-Generalversammlung.

Vorsigwalde-Wittenau. Dienstag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung des Wahlvereins in den Vorsigwalder Festsälen.

Zegei. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Gesellschaftshaus, Schloßstraße. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Französisch-Buchholz. Am Mittwoch, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Köhners Gesellschaftshaus: Generalversammlung des Wahlvereins. 11. a. Neuwahl des Vorstandes.

Cranenburg. Mittwoch, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Waldhaus Sandhauen“, Schützenstr. 34: Mitglieder-versammlung. Tagesordnung: Berichte von der letzten Kreis- und Verbands-Generalversammlung.

Potsdam. Der Tagabend findet am Mittwochabend 8 1/2 Uhr in allen Bezirkslokalen statt.

Berliner Nachrichten.

Die Rehrseite des Märchenbrunnens.

Die Kronen der hohen, dichten Parkbäume wiegen sich leise, ganz leise in der lauen Sommernacht. Hier und da blinkt geheimnisvoll vom klaren Himmel ein Stern durch das Laubzelt. Nur schwer findet sich das Menschenauge zu recht in der nachtdunklen Natur.

Drüben unter dem Strauch ruht auf hartem Boden ein armer Schäfer. Einer wie viele feinesgleichen, denen das Leben nur die Rehrseite zeigt. Für ihn gibt es kein schühendes Haus wie für fröhlich spielende Kinder.

In den Büschen knact es. Dunkle Gestalten schleichen lauernd, deutlosahend durch den Park. Lange, breite Lichtbündel irren blendend über das Gezweig.

Schönes, holdes Märchen, du bist ausgeträumt. Genarrt hab ich mich, ihr Bilder der Jugend und des Glücks! Die Prosa des Lebens, des Elends... sie hat von neuem begonnen.

Vom Jubiläumstrubel.

Am Montag erreichte der Jubiläumstrubel seinen Höhepunkt, da der 16. Juni der eigentliche Jubiläumstag war. Am Sonntag hatten noch die Kriegervereiner im Bratenrod und Zylinder auf dem Tempelhofer Felde dem Kaiser — der nicht da war — gehuldigt durch Veranstaltung eines Feldgottesdienstes.

Am das Montagprogramm zu absorbieren, begann schon in aller Frühe das Beeten durch das Musikkorps der Garderegimenter. Um 1/9 Uhr brachten die 7000 Gemeindefunkler dem Kaiserpaare die seit Wochen eingedruckten Nieder zum Vortrag.

studiert, deshalb klappte das Taschentuchschwenken auch vorzüglich. Ein Hoch auf den Kaiser und „Heil Dir im Siegerkranz“ beendete das Ständchen im Kaiserschloß. Dann wickelte sich das Programm wie vorgeschrieben ab: Gratulationen von oben angefangen, rangstufenmäßig abwärts.

Eine ganze Reihe von Parteigenossinnen haben den gestrigen schulfreien Tag dazu benützt, Ausflüge in die freie Natur zu unternehmen und aus dem Jubiläumstrubel herauszukommen. Der Verband der Gemeindefunkler hatte die städtischen Arbeiter, die dienstfrei waren, nach den Müggelbergen geführt und dadurch die freie Zeit sehr nützlich verwendet.

Verlorene Kinder.

Bei dem Straßenbummel am Sonntag, den eine große Anzahl Eltern mit ihren Kindern unternahmen, um die Feststrahlen zu sehen, sind eine große Anzahl Kinder verloren worden. Die Kinder reizen sich los von den Eltern oder die Eltern achten in ihr eigenen Reugierde nicht genügend auf die Kinder, und so kommt es, daß Eltern und Kinder plötzlich auseinandergerissen sind.

Unfälle am Jubiläumstage.

Die vom Berliner städtischen Rettungswesen getroffenen Rettungseinrichtungen in der Domkammer, im Opernhaus und Unter den Linden wurden außerordentlich stark in Anspruch genommen. Allein im Opernhaus zählte man im Laufe des Vormittags über 40 Fälle von Erkrankungen, die größtenteils durch die Hitze verursacht waren.

Das Kaiserbild auf dem — Schweinebraten.

Die Jubelstimmung anlässlich der vielen diesjährigen Gedenkfeiern macht unsere Patrioten erfinderisch. Ganz besonders ist natürlich das jegige Kaiserjubiläum dazu angetan, die Köpfe der guten Untertanen zu verwirren und hoffnungslos zu lassen.

Der Märchenbrunnen im Friedrichshain wurde am Sonntag unter starker Beteiligung der städtischen Behörden der Öffentlichkeit übergeben.

Die Gemeindefunkler Berlins

haben in diesem Sommer eine kleine Mehrung der Kinderzahl gehabt. Im Winterhalbjahr 1912/13 ergab die Zählung vom 1. November 224 157 Kinder, im Sommerhalbjahr 1913 wurden am 1. Mai 224 848 Kinder gezählt, das sind um 161 mehr.

Die Mehrung der eigenen Schulhäuser schreitet noch immer viel zu langsam fort, so daß die Mietschulen sich nicht vermindern wollen. In diesem Sommer benutzten die 5276 Klassen 5268 Klassenzimmer, davon befinden sich 4794 in eigenen Schulhäusern und 482 in gemieteten Häusern.

Auch die Uebersicht über die Klassenfrequenzen läßt leider keinen Fortschritt zum Besseren erkennen. Die Herabsetzung ist vorläufig zum Stillstand gekommen, und es scheint,

daß die Schulverwaltung nun wieder eine reichliche Zeit hindurch auf ihren Lorbeeren ausruhen will. Schaltet man die Hilfs-, Neben-, Hör- und Vorklassen aus, die ja nur schwach besetzt werden dürfen, so kommen jetzt im Durchschnitt aller Klassen der regelrechten Gemeindefunkler auf die Klasse 48—44 Kinder.

Je mehr Kinder in eine Klasse hineingepöckelt werden, desto leichter kommt man um die Eröffnung neuer Klassen herum. Das erklärt alles! Wie gern die Schulverwaltung neue Klassen zu sparen sucht, das sehen wir Jahr für Jahr.

Neue Kirchenbauten in Groß-Berlin.

Die Verformungsarbeit in Groß-Berlin ist noch immer in eifrigem Gange. Nicht weniger als sieben neue Kirchen sind, wie die „Dauwelt“ meldet, für die Vororte im Werden. Nichterselde, Friedenau, Steglitz, Reinickendorf, Johannisthal, Tempelhofer und die Gemeinden Wittenau, Weihensee sollen neue Kirchenbauten über sich ergehen lassen.

Die Gemeinden müssen diese Verformungsarbeiten erdulden, da ja die liberalen Mehrheiten mit dem bekannten Bewilligungseifer die Kirchenbauten genehmigen, ohne Rücksicht auf die vielen wichtigen nützlichen Bauten, z. B. Schulen, die aus Mangel an Mitteln nicht zur Ausführung kommen können.

Der verweigerte Sonderzug.

Der große Arbeiter-Bund „Die Naturfreunde“ veranstaltet am Sonnabend, den 21. Juni, und Sonntag, den 22. Juni, eine billige Gesellschaftsfahrt nach Dessau und dem Wörlitzer Park. Dazu ist, wie auch aus dem Inserat in unserer Sonntagsnummer hervorgeht, der erbetene Sonderzug von der Eisenbahnverwaltung verweigert worden.

Wir wissen nicht, welche Gründe für die Verweigerung maßgebend gewesen sind, nehmen aber natürlich an, daß es Gründe rein eisenbahntechnischer Natur waren. Es wäre ja auch kaum glaublich, daß der Sonderzug verweigert worden ist, weil er von Arbeitern erbeten wurde.

Ein prachtvolles Schauspiel bot sich den Zuschauern, die den gestrigen Nachmittag am Müggelsee verbrachten. Ein Doppeldecker der „Albatroswerke“ umkreiste mehrere Male den See, ging auf die Wasserfläche nieder und erhob sich wieder von ihr, um seinen Flug fortzusetzen.

Zu der polizeilich gestörten Sonntagruhe in den Laubenskolonien.

worüber wir kürzlich berichteten, schreibt einem bürgerlichen Blatt ein „postiver, frommer evangelischer Geistlicher“, daß die evangelische Kirche, die „Kirche der Freiheit“, von dem weltlichen Schwert wieder einmal ein wahrhaft klassisches Urteil und Zusicherung jeglicher Hilfe in ihren Räten erlangt habe: die Laubenskolonisten dürfen laut Bestätigung durch oberinstanzliches Gerichtsurteil nicht mehr Sonntags sichtbar Vergernis dadurch erregen, daß sie Erdarbeiten äußerlich sichtbar vornehmen!

Rein, noch so viele im Pandektenstaub geborene Strafmandate werden nicht ein einziges „verirrtes Schäferlein“ in den Schoß der Kirche zurückführen. Sie werden im Gegenteil erreichen, daß abermals Tausende, die innerlich längst von der Kirche losgelöst sind, ohne dabei im geringsten an ihrer Seele Schaden genommen zu haben, auch äußerlich den Bruch vollziehen und aus der Landeskirche austreten.

Ein schweres Brandunglück

hat sich gestern nachmittags im Norden der Stadt zugetragen. In dem Hause Kopenhagener Straße 12 hatten in der Wohnung des Maurers Joachim mehrere Kinder, darunter auch die 6jährige Tochter des J. gespielt. Die kleine J. holte eine Stocklaterne herbei und zündete sie an. Als das Kind mit der Laterne vorweg durch die Stuben ging und die anderen hinterdrein marschierten, hielt sie die Laterne so schräg, daß das Papier Feuer fing.

Soziales.

Die erste Blindengewerkschaft in Deutschland.

Die große Masse der erwerbstätigen Blinden lebt vom Handwerk, zumeist von solchen Gewerbebezügen, die sich in der Form des Kleinbetriebes heute kaum noch halten können, wie Bürstenmacherei, Korbmacherei, Seilerei, Strohh- und Rohrflacherei, weibliche Handarbeit.

Der Württembergische Blindenverein e. V., der in der gewerblichen Förderung seiner blinden Mitglieder eine seiner wichtigsten Aufgaben erblickt, hat zweckmäßig mit der Fürsorgetätigkeit an dieser Stelle eingegriffen.

Das eigentümliche Interessesystem hat den Zweck, die unter so außerordentlich ungünstigen Verhältnissen um ihre wirtschaftliche Selbständigkeit kämpfenden blinden Handwerker wirksam zu unterstützen, ohne in ihnen dadurch das niederdrückende Bewußtsein des Almosensempfangens zu erwecken.

Die neue Blindengewerkschaft ist die erste ihrer Art in ganz Deutschland. Die Genossenschaft, die bereits etwa 65 Blinde umfasst, hat ihren Sitz in Heilbronn. Das wohlwollende Entgegenkommen des dortigen Gemeinderats hat es ermöglicht, in Heilbronn eine Werkstätte einzurichten, in der etwa 10 blinde Handwerker Platz finden.

Aus aller Welt.

Der Schuhmann als Dieb.

In Königsberg i. Pr. ist ein Schuhmann verhaftet worden. Er hat sich als ein besonders pflichttreues Mitglied der preußischen Polizei erwiesen. Er hatte von der Leitung der landwirtschaftlichen Provinzialausstellung die Erlaubnis erhalten, herumliegendes Holz zu sammeln und für sich zu verwenden.

Auffecherregende Schließung einer Grube.

Wie aus Friedberg in Oberhessen gemeldet wird, wurde die Eisen- und Mangangerube Oberrohbach seitens der Friedberger Gendarmerei geschlossen.

Ein schweres Unglück

ereignete sich in der Büchsenmacherei des sächsischen Infanterieregiments Nr. 105. Dort waren zwei Muskettiere, Kost vom 3. Bataillon aus Reichen und Lorenz vom 1. Bataillon aus Chemnitz, damit beschäftigt, eine auf dem Übungplatz Wilsch gefundene Granate, die sie für leer hielten, auseinander zu nehmen, um nach Reservistenart Photographierahmen als Andenken daraus zu machen.

Das rettende Ironenhäus.

In Graudenz hat ein Leutnant vom dortigen Pionierbatalillon in beiratenem Zustand, der Herr trug dabei Zivilkleidung - allerlei Unfug verübt. Unter anderem zertrümmerte der tatendurstige Krieger fünf Schaufensterfenster. Dann sprang er in die Wache, von wo ihn die Polizei mit einem Kahn herausführen mußte.

Ein neuer Welt Höhenrekord.

Der bekannte französische Aviatiker Perrehon hat in Wien einen neuen Welt Höhenrekord mit zwei Passagieren aufgestellt. Perrehon flog mit zwei Passagieren 4007 Meter hoch. Den alten Rekord hielt seit dem letzten Juni im vorigen Jahre Oberleutnant Wlaschke mit 3850 Metern.

Ein Erdbeben in Bulgarien.

hat dort am Sonntag großen Schaden angerichtet. Da Post- und Bahnverbindungen gestört sind, sind über die Katastrophe immer noch wenig Einzelheiten zu erfahren. Nach den bis jetzt bekannt gewordenen Meldungen haben die Städte Tirnovo, Gorna, Orhovitza und Pestowa am meisten gelitten. Sehr viele Häuser sind eingestürzt, eine große Anzahl von Gebäuden mußten geräumt werden, da Einsturzgefahr vorhanden ist.

schaften eingezwängt sind. Die Behörden haben umfassende Maßnahmen getroffen, aus den umliegenden Ortshäusern Brot für die Hilfsbedürftigen herbeischaffen zu lassen. In Tirnovo sind durch das Erdbeben die Kirchen und fast sämtliche öffentliche Gebäude schwer beschädigt worden.

Die richtige Antwort.

Auf die Frage gegen das Breslauer Jahrhundertfestspiel Gern. Hauptmanns hat der städtische Ausschuss der Jahrhundertfeier die Preise für alle Plätze in der Festhalle auf die Hälfte des bisherigen Preises herabgesetzt, um weiteren Kreisen der Bevölkerung den Besuch des vielangesehnten Werkes Hauptmanns möglich zu machen.

Schule Redl.

In Kalinowitz in Bosnien wurde auf die Anzeige eines Soldaten ein russischer Spion mitten in der Arbeit - er zeichnete - verhaftet. Der Soldat wurde sofort zum Zugführer (Sergeanten) befördert und erhielt 250 Kronen Belohnung vor der Front.

Kleine Notizen.

Mord auf freiem Felde. Der Inhaber eines Straßburger Radfabrikations-Gallus wurde auf dem Felde bei Mundenlopp bei einem Spaziergang von dem arbeitslosen Tagelöhner Peter Schuhmacher aus Stein bei Bergzabern ohne jegliche Veranlassung überfallen und durch einen Stich in die Herzgegend getötet.

Explosion eines Lastautos. In der Garage der Wäscheanstalt Birkenfeld explodierte wie aus Pforzheim gemeldet wird, ein Lastgüterautomobil. Der Chauffeur Klein erlitt schwere Verwundungen, sein Sohnchen Walter trug lebensgefährliche Verletzungen davon, an denen es verstorben ist.

Auf der Landstraße erschossen. In Saint Marie-aux-Chenes hat, wie man aus P. z. z. mittels, nichts der Italiener Fiori zwei Vergenote namens Daub und Schmid, die ruhig plaudernd auf der Landstraße gingen, derart mit einem Dolch angegriffen, daß Daub, dem eine Schlagader durchschnitten wurde, in einigen Minuten starb.

Schwere Reifeexplosion. In der Papierfabrik Freibladitz der Aktiengesellschaft für Papierindustrie ereignete sich nach einer Drücker Meldung eine Explosion des großen Reffels. Hierbei wurden zwei Arbeiter getötet und mehrere schwer verletzt.

Bergarbeiterlos. Auf Joche Hannover I und II bei Bochum wurden gestern infolge ungenügender Holzgebens eines Sprengschusses ein Bergarbeiter getötet und zwei schwer verletzt. Die beiden Verletzten wurden in das Bergmannsheim gebracht.

Raubüberfall auf eine Kasse. Zwei maskierte Räuber drangen Sonntag nacht in die Darlehenskasse von Neuenkirchen an der Sieg ein und zwangen den Rentanten mit vorgehaltenem Revolver zur Herausgabe der Kassengelder. Sie raubten einen größeren Geldbetrag und entkamen ungehindert.

Der Berliner Fußballklub „Adler“ weilt am Sonntag mit seiner 1. Mannschaft in Dresden, um gegen den Dresdener Sportverein das augenscheinliche Retourspiel auszuführen. Das Spiel begann um 1/2, ihr nachmittags und wurde in höchst fairem Kampfe durchgeführt.

Arbeiter-Abkennenden-Bund. Crisagruppe Berlin-West. Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus in Charlottenburg, Rosinenstr. 8, Vortrag von Paul Heinzelmann: „Wissenschaft und Alkohol“. Diskussion. - In dieser äußerst wichtigen Versammlung ist zahlreiches Erscheinen, auch von Gästen, erwünscht.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Zin den Frage 69, von der Treppe - 1. Stock - 4. bis 8 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Nachdruck und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt. Anfragen, denen keine Abnommenscheinung beifügt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

J. G. 10. Der Vertrag bleibt wirksam. - H. J. 100. Ja. - S. Nr. 300. Ja. Sie sind oder verpflichtet, den Betrag an Ihre Frau abzuhalfen. - O. Wald. Die Frau kann sich nur an die Armenverwaltung wenden. - Streitsfrage. Nach Ablauf eines Jahres von dem Zeitpunkt der Meldung bei der Ortsbehörde an gemeldet. - P. 2. 888. 1. und 2. Ja. 3. Ebenso. - J. 1. 86. Verloren ist zulässig, sofern es sich um ein geschlossenes Vereinsvermögen handelt. - R. 55. 1. Nein. 2. Ja, ausgenommen sind jedoch die Ausschlussverträge, die der Witwe nützlich verbleiben. - W. R. St. 19. Der Vormund ist verpflichtet, bei einem Ableben des Kindes ihnen Mitteilung zu machen. Einzug bei der Berufswahl haben Sie nach dem Gesetz nicht. - G. R. 17. Die Aufhebung der Polizei halten wir für zutreffend. - J. 26. Klagen Sie beim Gewerbeamt auf Lösung des Vertrages, Herausgabe des Arbeitsbuches und auf Schadenersatz. Die Klage hat Aussicht auf Erfolg. - J. B. 1000. Fordern Sie nochmals durch eingeschickten Brief unter Begleitung einer Frist-Notizung der Sachen unter der Androhung, daß nach Ablauf der Frist die Rechteverletzung erfolgen wird. Beschreibt die Frist erfolglos, können Sie einen Rechtsanwältler mit der Verleigerung beauftragen. - Herbrand. Nein. - J. G. 36. 1. Ja, sofern der Name die Kindesmutter gebelichtet hat. 2. Entweder bei der Heirat oder auch später zu jedem beliebigen Zeitpunkt. 3. Nein. 4. Heiratsurkunde. 5. und 6. Nein. Die Erklärung ist bei dem Standesamt, bei dem der Geburtsakt gemeldet ist, leitens des Mannes abzugeben. - W. R. 100. Inneres Ertrachten können Sie herausgabe verlangen, eventuell im Klagewege. Senden Sie sich zunächst einmal an den Eigentümer. Dieser wäre auch zu verklagen. - Schatz 40. 1. Ja, nach Beschaffung eines Erbseins. 2. Rund 1500 Mark, abgesehen von der Umsatz- und Zinsgewinnsteuer. 3. Ja, zu notariellen oder zu gerichtlichen Protokoll. Dadurch gehen Sie aber Ihre Ansprüche an dem Erbe verlustig.

Eingegangene Druckschriften.

Die Reise nach Afrika von E. Ludwig. S. Hoyer, Verlag, Berlin. 4 N., geb. 5 M. - Ditke Robbe. Roman von O. Schridel. 4 N., geb. 5 M. Schuster u. Köfler, Berlin W. 37.

Witterungsübersicht vom 16. Juni 1913.

Table with 4 columns: Stationen, Temperatur (Max, Min, Mittel), Wetter, and Wind (Richtung, Stärke). Rows include Eutin, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Daxaranda, Petersburg, Schilf, Aberdeen, Paris.

Wetterprognose für Dienstag, den 17. Juni 1913.

Troden und zunächst vorwiegend heiter, am Tage etwas wärmer bei meist schwachen südwestlichen Winden; nachher langsam zunehmende Bewölkung. Berliner Wetterbureau.

stichte die Flammen an dem lichterloh brennenden Kinde durch Überwerfen von Decken, doch war der Zustand der Kleinen ein fürchtbarer. Der ganze Körper sowie Gesicht und Hände waren über und über mit Brandwunden schwerster Art bedeckt. In völlig hoffnungslosem Zustand wurde das Kind nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Das in der Wohnung zum Ausbruch gelommene Feuer wurde durch die alarmierte Feuerwehr gelöscht.

Vor in- und ausländischen Schwindlatterien wird zurzeit wieder in einem über ganz Deutschland verbreiteten Flugblatt durch die Behörden gewarnt. Es sind zurzeit ungefähr 100 Straßverfäher gegen Postschwindler in Kopenhagen, Malmo, Amsterdam, Christiania, Oden-Post und London anhängig. Das Spielen ausländischer Lospapiere und Kaufens deutscher Lospapiere auf Abzahlung oder gegen Vorkauf und die Wahlen auf Grund der Liste, in der auch der Elternahndel und die Friedrichsberger Bank E. G. aufgenommen sind, vorgekommen. Nun haben Karst und Genossen nicht etwa gegen die Gültigkeit der Wahlen überhaupt Einspruch erhoben, sondern nur gegen die Gültigkeit der Mandate, die an die Sozialdemokraten gefallen und so diesen 28 von 66 Mandaten gesichert hatte. Die Stadtverordnetenversammlung hatte den Einspruch zurückgewiesen und die Mandate für gültig erklärt.

Vorort-Nachrichten.

Sichtenberg.

Die Mandate der zweiten Abteilung. Die „Oberlehrerpartei“ gibt nunmehr den Kampf um die Gültigkeit der Mandate der zweiten Abteilung auf. Die Wahlen wurden bekanntlich von dem Oberlehrer Karst und Genossen angefochten, soweit es sich um die Mandate der zweiten Wählerklasse handelte. Aber auch hier richtete sich der Einspruch nur gegen die fünf Mandate, die von der Sozialdemokratie gebillt wurden.

Die Protestler begründeten ihren Einspruch gegen die Mandate mit denselben Gründen, mit denen unsere Parteigenossen die Gültigkeit der Wählerliste für die letzten Stadtverordnetenwahlen überhaupt angefochten haben. Der Protest unserer Genossen wurde von der Stadtverordnetenversammlung verworfen, die Listen für gültig erklärt und die Wahlen auf Grund der Liste, in der auch der Elternahndel und die Friedrichsberger Bank E. G. aufgenommen sind, vorgenommen. Nun haben Karst und Genossen nicht etwa gegen die Gültigkeit der Wahlen überhaupt Einspruch erhoben, sondern nur gegen die Gültigkeit der Mandate, die an die Sozialdemokraten gefallen und so diesen 28 von 66 Mandaten gesichert hatte. Die Stadtverordnetenversammlung hatte den Einspruch zurückgewiesen und die Mandate für gültig erklärt.

Der Bezirksausschuß stellte sich in einem Vorentscheid auf denselben Standpunkt; Karst und Genossen stellten nunmehr Antrag auf mündliche Verhandlung. Der zu heute, den 17. Juni, angelegte Termin ist aufgehoben, da Karst und Genossen die Klage zurückgezogen haben. Damit ist der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung rechtskräftig und die Mandate der Genossen Grauer, Heckert, Jaffe, Lenzner und Arching gültig. Die Klage gegen die Gültigkeit der Wählerliste insgesamt beschäftigt die Verwaltungsgerichte noch, sie wird von unseren Parteigenossen bis zur letzten Instanz durchgeföhrt.

Neukölln.

Mit dem Erwerb der „Abtei“ verfolgt, wie das „Neuköllner Tagblatt“ berichtet, die Stadtgemeinde Neukölln vor allem den Zweck, diesen schönen und eigenartigen Ausflugsort in seiner bisherigen Unberührtheit zu erhalten. Das Restaurant soll von kundiger Hand unter der Aufsicht der Stadt weitergeföhrt werden. Der bisher wenig benutzte übrige Teil der Insel aber bietet der Stadt zurzeit die einzige Möglichkeit, an die natürliche Wasserstraße, die Spree, zu gelangen und vor allem das für ihre zahlreichen Einwohner vorliegende Bedürfnis nach einer eigenen Freibadeanstalt zu befriedigen. Die Einrichtung einer solchen Badeanstalt ist um so notwendiger, als die bisher allein vorhandene Kottische Badeanstalt durch die demnächstige Aufschließung des Industriequartiers eingeseht wird. Ferner aber soll die Insel der Schulfugend als Ausflugsort, auf dem eine besondere Spielwiese geschaffen werden soll, dienen. Auch die Anlegung eines Bootshauses für Rudersport, insbesondere das Schülerrudern, kommt in Betracht.

Treptow-Baumschulweg.

Armenfreibadillat. So loblich und anerkanntenswert es auch ist, daß für die Schulkinder das Eintrittsgeld für die Badeanstalten ermäßigt ist, so scheint es doch nicht gerade rücksichtsvoll, wenn auf dem Villenstraßen-Freibadellat für arme Kinder der Gemeindefreie, Gültig an den Nachmittagen von 1-3 Uhr. Wilh. Müller. Abgesehen von der ungenügenden Mittagszeit 1-3 Uhr, hätte die Bezeichnung „arme“ Kinder ganz gut fortlassen können. Dieselben sind auch an diejenigen Kinder verabschiedet, die den ermäßigten Preis von 5 Pf. zahlen, also doch kein „Freibadellat“ erhalten. Vielleicht genügt dieser Hinweis, um diese „Armenfreibadellat“ in dieser Form zu beseitigen.

Potsdam.

Die letzte Stadtverordnetensitzung legte für die Ausgrabung von Kernen aus dem städtischen Friedhofe Gebühren in Höhe von 20 R. fest. Bei dieser Gelegenheit wurde Beschwerde über die Unanbarkeit der Bänke in der Friedhofkapelle geführt. - Trotz der günstigen Lage der Stieffischen Wiese finden die Baustellen daleibt keinen Abzug, was seinen Grund in dem schlechten Baugrund hat. Der Magistrat genehmigt deshalb daselbst zwei Einfamilienhäuser zu erbauen und dieselben nach Fertigstellung zu verkaufen oder zu vermieten. Wenn erst ein Anfang gemacht worden ist, rechnet man auf weitere Bauten. Hierüber soll jedoch erst eine Kommission beraten. - Ein Mädchenwaisenhaus und eine Kinderverwahrungsstätte sollen errichtet werden. Als Baustein ist ein Stück Wald an der Tempeliner Chaussee gegenüber der Kolonie Ceciliahöhe auszuweisen, das eine Straßenfront von 128 Metern hat und 2,2 Hektar groß ist. Das Gelände kostet 55 000 R. und die Kosten für den Bau dieses Waisenhauses werden auf 50 000 R. veranschlagt. Diese Summen sollen der etwa 400 000 R. enthaltenden Blumberg-Stiftung entnommen werden. Das Waisenhaus wird vorläufig 14 Jöglingen Aufnahme gewähren. Im Anschluß hieran soll dann die Kinderverwahrungsstätte für schulpflichtige Kinder mit einem Kostenaufwande von 40 000 R. erbaut werden und 100 Kindern Aufnahme gewähren. Der Betrieb der Kinderverwahrungsstätte soll sich selbst erhalten. Die Kinder werden gewissermaßen bei dem Mädchenwaisenhaus in Pension sein, der Betrieb für den Tagebetrieb befaßt sich pro Kind auf 80 Pf., für den Tag- und Nachtbetrieb auf 90 Pf. Der Betrieb ist so eingerichtet, daß 75 Kinder bei Tage und 25 Kinder bei Tag und Nacht Unterkunft haben. - Für die Ausschmückung der Straßen und des Rathauses zum Regierungsjubiläum werden 5000 R. bewilligt.

Beim Baden ertranken ist am Sonntagnachmittag im Fageländer Kanal der Maurer Karl Schach aus Potsdam, der mit noch anderen Badenden den Kanal durchschwimmen wollte.

Spandau.

Blitz vom Tode ereilt wurde vorgestern abend am dem Hauptbahnhof ein von Hamburg eingetroffener Reisender. Er war kaum dem Zuge entstieg, als er auf dem Bahnsteig lautlos zusammenbrach. Ein herbeigerufener Arzt stellte fest, daß der Mann infolge eines Herzschlags gestorben war. Die Leiche ist nach der Friedhofshalle in der Gadower Straße gebracht worden. Der Tote ist ein Russe, der einige Jahre in Amerika gewesen war und sich jetzt auf der Reise nach der Heimat befand. Er war ungefähr 45 Jahre alt und führte eine größere Geldsumme mit sich. Im Besitz des Verstorbenen befand sich auch ein Koffer; dieser ist aber abhandeln geblieben. Vermutlich haben andere Rückwanderer, die in seiner Begleitung waren, den Koffer mitgenommen.